

## Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11

### Neue Fragen zur Ordnung der Welt

Um eine neue Revolution in der Weltpolitik wird gekämpft. Seit Anfang des Jahrzehnts steht die Grand Strategy einer Weltordnungspolitik neu zur Debatte und Entscheidung. Ihr Thema ist die Antwort auf die Schlüsselfrage der Weltpolitik – wer profitiert und wer kommandiert? Ihr Gedanke ist: Sicherung des globalisierten Kapitalismus durch ein dauerhaftes American Empire, das nicht herausgefordert werden kann. In der Welt, in der wir leben, haben wir es mit einem Versuch zu tun, das Projekt eines neoliberalen Empire zu realisieren. Das kommt nicht von ungefähr. Die Tradition des Projekts eines American Empire hat eine Jahrhundertgeschichte – so gesehen ist es bislang nicht mehr als eine Episode. Sein neoliberales Milieu entstand in den letzten vier Jahrzehnten. Seine mächtigsten Akteure fanden sich im letzten Vierteljahrhundert. Seine Ambition, die Praxis und das Profil seiner Großen Strategie konturierten sich in den 90er Jahren. Sein Katalysator und machtpolitischer Durchbruch endlich war Nineeeleven. Der lange Krieg im Irak ist seine erste Probe. Schlägt sie fehl, womöglich dramatisch, ist dieses Projekt noch lange nicht aus der Wirklichkeit.

Seine Debatte prägt den Diskurs über die politische Ordnung des globalen Kapitalismus. Jede Ära der internationalen Politik hat ihren eigenen Diskurs und zentrale Begrifflichkeit. Diese Begriffe, die Zeiten repräsentieren und unterscheiden, sind selbst Konstrukte und stehen für Diskursherrschaft, wie Toni Morrison schrieb: »Definitions belong to the definers — not the defined.«<sup>1</sup> In den 30er Jahren ging es um »Faschismus«, »Volksfront«, »Isolationismus«, »Appeasement« und »Krieg«. Der Kalte Krieg beschrieb sich mit Begriffen wie »Stalinismus«, »Freiheit«, »Containment«, »Deterrence« oder »Détente«. Die Zeit nach 1989, die noch keinen eigenen Namen hat, verhandelt »Unipolarität«, »Globalisierung«, »Terrorismus«, »Prävention«, »Freiheit« oder »Empire«. Der Versuch, zur Charakterisierung der neuen Substanz der gegenwärtigen politischen Weltordnung den Begriff des Imperialen zu reaktualisieren, ist hier die vielleicht auffälligste Veränderung. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Begriff »Empire« weitgehend aus der politischen Debatte verschwunden und zu einem Gegenstand der Geschichtswissenschaft geworden. Was dort dann beschrieben wurde, schloss allerdings die USA aus: 1955 vermerkte der Historiker William Appleman Williams, dass »eines der zentralen Themen der amerikanischen Geschichtsschreibung« gewesen sei,

1 Toni Morrison: *Beloved*. New York 1987, S. 190.

dass es »no American Empire« gebe.<sup>2</sup> Das letzte Empire war für viele die Sowjetunion. Der Begriff überlebte nur schwächlich in der Kritik von Minoritäten oder antiimperialen Widerstandsbewegungen und auch die sozialistische Begriffstradition verebbte immer mehr. Empire war aus der Mode geraten.

Ein halbes Jahrhundert später ist es wieder da. Nicht wenige sind erleichtert und sehen hier eine »normalisation of what was a radical discourse«.<sup>3</sup> Der »neue Unilateralismus« (Charles Krauthammer) der USA wird seit gut einem halben Jahrzehnt begleitet von einer neuen politischen und politikwissenschaftlichen Grammatik. »People are coming out of the closet on the word empire« sagte eben dieser neokonservative Charles Krauthammer.<sup>4</sup> Was zum Vorschein kommt, ist die Geschichte einer unterdrückten Eigentlichkeit und inneren Bestimmung der USA: der Bestimmung, ein Imperium zu sein, ein Empire, welches universelle Werte oder gar ein Ende der Geschichte verkörpert, da es nicht mehr besser werden kann. Insbesondere die Außenpolitik der USA wurde zunehmend durch das Prisma des Empirebegriffs gesehen, auch wenn der Begriff zuallererst als Metapher oder provokative Etikette (wie etwa auch zu Zeiten des Vietnamkriegs) und nicht als analytische Kategorie benutzt wurde: »Empire is not a word for scholars« (Lord Malcolm Haily). Doch viele Beobachter und politische Akteure griffen beim Versuch zu charakterisieren, was sie als Rezentralisation globaler Macht ansahen, auf den Empirebegriff zurück.

Plötzlich wurden Fragen formuliert, die zuvor niemand stellte: wie definiert man »Empire« und »American Empire« und was ist die Differenz zwischen ihnen? Was sind deren Grundlagen? Wenn ein Empire existiert – was sind die Konsequenzen? Ist die Annahme angesichts der Veränderungen im internationalen System plausibel? Woher die plötzliche Wende von der Idee einer »anarchischen« Ordnung der internationalen Welt, in der Souveränität, Unabhängigkeit und Machtgleichgewichte vorherrschen zur Annahme einer hierarchischen Ordnung der Unterordnung, Abhängigkeit und des Ungleichgewichts? Macht es Sinn, Geschichte als Folge kohärenter Epochen zu denken – also etwa vom Imperialismus über die Blüte der Nationalstaaten zu einem postnationalen, globalen Empire? Die offensichtliche »große« Frage ist: Wie ist das Verhältnis von Globalisierung und Neoliberalismus zu Empire und Imperialismus und wie beziehen sie sich zueinander?<sup>5</sup> Können wir »Empire« denken ohne den modernen Kapitalismus als Imperialismus zu konzipieren – ist also beispielsweise Imperialismus etwas vergangenes, wie es Hardt/Negri in ihrem neoanarchistisch-libertären Text »Empire« darstellten?<sup>6</sup> Geht es also um Postimperialismus? Wenn nicht, sollen wir Imperialismus

2 William Appleman Williams: The Frontier Thesis and American Foreign Policy. In: Pacific History Review Vol. XXIV (1955), S. 379.

3 Bryan Mabee: Discourses of Empire: The US »Empire«, Globalization and International Relations, MS, SGIR-Konferenz Den Haag 9.-11. 9. 2004, S.1.

4 Zitiert nach Emily Eakin, All Roads Lead to D. C. In: New York Times (NYT) v. 31. 3. 2002.

5 Jan Nederveen Pieterse: Globalization or Empire? New York/London 2004, S. 17 ff.

6 Michael Hardt/Antonio Negri: Empire. Cambridge 2000.

als sei's neue, sei's traditionelle Phase oder als Modus der Globalisierung verstehen oder als eine grundsätzlich eigenartige Dynamik, deren Typik sich mit dem Vorgang der Globalisierung (also der Expansion des Kapitals) nicht deckt? Hat die Globalisierung eine Anschrift und »Heimatadresse« (Agnew), ist sie made in USA? Wenn Empire oder Imperialismus eine Form oder ein Teil der Globalisierung sind, wie müssen wir dann das Imperialwerden einer neoliberalen Globalisierung begreifen – und ist, was Globalisierung genannt wird, eine neue eigene sozioökonomische Ordnung oder eine neue Stufe in der Entfaltung des Weltkapitalismus, die seit den 70er Jahren für den Übergang von der langen Epoche der Nationalstaaten und ihrer hegemonial strukturierten zwischenstaatlichen Ordnung des Kapitalismus zur Herausbildung eines transnationalen (globalen) Staates und seiner Institutionen steht, der eine transnationale, kosmopolitische und global hegemoniale Fraktion der kapitalistischen Klasse repräsentiert, welche eine neoliberale globale Produktion und transnationale Akkumulation und den dazugehörigen historischen Block organisiert – womöglich unter Führung der USA und auf diese zentriert?<sup>7</sup> Und wie ist in diesem Verständnis der US-amerikanische regime change von neoliberaler Globalisierung hin zu einem militärischen Globalismus zu verstehen? Ist dies ein »unipolarer moment«, eine imperiale Episode? Nicht nur ein regime change, sondern ein langer Wandel des Systems, der den Charakter der neoliberalen Globalisierung substantiell ändert? Oder geht es um eine Wiederholung historischer Momente der globalen Ambition der USA? Und endlich: Während es weithin üblich ist, Kapitalismus bzw. Globalisierung und Neoliberalismus zusammenzudenken – wie steht es um das Verhältnis von Neoliberalismus, Empire und Imperialismus? Steht zum Beispiel das neue Moment des Imperialen für eine Krise oder gar ein Ende des Neoliberalismus<sup>8</sup> oder haben wir es mit einem Formwandel des Neoliberalismus zu tun? Wie verhalten sich Neoliberalismus und Neokonservatismus zueinander? Müssen wir das neuimperiale Projekt von George W. Bush denken als Fortsetzung des liberalen US-Globalismus der Woodrow Wilson und Franklin Roosevelt?

Überhaupt – das unerwartet gebräuchlich gewordene Stichwort Imperialismus, über den erstmals 1874 Walter Bagehot in seinem auf die Innenpolitik Napoleons III. zielenden Text »Why an English Liberal May Look Without Disapproval on the Progress of Imperialism in France« gesprochen haben soll. Sollten wir doch einem traditionellen Verständnis folgen und darunter nur eine bestimmte Art Außenpolitik verstehen? Oder etwa bloß die Dominanz starker über schwache Länder bzw. Nationalstaaten? Und sollen wir allein schon angesichts des neuen Militarismus den gegenwärtigen Kapitalismus und seine Expansion in Form der neoliberalen Globalisierung in klassischer Manier als Imperialismus im Sinne einer neuen Entwicklungsstufe begreifen, in dem sich auf traditionelle Weise letzt-

7 So etwa William I. Robinson: *A Theory of Global Capitalism*. Baltimore 2004.

8 Vgl. David Harvey: *Neoliberalism as creative destruction*. In: *Geogr. Ann.*, 88 B (2), 2006, S. 145-158.

lich ökonomische Konkurrenz in militärische Auseinandersetzungen transformiert, wie dies neben vielen anderen etwa Alex Callinicos behauptet?<sup>9</sup> Ist es also richtig, dass wir seit Nineeleveln wieder in den Zustand der Rivalität zwischen imperialistischen Staaten zurückgefallen sind und diese Konkurrenz das erneuerte Signum der Jetztzeit ist? Tritt gegenwärtig an die Stelle der (neo-) liberalen Globalisierung der Rückfall in die politische Grammatik der imperialistischen Machtpolitik, löst der Imperialismus die neoliberale Globalisierung ab?<sup>10</sup> Haben wir es also mit einem »new imperialism« zu tun – und was ist dabei das »Neue«? Die Wiederaufnahme des klassischen imperialistischen Musters der Kolonisierung und Okkupation? Sein endgültig globaler Ausgriff nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus? Ist dies einfach informeller »imperialism without colonies«, wie dies Harry Magdoff 1969 formuliert hat, also ein Regime, das mit Satellitenstaaten oder Protektoraten statt mit Kolonien operiert? Eine Mischform aus Okkupation und informeller Penetration? Oder ist dies (ganz anders) ein räuberisches Regime der accumulation by dispossession, wie David Harvey es skizziert hat?<sup>11</sup> Wer sind die Subjekte eines »neuen Imperialismus«? Oder macht es Sinn, das Neue am Imperialismus in einer spezifischen – eben vor allem: globalen! – Form des Imperialen zu denken? Macht es Sinn, den Gegenwartskapitalismus als Ordnung mit vielen kapitalistischen und einigen imperialistischen Akteuren zu denken, die in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichem Erfolg auf Imperialität – also letztlich bevorteilende Neuordnung der Welt aus sind? Geht es deshalb nicht nur um einen »neuen Imperialismus«, sondern auch um eine neue Imperialität? Oder ist die Unterscheidung zwischen »Imperialismus« und »Empire« womöglich sinnlose Haarspalterei? Und schließlich: Sollte man vielleicht auf die traditionsreichen Begriffe des Imperialismus oder des Imperialen verzichten, weil es womöglich sogar um einen »neuen Kapitalismus« geht, den imperialistisch zu nennen wenig Sinn macht?<sup>12</sup>

Und schließlich: Wie ist die Rolle der USA zu bewerten? Gibt es ein American Empire? Oder ist es nur das Pentagon, das sich zum Zweck der Machtprojektion ein Empire aus Militärbasen hält? Gibt es vielleicht einen besonderen American way of imperialism, das »empire lite« eines humanitären »temporary imperialism« (Michael Ignatieff), das »informal empire« (Leo Panitch oder Peter Gowan oder Joachim Hirsch) oder das »benign empire« und das »empire of liberty«, von denen die Neokonservativen uns erzählen? Oder sollten wir die neuimperiale Wende der USA als die Bildung eines neoliberalen Empire begreifen, das auf sehr widersprüchliche Weise traditionell neoliberale und imperiale Praxen miteinander verbindet – also den starken nationalen Sicherheitsstaat und »small government«, den

9 Alex Callinicos: Imperialism and Global Political Economy. In: International Socialism 108 (2005).

10 So etwa Philip S. Golub: Die Macht ist mächtiger als der Profit. In: Le Monde Diplomatique 8/2005, S. 10 f.

11 David Harvey: The New Imperialism. Oxford 2003.

12 So Jonathan Nitzan; Simshon Bichler: New Imperialism or New Capitalism? Montreal/Jerusalem 2004 (www.bnarchives.net).

Shareholderkapitalismus mit einem staatsalimentierten Militär-Industrie-Komplex, die Unendlichkeit der globalen Finanzmärkte mit der Begrenztheit territorial ansetzender Geopolitik der Militär-, Rüstungs- und Extraktionsindustrie (Ö!), den Multilateralismus mit dem Unilateralismus, die Disziplin des freien Marktes mit der Disziplin des Militärischen und der neuen landscapes of fear, den politischen Kriegern, die für eine starke Politik kämpfen mit den Marktradikalen, die auf Schwächung des Staates und der Politik aus sind, den Besitzbürger und Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft mit dem Besatzer? Ist ein neoliberales Empire der Anfang vom Ende von drei Jahrzehnten Neoliberalismus oder ist es ein Neuaufschwung des neoliberalen Kapitalismus? Ist es eine relativ stabile Form oder sollten wir ein neoliberales American Empire als Passage zu etwas anderem begreifen, womöglich zu einem postliberalen Kapitalismus? Welche politische Richtungsspezifik hat dieses Projekt: Steht es in der liberalimperialistischen Tradition oder ist es ein genuines Projekt einer neuimperialen Rechten? Ist dies ein Empire in Decline wie uns seit den 70ern viele linke Intellektuelle von Paul Kennedy über Lester Thurow und Giovanni Arrighi bis zu Immanuel Wallerstein, Robert Brenner, Emmanuel Todd oder David Harvey (»nur noch dominant oberhalb 30 000 Fuß«) erzählen – zu schweigen von jenen Liberalen und Linken, die das Ende des Nationalstaates (und damit auch des US-amerikanischen Staates!) diagnostizieren? Oder ist dies ein rising empire, eine neue Hypermacht, die erstmals in der Geschichte auf Dauer zwischen sich und dem Rest der Welt einen grundsätzlichen Machtunterschied setzen kann? Auf welchen Zeitpunkt könnte man die Entstehung eines solchen Projekts legen – und wann war es womöglich von Erfolg gekrönt? Wer würde zum American Empire gehören und wer steuert es? Das Pentagon? Der amerikanische Staat? Bill Gates und seinesgleichen? Dient dieses »Empire« den »Interessen des Kapitals« oder einzelner »Fraktionen«? Ist der amerikanische Kapitalismus das Paradigma und ist Amerikanisierung das notwendige Schicksal oder sind beispielsweise die USA, Europa und Ostasien drei ziemlich unterschiedliche Orte, die sich womöglich zu ganz neuen varieties of capitalism entwickeln? Überspielt die Unipolarität des American Empire die anderen Spaltungen der Welt?<sup>13</sup> Oder ist das alles viel Lärm um Nichts und die Welt der Blöcke um die Triadenmächte USA, Asien, Europa ist weitgehend unverändert? Stehen wir womöglich vor einer neuen Welt, die von einem »globalen Direktorium« (Kupchan) aus USA, EU, Japan, Russland und China arrangiert wird? Und wer, endlich, wird imperial beherrscht, gekauft, ausgebeutet vernutzt – oder steht dagegen?

13 »In our view, the discussion about unipolarity versus bipolarity and multipolarity, or about the relevance or irrelevance of unipolarity to the age of globalization is marginal to the major problem facing international society. The major impasse facing international society today is the huge disparity in power between the Concert of the North Atlantic and most of the rest of the members of the international system.« Mohammed Ayoob, Matthew Zierler: The Unipolar Concert. The North-South Divide Trumps Transatlantic Differences. In: World Policy Journal 1/2005, S. 40.

Auch diese Fragen zur Rolle der USA sind sicherlich theoretische Fragen. Doch sie sind zugleich von grundlegender politischer und moralischer Bedeutung. Ralph Peters, ein früherer Geheimdienstoffizier der US-Army, dessen Aufgabe das Nachdenken über zukünftige Kriege war, formulierte vor einem Jahrzehnt zu dieser Zukunft: »We are entering a new American Century, in which we will become still wealthier, culturally more lethal, and increasingly powerful. We will excite hatreds without precedent... The de facto role of the U.S. armed forces will be to keep the world safe for our economy and open to our cultural assault. To those ends, we will do a fair amount of killing.«<sup>14</sup> Gelingt es, das Regiment des Neoliberalismus, seine ideologischen Positionen und politischen Versprechen weiter zu kritisieren und zu schwächen und seine Wirksamkeit im Alltagshandeln durch alternative Praxen zu erschüttern, dann wird auch die Wende zu einem neo-liberalen Empire und einer nach innen autoritär und nach außen vorwiegend militärisch durchgeführten konkurrenz- und finanzmarktgetriebenen Globalisierung erschwert.

Antworten auf die Frage nach einer neuen Imperialität zu finden ist keine kleine Aufgabe, wie Dominic Lieven ironisch vermerkte: »Over the last two millennia the word »empire« has meant many different things to different people from different countries at different times.«<sup>15</sup> Manche freilich sehen die Dinge auch ganz einfach: »Left and right mostly agree«, schreibt Michael Mann, »this is the Age of American Empire. They disagree only on whether it is a good thing.«<sup>16</sup> Näheres Hinsehen zeigt freilich aber auch eine Vielfalt der Positionen: Für die einen geht es um ein Imperium, aber nicht unbedingt um ein amerikanisches Empire, die anderen sehen das Empire in decline, wieder andere lehnen durchgängig oder nach Geschmack den Begriff zur Charakterisierung der USA ab und eine große Gruppe endlich ist der Ansicht, dass die USA ein Empire seien – ob im Auf- oder im Abstieg, ob wünschenswert oder nicht.

## **Milieus und Traditionen der Empire-Grammatik**

### **Die taktische Reserve der Eliten**

Seit Anfang dieses Jahrhunderts ist die Rede vom Empire anerkannt, akzeptiert, legitim, interessant, kontrovers, viel besprochen, kurz: öffentlich alltagspräsent geworden. Den Ausgangspunkt dieses rhetorischen Booms bildete wohl im Herbst 2001 der Aufsatz »The Case for an American Empire« von Max Boot im Wall Street Journal, der zur Begründung des Sinns einer militärischen Besetzung von

14 Ralph Peters: Constant Conflict. In: Parameters [US Army War College Quarterly] Sommer 1997, S. 4-14 ([http://carlisle-www.army.mil/usawc/Parameters/97\\_summer/peters.htm](http://carlisle-www.army.mil/usawc/Parameters/97_summer/peters.htm)).

15 Dominic Lieven: Empire: The Russian Empire and Its Rivals. London 2003, S. 3.

16 Michael Mann: The First Failed Empire of the 21<sup>st</sup> Century. In: Review of International Studies 4/2004, S. 633.

Afghanistan und Irak die stabilisierende Wirkung anrief, welche die britische Herrschaft im 19. Jahrhundert in dieser Region gehabt habe.<sup>17</sup> Seitdem breitete sich die Empire-Idee zur Charakterisierung eines globus americanus schnell aus und fand rasch ihre massenkulturelle Unterfütterung durch die Medien der Soft-power. Vom »Gladiator« über den Zweiteiler »Julius Cäsar«, über das Großkinoprojekt »Imperium – Aufstieg und Fall des Römischen Reiches«, über die Verfilmung des Trojanischen Kriegs durch Wolfgang Peterson, über den Kampf um die Verfilmung von »Alexander dem Großen« bis zum millionenfachen Kult um Star Trek – die Eingewöhnung auf eine imperiale Kultur und ihre wunderbaren Kriege ist seit Ende der 90er Jahre in vollem Gange. Wie so oft, war Hollywood der Politik weit voraus.

Doch ungeachtet dieser medialen Veralltäglichung blieb die Rede vom American Empire im Wesentlichen eine Sache medialer und strategischer Intellektueller und der informellen Sprechweisen der Macht. Die gängigen Vergleiche mit dem römischen Imperium blieben jahrelang Einübungen in Identitätsbildung, erst seit 2004 folgten dann entsprechende theoretische Bemühungen. Im populären Verständnis ist das »Empire« als Selbstbeschreibung der USA von der Mehrheit der US-Bevölkerung offenbar noch lange nicht akzeptiert. Insofern ist die frühe kritische Befürchtung des prominenten amerikanischen Sozialwissenschaftlers Joseph Nye weit übertrieben, wonach sich die »USA im Griff einer heiklen Metapher«<sup>18</sup> befänden. Die Dimension der Imperialität ist eine diskurspolitisch normalisierte, neu umkämpfte Sache geworden, in der politischen Rhetorik aber dominiert sie noch nicht. Das Diskursfeld ist dabei von sehr unterschiedlichen normativen und richtungspolitischen Positionen zur Empire-Frage markiert, denen sich in der Regel auch theoretische und historische Einschätzungen zuordnen lassen. Vor einer näheren Betrachtung der relativ kohärenten neokonservativen und der weitaus zerklüfteteren liberalen und linken Positionierungen lohnt es sich jedoch, zunächst einen kurzen Blick auf die regierenden Akteure zu werfen.

Die Rhetorik der gegenwärtigen politischen Entscheidungsträger der USA lehnt nämlich explizit den Empire-Begriff ab, spricht aber auch äußerst selten von Begriffen wie Primat, Hegemonie oder Dominanz. Sie operiert mit klassischen Referenzen auf Begriffe wie Gleichheit, Verteidigung, Sicherheit, Rache, Nation, Demokratie oder – allem voran – Freiheit, um ihr politisches Konzept vermarkten zu können: »We refuse the crown of empire« erklärte Bush in seiner ersten Wahlkampfrede zu außenpolitischen Fragen am 19. November 1999. Im April 2004 stellte er in einer Pressekonferenz klar, dass die USA im Irak nicht als eine »imperial power« sondern als eine »liberating power« gehandelt habe.<sup>19</sup> In einem In-

17 Dann als Beitrag im Zentralorgan des Neokonservatismus Weekly Standard v. 15. Oktober 2001, S. 27: »Afghanistan and other troubled lands today cry out for the sort of enlightened foreign administration once provided by self-confident Englishmen in jodhpurs and pith helmets.«. S. auch Max Boot: *The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power*, New York 2002.

18 Süddeutsche Zeitung v. 26. 9. 2002.

19 Zitiert nach John B. Judis: *Imperial Amnesia*. In: *Foreign Policy* 4/2004.

terview im Februar 2003 mit Al Jazeera TV verdeutlichte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: »...we're not a colonial power. We've never been a colonial power. We don't take our force and go around the world and try to take other people's real estate or other people's resources, their oil. That's just not what the United States does. We never have and we never will. That's not how democracies behave. That's how an empire-building Soviet Union behaved but that's not how the United States behaves.«<sup>20</sup> Auch Colin Powell nahm im selben Monat in der US-Botschaft in Islamabad klar gegen solche Positionen Front: »The United States has the best record of any major power for not establishing imperiums, for not taking over countries. Kuwait – did we take over Kuwait? No. Have we taken over Afghanistan? No. We gave it back to its Muslim leaders. Did we take over Kosovo when we bombed it and made it safer for the Muslim population? No. Did we take over Japan? Germany? Italy? No. The United States' record is not one of imperialism. It is one of doing the job, bringing peace, restoring order and getting a responsible government in place.«<sup>21</sup>

Vieles spricht dafür, dass die Bush, Rumsfeld oder Powell von diesen Referenzen überzeugt waren und sind und ihnen eine Zusammenfassung ihres politischen Projekts in einem Begriff wie »Empire« fremd ist. Die Ablehnung einer solchen Selbstbeschreibung nun ist nicht ungewöhnlich: Fast alle Führer moderner Imperien wiesen derartiges weit von sich und auch die Vorläufer der gegenwärtigen US-Regierung teilten diese Position.<sup>22</sup> Keine einziger Präsident oder Minister eines großen Staates plädiert dieser Tage explizit für ein Imperium. Die Gründe dafür sind vielfältig. Da geht es nicht nur darum, dass ein Begriff wenig populär scheint, der für viele für eine Politik von gestern oder für ein konkurrierendes politisches Gebilde steht, das man los werden möchte. Das politische Führungspersonal sieht sich als postimperial, da es oft aus dem Zusammenbruch von Imperien hervorgegangen war oder stark verneint, als Erbe solcher Imperien zu fungieren. Es verweist natürlich auch immer wieder darauf, dass die USA keine formelle politische Kontrolle über andere Staaten des internationalen Systems ausübten. Dies alles steht zunächst dafür, dass jene, die politisch herrschen und Macht ausüben, von diesem zentralen Code der Politik nicht sprechen, es sei denn, er ist nützlich

20 [http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t02262003\\_t0225sdlajaz.html](http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t02262003_t0225sdlajaz.html).

21 <http://islamabad.usembassy.gov/www03022202.html>. Der Nationale Sicherheitsberater Stephen Hadley allerdings charakterisierte eine unilaterale Invasion der USA in den Irak schlicht als »the imperial option« (zit. nach Niall Ferguson: *The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire*. In: *Daedalus* 2/2005).

22 Als Beispiel siehe C. Rice in einem Interview des ZDF v. 31.7.2003: »I wouldn't accept the comparison to the Roman Empire, of course, because the United States has no imperial ambitions. This is an unusual time. The United States has a preponderance of military power. It, of course, has a strong economy, a lot of influence in the world. But I think the point that's been missed here is that it is really the alliance of states that were on the right side of history after World War II (...). Yes, the United States is the most powerful state within that alliance. But we see this, really, as an opportunity for states that share values to have an opportunity to bring those values to other parts of the world where they are not yet - have not yet taken hold.« 1999 erklärte Clintons Sicherheitsberater Sandy Berger, die USA sei die »first global power in history that is not an imperial power.« Zitiert nach Niall Ferguson: *Hegemony or Empire?* In: *Foreign Affairs* September/Oktober 2003.



als Fassade oder Trugbild.<sup>23</sup> Mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit hat die Ablehnung des Empire-Begriffs in der politischen Klasse eine bloß taktische Dimension, wie der neokonservative Historiker Niall Ferguson ebenso amüsiert wie zynisch bemerkte: »I applaud their ability to disclaim imperial ambitions in all of their public pronouncements. That is precisely the right way to play it. The United States should constantly deny that it's an empire, should consistently promise that its troops will be withdrawn. This seems to me almost inherently part of the new American Empire. The key thing is not to mean these things.«<sup>24</sup>

Dies hat nicht nur damit zu tun, dass für dieses politische Personal das Imperiale und der Imperialismus eindeutig mit kolonialer und territorialer Okkupation nach dem Modell des Imperialismus zu Beginn des letzten Jahrhunderts verknüpft ist.<sup>25</sup> Hier setzt sich so die bis heute wirksame US-amerikanische Tradition fort, die an den Empire-Begriff gebundene Konnotation zu Raum und Territorium zu vermeiden und konkrete imperiale Ambitionen hinter politisch abstrakten Universalismen wie »Menschenrechte«, »Internationalismus« (die 2002 publizierte National Security Strategy of the United States of America (NSS) spricht vom »distinctly American internationalism«), »Humanismus«, »amerikanische Werte« oder auch hinter der Rede von der »Führung« (»leadership«) zu verbergen. »America wasn't put here to dominate the world... We have a higher calling: to lead it«, erklärte der Präsidentschaftskandidat der Demokraten John Kerry 2004.<sup>26</sup> Und sicherlich spiegelt sich auch hier noch die taktische Rücksicht auf die traditionelle Geschichtskultur des Antiimperialismus der einstigen Kolonie wider, die auch zu den offiziell gepflegten Basiswerten der USA gehört und wonach die USA als die genuin postkoloniale Macht erscheinen, deren Anfangsbestimmung der antiimperiale Kampf (nicht aber die Ausrottung der indigenen Bevölkerung Nordamerikas) war. Ein »American Empire« wird da von vorneherein bestenfalls als »Empire of liberty« gedacht und die einst mehr »zufällig« erworbenen Kolonien aus der imperialen Episode der 1890er und ihres »kolonialen Moments« sind nach dieser großen Erzählung vom genuinen Antiimperialismus der USA schon lange wieder aus dem fragmentarisch gebliebenen Kurzzeitimperium entlassen und zehren zudem bis heute von den wohlthätigen Konturen, welche nach dem Selbstverständnis der US-Eliten die guten Ziele wie die leichthändigen Mittel seines dortigen zivilisatorisch-modernisierenden Wirkens gerade im (vorgeblichen) Unterschied zu

23 Siehe Franz Bosbach; Hermann Hiery (Hg.): Imperium/Empire/Reich, München 1999. Als einst die die Rede vom kaiserlichen oder faschistischen »Reich« noch gängig war, fungierte der harmlos klassifizierende Begriff »Weltpolitik« als Codewort für die Begriffe »Imperialismus« und »Neuaufteilung der Welt«, die nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr kommunikabel waren.

24 Niall Ferguson; Robert Kagan: The United States Is, and Should Be, an Empire: A New Atlantic Initiative Debate, AEI 17. 7. 2003, S. 21.

25 »If we were a true empire, we would currently preside over a much greater piece of the Earth's surface than we do« stellte Anfang 2004 Dick Cheney fest, s. New York Times (NYT) v. 25. 1. 2004.

26 Siehe NYT v.8.5.2004, S. A14. Zum folgenden Susan Carruthers: The Imperial Interrogative: Questioning American Empire, 3. Drew Colloquium in Transdisciplinary Theological Studies zu »An American Empire? Globalization, War and Religion«, 25-27. 9. 2003.

rassistisch-brutalistischen Praxen des britischen Empire auszeichneten. Sie stehen zudem für die besondere Form einer kolonialen Herrschaft, deren Oszillieren zwischen Annexionsstatus und Selbstherrschaft hochflexibel und ausreichend diffus war, um vielfältigste Formen direkter Machtausübung wie ideologischer Rechtfertigungen zu gestatten: Länder wie Puerto Rico gehörten den USA, aber nicht zu ihnen, sie waren weder eine Kolonie der USA noch ein unabhängiges Land, sondern ein »unincorporated territory«, welches »foreign in a domestic sense« war.<sup>27</sup> Ihr unmittelbarer politisch-militärischer Einschluss in ein Regime direkter Machtausübung war unnötig für eine Ordnung, in der die Vertreter des machtvollsten Teilsystems Ökonomie derlei Kostenaufwand offenbar für unnötig hielten. Ihnen ging es um Zugang (»open door« und »freedom of the seas«) und um Inkorporation in ein amerikanisch beeinflusstes und letztlich kontrolliertes System der die Gesellschaft umwälzenden und »zivilisierenden« Kapitalakkumulation – mehr nicht. Sie waren zudem davon überzeugt, dass der Religion oder ihren sakulären Schwestern die moralische Integration der Eingeborenen überlassen werden könne und dazu keine gesonderte politische Regulation sinnvoll sei, aus der erst dann der Empire-Verdacht entspringen könne.

Dieser gegenüber dem »American Empire« durchaus traditionellen Rede vom »amerikanischen Jahrhundert« fehlt die politische Schärfe: Gegen ein Imperium kann man Front machen, gegen ein Jahrhundert nicht. Auch im Lager der US-amerikanischen Militärs sind die Zweifel am »Empire« als Rhetorik, Konzept oder Selbstbeschreibung offenbar beträchtlich. Insofern verlässt die Begriffspolitik der Bush-Administration aus funktionellen und historischen Gründen die Praxis der faktischen Verhüllung der politischen Natur ihrer imperialen Aktionen nicht, die nicht nur für die US-Regierungen seit jeher typisch war. Der implizite und revolutionäre Ausgangspunkt ihrer Politik ist gleichwohl die Annahme einer qualitativ neuen globalen Disparität der Macht zwischen den USA und dem »Rest der Welt«, die es auf Dauer zu stellen gelte. Imaginiert (aber nicht expliziert) wird ein Ungleichgewicht, das dauert.

### **Die neokonservative Debatte**

Eine Kerngruppe neokonservativer Ideologen und strategischer Intellektueller hat sich demgegenüber mittlerweile die Rede vom »American Empire« als politischen, zum Teil auch als wissenschaftlichen Kampf- und Zielbegriff zu eigen gemacht – für sie ist sogar »the logic of neoimperialism ... too compelling ... to resist«, weshalb ein »imperialist revival« notwendig sei.<sup>28</sup> Schließlich sind für sie

27 So 1911 in Downes v. Bidwell, S. American Quarterly 2/2004, S. 433.

28 Sebastian Mallaby: The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire. In: Foreign Affairs 2/2002, S. 2-3, 6. Mallaby verlangte eine Rückkehr zu jenen Tagen, in denen »orderly societies [imposed] their own institutions on disorderly ones.« (Los Angeles Times v. 26.1.2003). S. a. Tarak Barkawi, Mark Laffey: Retrieving the Imperial: Empire and International Relations. In: Millennium 1/2002, S. 109-127. Mallaby gehörte ursprünglich zum Lager der »liberalen Interventionisten«.

die Amerikaner spätestens seit 1989 die »undisputed masters of the world«.<sup>29</sup> In der neokonservativen Richtung ist dieses Verständnis (nicht unbedingt aber immer der Begriff) hegemonial. Das »Empire« ist für sie das neue legitime und oftmals nassforsch hingeworfene Codewort geworden, das die Einzigartigkeit der USA und ihrer Stellung im internationalen System aufruft. »Empire« – das ist funny (Hanson) und cool. Der Begriff fordert heraus. Er provoziert ganz anders als die alte Rede von der Supermacht (ein 1944 erfundener Begriff) oder vom Hegemon. Und er markiert einen im Zweifel ruppigen Sachzwang – Empire ist unvermeidlich: »Sadly, there are still a few places in the world that must be ruled before they can be freed«, erklärte Niall Ferguson 2005, und fährt fort: »Sadly, the act of ruling them will sorely try Americans, who instinctively begrudge such places the blood, treasure, and time they consume. Yet saddest of all, there seems to be no better alternative available to the United States and to the world«.<sup>30</sup>

Einige wenige Vertreter des neokonservativen Feldes allerdings, die nicht selten als verbal zurückhaltendere Grenzgänger im Regierungsraum operieren oder vor allem noch zu der ersten Generation des Neokonservatismus gehören – also etwa die Norman Podhoretz, Nathan Glazer oder William Kristol – lehnen demgegenüber den Begriff »Empire« zumindest vordergründig ab. So hält Philip Zelikow, der als indirekter Autor der nationalen Sicherheitsdirektive von 2002 gilt, den Gebrauch dieses Begriffs für »böartig« und sieht darin eine politische Polemik, mit der jede Art von Einflussnahme etikettiert und diskreditiert werde. Unter »Empire« werde beschrieben »any circumstance where a powerful country exerts influence over lesser powers, whether direct or indirect, physical, cultural or commercial«, eine »shallow equation of all sorts of economic and cultural influences with ›imperialism««. But these imperial metaphors, of whatever provenance, do not enrich our understanding; they impoverish it. They use a metaphor of how to rule others when the problem is how to persuade and lead them.« Unter Empire versteht Zelikow demgegenüber das hergebrachte und nach seiner Ansicht auf die USA in keiner Weise zutreffende Verständnis einer schrankenlosen Durchgriffsdiktatur: »Real imperial power is sovereign power. Sovereigns rule, and a ruler is not just the most powerful among diverse interest groups. Sovereignty means a direct monopoly control over the organization and use of armed might. It means direct control over the administration of justice and the definition thereof. It means control over what is bought and sold, the terms of trade and the permission to trade, to the limit of the ruler's desires and capacities. In the modern, pluralistic world of the 21<sup>st</sup> century, the United States does not have anything like such direct authority over other countries, nor does it seek it.«<sup>31</sup> Danach wäre allerdings auch die Verwendung des Begriffs zur Charakterisierung des »britischen«, in mancherlei Hinsicht auch des »römischen« Empire unangebracht. Anna Simons Aufsatz

29 Charles Krauthammer, zitiert nach *The Guardian* v. 18. 9. 2002.

30 Niall Ferguson: *The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire*. In: *Daedalus* 2/2005.

31 Philip Zelikow: *The Transformation of National Security*. In: *The National Interest* 71 (2003).

»The Death of Conquest« ist ein weiteres Beispiel für eine ablehnende Haltung, die mit dem Fehlen der Merkmale der klassischen imperialen Ordnung argumentiert: »But we are clearly not conquerors in the classical imperial sense. We do not seek permanent physical control. We are neither interested in forcibly subjugating nor in forcibly absorbing foreign populations. We do not exact tribute. Nor do we force anyone to labor on our behalf. Perhaps most significant but least appreciated, we also do not militarily seize or appropriate anything without offering compensation.«<sup>32</sup> Auch ein hard core neoconservative wie Charles Krauthammer hat sich gelegentlich von dem Begriff distanziert: »The use of the word ›empire‹ in the American context is ridiculous. It is absurd to apply the word to a people whose first instinct upon arriving on anyone's soil is to demand an exit strategy. I can assure you that when the Romans went into Gaul and the British into India, they were not looking for exit strategies. They were looking for entry strategies.«<sup>33</sup> Hier wird stattdessen weiterhin den Begriff »Hegemonie« vorgezogen – was wiederum von anderen Vertretern der neokonservativen Strömung wie Deepak Lal abgelehnt wird: »the starting point must be to recognize the United States not merely as the world's hegemon, but as an empire.«<sup>34</sup>

Im Wesentlichen ist eine mehr oder weniger explizite Referenz auf den Begriff Empire im Diskursraum des Neokonservatismus mittlerweile problemlos. Die Rede vom »American Empire« wird als politisch-rechtliche Konsequenz einer neuen militärisch-politischen Selbststärkung der ökonomisch wie kulturell uneinholbar dem Rest der Welt davongezogenen USA interpretiert.<sup>35</sup> Die USA befinden sich definitiv im Aufstieg: »This is the end of the decline« (Michael Novak), die declinists haben theoretisch wie praktisch verloren. Und die Rede vom American Empire ist selbst nur ein Element des konsequenten Verzichts auf die alte Rhetorik

32 Anna Simons: The Death of Conquest. In: The National Interest 71 (2003), S.42.

33 Charles Krauthammer: Democratic Realism: an American Foreign Policy for a Unipolar World, Washington 2004, S. 2. Ähnlich auch Dan Morgan: A Debate Over US »Empire« Builds in Unexpected Circles. In: Washington Post v. 10. 8. 2003. Für Glazer ist daegegen die »junge« Generation der Neokonservativen von der triumphalistischen Hauptidee des »Empire« okkupiert, siehe Liel Leibovitz: Tales of the Neocons. In: The Jerusalem Report v. 28. 6. 2004.

34 Deepak Lal: An Imperial Denial. In: Yale Global v. 6. 1. 2005.

35 In der theoretischen Debatte des Neokonservatismus stehen für die Entwicklung dieser Position und ihrer Kritik seit Anfang der 90er Jahre etwa Texte von Charles Krauthammer: The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs Nr. 70 (1990-91); Michael Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy. In: International Security 4/1997, S. 49-88; Barry R. Posen; Andrew L. Ross: Competing Visions of U.S. Grand Strategy. In: International Security 3/1996-7, S. 5-53; William C. Wohlforth: The Stability of a Unipolar World. In: International Security 1/1999, S. 4-41; Robert Kagan; William Kristol: The Present Danger. In: The National Interest 59 (2000), S. 57-69; Zalmay Khalilzad: Losing the Moment? The United States and the World After the Cold War. In: Washington Quarterly 2/1995. S. a. John G. Ikenberry: After September 11: America's Grand Strategy and International Order in the Age of Terror. In: Survival 4/2001-02, S. 19-34; Steve E. Miller: The End of Unilateralism or Unilateralism Redux? In: The Washington Quarterly, 1/2002, S. 15-29; Joseph S. Nye: Tests: Between Concert and Unilateralism. In: The National Interest Winter 2001/02, S. 5-13; Robert Jervis: Doomed to Failure: Grand Strategy in a Weak State, Lecture v. 2. 2. 2000 in Yale. Zuvor bereits sehr einflussreich Zbigniew Brzezinski: The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostategic Imperatives. New York 1997.

des Kalten Krieges mit Wörtern wie »Totalitarismus«, »fünfte Kolonne«, »Infiltration« oder »Finnlandisierung«. Der Neokonservatismus erfand einen neuen politischen Sprechcode und stellte ihn gegen die politische Rhetorik des Liberalismus – es ging um »Unipolarität«, »Universalismus«, »Freiheit«, »Demokratie wagen«, »demokratischer Globalismus«, »Empire«, »Terrorismus« statt »freien Märkten«, um den »Zusammenstoß der Zivilisationen« statt um »Multikulturalismus«, um »Kreuzzüge«, »asymmetrische« oder »unbegrenzte Kriege« statt um »humanitäre Interventionen« oder »Wettbewerb«.

Ein einigermaßen konsistenter Konsens über den Inhalt des Begriffs Empire hat sich aber auch im neokonservativen Milieu bislang nicht etablieren können. Das betrifft sehr einfache Schlüsselfragen wie:

- Was ist die Differenz zwischen »Empire« und »Imperialismus«?
- Existiert ein »American Empire« bereits oder handelt es sich um eine politische Zielgröße?
- Wenn es existiert: Wer gehört eigentlich dazu und wo sind seine Grenzen?
- Welchen spezifischen Modus der Herrschaft zeichnet diese Ordnung aus und wie wird diese legitimiert?

Dissens gibt es zunächst hinsichtlich der abgrenzenden Unterscheidung von »Empire« und »Imperialismus«. Die Mehrheit der prominenten neokonservativen Wortführer spricht zwar vom »Empire«, lehnt aber zumeist den Begriff des »Imperialismus« ab, ohne dass allerdings eine solche Position in irgendeiner Weise analytisch durch eine Ausarbeitung des Unterschieds zwischen beiden Begriffen untermauert worden wäre. Sie baut zumeist auf die verbreitete Ansicht, dass vom »Imperialismus« nur reden dürfe, wer einen territorial ausgewiesenen, direkten Kolonialismus präsentieren kann. Imperialismus kollabiert hier unversehens in eine bestimmte, klassische Form des Kolonialismus. Mehr noch geht es ihnen mit der Ablehnung des Begriffs Imperialismus darum, »to eschew the labels of Marxism and Leninism« und festzuhalten, dass die »expansion of a free market is not, in fact, imperialism«. Die »expansion of American power is a good thing for America and for the world«, weshalb, so Robert Kagan in einer Debatte im American Enterprise Institute am 17. 7. 2003, die »essence of American policy ... not imperialist« sei.

Auffällig ist freilich, dass sich dies 2002/3 geändert hat: spezifizierende, aber dennoch klare Bekenntnisse zum Begriff »Imperialismus« auf Seiten einiger sehr prominenter, medial präserter und einflussreicher Neokonservativer wie Boot, Kaplan, Rosen oder Mallaby haben sich seitdem deutlich gehäuft, ohne dass hier freilich schon ein wirklich breiter und hegemonialer, mit der begriffspolitischen Zielfigur des Imperialismus hantierender neuer Mainstream im Neokonservatismus entstanden wäre: »U. S. imperialism has been the greatest force for good in the world during the past century«, erklärte etwa ein Max Boot recht forsch und zu-

gleich nostalgisch im Jahre 2003.<sup>36</sup> Robert Cooper – damals ein führender außenpolitischer Berater des britischen Premierministers Tony Blair und später Büroleiter Solanas, der wesentliche konzeptionelle Verantwortung für die Europäische Sicherheitsstrategie trug – entwickelte etwa die Idee des »cooperative empire«, um Zonen der Unordnung (Afghanistan, Burma, Somalia, Kolumbien, Zimbabwe) zu restabilisieren und das alte britische Empire mit im neuen Spiel zu halten. Klassische (prämoderne oder moderne) Imperien sind für Cooper dazu da, Ordnung, Kultur und Zivilisation ihrer diversen Elemente zu sichern – und Diversität ist die Essenz des Imperiums. Um diese Funktion zu sichern, macht für ihn ein Imperialismus neuer Art Sinn. »What is needed«, erklärte Cooper, »is a new kind of imperialism, one acceptable to a world of human rights and cosmopolitan values... an imperialism which, like all imperialism, aims to bring order and organization but which rests today on the voluntary principle. Postmodern imperialism takes two forms. First there is the voluntary imperialism of the global economy. This is usually operated by an international consortium through International Financial Institutions such as the IMF and the World Bank – it is characteristic of the new imperialism that it is multilateral...The second form of postmodern imperialism might be called the imperialism of neighbours. Instability in your neighbourhood poses threats which no state can ignore. Misgovernment, ethnic violence and crime in the Balkans pose a threat to Europe. The response has been to create something like a voluntary UN protectorate in Bosnia and Kosovo... If this process is a kind of voluntary imperialism, the end state might be described as a cooperative empire ...The postmodern EU offers a vision of cooperative empire, a common liberty and a common security without the ethnic domination and centralised absolutism to which past empires have been subject, but also without the ethnic exclusiveness that is the hallmark of the nation state.«<sup>37</sup> In dieser neuen Freude am Imperialismus schimmert dann nicht nur die alte aufregende britisch-imperiale Kultur, sondern auch ein politischer Triumphalismus nach dem »militärischen Sieg« über den Irak durch und endlich auch die Herkunft der Neokonservativen aus linken Milieus und die damit verbundene Eingebetheit in die Verwendung des Begriffs »Imperialismus«. An einer präzisen Unterscheidung zwischen »Empire« und »Imperialismus« ist jedoch auch dieser Gruppe wenig gelegen, in der sich recht trübe Nostalgie und Avantgardismus mischen.

36 Max Boot: American Imperialism? No need to run away from label. In: USA Today v. 6. 5. 2003, S. 15A sowie ders.: »Washington needs a colonial office«. In: Financial Times v. 3. 7. 2003, S. 19. Für Mallaby ist der »Neo-imperialismus« »the rich man's burden«.

37 Robert Cooper: The Post-Modern State, The Foreign Policy Centre 2002. S. a. Robert Cooper: Why We Still Need Empires. In: Guardian v. 7.4.2002, S.27 sowie Ottawa Citizen v. 5. 5. 2002, S. A14, zitiert nach Ivan Eland: The Empire Strikes Out. The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws. In: Policy Analysis Nr. 459 v. 26. 11. 2002, S. 4. »We need to revert to the rougher methods of an earlier era – force, preemptive attack, deception, whatever is necessary...Among ourselves, we keep the law but when we are operating in the jungle, we must also use the laws of the jungle.«

Ebensowenig sind sich die neokonservativen Verfechter des Begriffs einig, ob angesichts der neuen weltpolitischen Situation ein American Empire erst hergestellt werden müsse, wir uns also noch auf dem »road to empire« (James Kurth) befinden, ob es demgegenüber womöglich ein American Empire bereits gibt (und es verteidigt oder ausgedehnt werden müsse)<sup>38</sup> und ob wir es in diesem Fall mit einem rising empire zu tun haben (so dereinst die Formulierung eines George Washington im März 1783) – entsprechend variieren die Begründungen für eine im Endeffekt gleichermaßen revisionistische Politik. Schließlich ist die Entstehung eines Empire kein Ereignis, sondern ein Prozess. Auch hier gibt es allerdings charakteristische Veränderungen: Seit Ende 2002 häuften sich Stimmen aus dem neokonservativen Lager, wonach die USA bereits mitten im Empire-Business steckten und die schlichte Frage sei: »How do we manage this world?«<sup>39</sup> Nahe liegt eine nächste Argumentation: dass es das American Empire schon sehr lange gegeben habe – und es dieses Empire noch sehr lange geben werde.<sup>40</sup>

Weiter besteht auch unter den neokonservativen Intellektuellen keineswegs Einigkeit, wer und was denn eigentlich zum American Empire zu rechnen sei. Eine recht atemberaubende Zielsetzung publizierte noch vor Nineelevn James Kurth vom Swarthmore College in der neokonservativen Theoriezeitschrift *The National Interest* in einem Artikel, dessen Überschrift »The Next NATO« untertitelt war mit »Building an American Commonwealth of Nations«. Globalisierung, so Kurth, meine nichts anderes als die Globalisierung des »American way« und eine buchstäbliche Expansion der USA. Europa als der am stärksten amerikanisierte Teil der Welt müsste einem erweiterten Amerika angehören. »Amerika« müsse also neu definiert werden: »Worum es in Wirklichkeit geht ... sind nicht einfach amerikanische Interessen oder amerikanische Ideale. Es geht um amerikanische Identität, vor allem um die Neuerfindung der amerikanischen Identität durch die politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten, um sie für die neue Ära der Globalisierung zu rüsten. Während Amerika bei weitem die stärkste Macht und die größte Ökonomie auf dem Globus ist, glauben diese Eliten, dass es nicht länger ausreicht für Amerika, nur aus dem nordamerikanischen Kontinent und nur aus Amerikanern zu bestehen; diese Definition von Amerika ist überholt ... es ist noch nicht möglich für Amerika gleichermaßen auf jedem Kontinent zu existieren und gleicher-

38 Ähnlich auch der wissenschaftsinterne richtungsübergreifende Dissens darüber, ob es mittlerweile ein unipolares System gibt (z. B. Kagan, Krauthammer) oder ob wir es (noch) mit einem multipolaren zu tun haben (z. B. Mearsheimer, Rabkin).

39 So die Fragestellung eines Interviews mit Robert D. Kaplan in *Atlantic Unbound* v. 16. 6. 2003. S. a. Niall Ferguson: *The »E« Word. Admit it: America is an empire.* In: *Wallstreet Journal* v. 7. 6. 2003: »If this isn't imperial power, I don't know what is ... we will have cause to celebrate the advent of this American empire.«

40 So Niall Ferguson: *Colossus: The Price of America's Empire.* New York 2004, nach dessen Ansicht die USA schon lange ein liberales Empire waren und das Problem nicht ist, dass es zu viel, sondern das es zu wenig American Empire gibt, weil seine Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt und auch zur Okkupation von Territorien gegenüber der Fülle neuer »failed states« zurückbleibe, deren »partial or complete suspension of their national sovereignty« (S. 170) ins Auge zu fassen sei. Boot, Ferguson, Kaplan, Rosen und Kurth sind sicherlich die schneidigsten neokonservativen Empire-Liebhaber.

maßen aus Völkern von überall auf der Welt zu bestehen; diese Definition von Amerika ist voreilig. Die Definition von Amerika die am besten zur gegenwärtigen Epoche passt ... ist eine, welche als Teil der neuen und vergößerten amerikanischen Identität Europa einschließt, jenen Kontinent, der am weitesten den amerikanischen Weg gegangen ist.«<sup>41</sup> Was Kurth hier richtig fasst, ist die Schlüsselrolle der USA im Prozess der Globalisierung<sup>42</sup> und die argumentative Linie ist die Radikalisierung der Empire-Idee (in deren Spannungsfeld »Förderung« und schließlich sogar Integration in einem globalen American Empire liegen). Dies knüpft an der klassischen Idee eines Übergangsregimes zu einem Territorialimperium an, die Carl Schmitt 1950 in »Nomos der Erde« skizzierte und ist aber doch von ihr radikal verschieden. Schmitt beschrieb diese »eigenartige Mischung aus offizieller Abwesenheit und effektiver Anwesenheit« so: »Der territoriale Boden-Status des gelenkten Staates wird nicht in der Weise verändert, dass sein Land in Staatsgebiet des lenkenden Staates verwandelt wird. Wohl aber wird das Staatsgebiet in den spatialen Bereich des kontrollierenden Staates und dessen special interests, d. h. in seine Raumhoheit, einbezogen. Der äußere, entleerte Raum der territorialen Souveränität bleibt unangetastet, der sachliche Inhalt dieser Souveränität wird durch Sicherungen des ökonomischen Großraums der kontrollierenden Macht verändert. Die politische Kontrolle oder Herrschaft beruht hier auf Interventionen, während der territoriale Status quo garantiert bleibt. Der kontrollierende Staat hat das Recht, zum Schutz der Unabhängigkeit oder des Privateigentums, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, zur Wahrung der Legitimität oder Legalität einer Regierung oder aus anderen Gründen, über die er selbst nach Ermessen entscheidet, in die Verhältnisse des kontrollierten Staates einzugreifen.«<sup>43</sup> Ein amerikanisches Empire, wie es sich Kurth hier vorstellt, hat allerdings wenig zu tun mit einer handfesten, raum-hoheitlichen Eingemeindungs-vorstellung, sondern geht von einer weitgehend autonomen Selbstassimilation vormals verschiedener Ordnungen aus und setzt somit auch den Gedanken der nicht-territorialen, informellen Imperialität fort, welche seit Anfang des letzten Jahrhunderts das US-amerikanische Projekt der Imperialität auszeichnete.<sup>44</sup> Deutlich wird dies an einer Skizze der klassischen Protektorats- und Kolonialisierungsidee, die ebenfalls Kurth 2003 vortrug: »Essential to every empire is an imperial class – the civil officials, military officers and business managers who go forth from the empire’s metropole to its dominions and colonies to carry out its

41 The National Interest 65 (2001).

42 Vgl. Leo Panitch: Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie. In: Z 52 (2002), S. 80 f., wonach die Bewältigung des zweiten großen Globalisierungsschubs im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts die Existenz eines Staates verlangte, der in der Lage war, die anderen Staaten anzuleiten, anzuführen, zu organisieren und sie zu beeinflussen und es daher in dieser Zeit zu einem Wiederaufbau der imperialen Kapazitäten der USA gekommen sei; im Zentrum ihrer Aktivitäten steht die Herstellung, Sicherung und Ausweitung freier Kapitalmärkte.

43 Zitiert nach FAZ v. 19. 11. 2002.

44 S. Simon Dalby: Political Space: Autonomy, Liberalism, and Empire. In: Alternatives 30 (2005), S. 415-441; Neil Smith: The Endgame of Globalization. New York/London 2005.



policies and practices. In other words, it is inherent in an empire that certain people will be imperial emigrants ... it is useful to distinguish between the three different components of an imperial class-civil, military and business... The problem, perhaps the void, in the American imperial class lies in the civil officials. There is no obvious equivalent of the Indian Civil Service or the Colonial Civil Service of the British Empire... The real civil servants of the American empire are not American in their physical origin. They are, however, American in their intellectual apparatus... From the perspective of the American empire, these imperial immigrants/emigrants – local in their outer appearance, American in their inner attitudes – are perfect candidates for political and economic leadership in the empire's outer and even inner domains. And, indeed, a significant number of current officials in Latin America, Europe and East Asia are graduates of American universities, and an even larger cadre of graduates is now entering into official careers. The ability of the American empire to govern its domains will depend upon its success in producing this distinct kind of immigrant/emigrant to serve as its distinct kind of imperial civil official. In the empires of the past, the metropole served as the mind, and the colonies served as the body. The American empire is attempting to solve the imperial mind-body problem in a new way. In a sense, it seeks to perform a series of brain-transplants, to put an imperial mind into a colonized body.«<sup>45</sup> Diese Vorstellung ist insofern durchaus realistisch, als fast alle der 3,8 Millionen US-Amerikaner, die im Ausland leben, in nur vier Räumen (Kanada, Mexico, Europa und Israel) leben. Ein globales American Empire, dessen Führungspersonal aus stammländischen US-Amerikanern sich rekrutiert, ist da schlecht zu machen. Ein spezifisch amerikanisches Problem ist dies freilich nicht: Die französische Kolonialadministration war bevölkert von Männern, die aus peripheren Regionen Frankreichs kamen (wie Korsika) oder aus den Kolonien selbst.

Insgesamt aber ist auffällig, wie wenig kohärent und ausgearbeitet die Vorstellungen der neo-konservativen Community über Reichweite, räumliches Profil und Zeitdimension eines amerikanischen Imperiums sind. Die einschlägigen Positionen und Konzepte in dieser neuen Kultur des imperialen Revisionismus unterscheiden kaum zwischen nationalstaatlicher Aktionsreichweite, globaler Hegemonie, Welt-herrschaft – und was dies alles mit der Entstehung eines Empire zu tun haben könnte. Während die skizzierten handfest territorialpolitischen Erwägungen auch im neokonservativen Milieu eher selten sind und sie erstaunlich unklar und zurückhaltend bei der Beantwortung der Frage sind, wer und was denn nun zu einem solchen Empire zu rechnen wären, gibt es allerdings durchaus einen teils impliziten oder verschwiegene, teils expliziten Konsens über die Strukturen, Formen und Arbeitsweisen politischer Imperialität, der sich aus zahlreichen Äußerungen von Schlüsselpersonen und Leittexten rekonstruieren lässt. Materiell be-

45 James Kurth: Migration and the dynamics of empire. In: The National Interest Spring 3/2003.

deutet Imperialität im Paradigma des Neokonservatismus eine disziplinierende Politisierung des Staates: Der militärische Faktor wird nicht nur als last resort, sondern auch als frühes operatives Instrument und zentrales Politikfeld hochgeschätzt. Der nationale Sicherheitsstaat mit einer starken Exekutive (»unified command«), einer Entwertung parlamentarischer Teilhabe und zivilstaatlicher Legitimationsagenturen, Geheimhaltung und Limitierung der Bürgerrechte ist die Form dieser Disziplinierung, die zudem weitaus stärker als einst sich verkoppelt mit dem Moment der Privatisierung des Sicherheitsstaates und Militärs, also zugleich zum militärischen Kontraktstaat mutiert. Zwar sind hier das Private und das Staatliche eng verknüpft, die Welt des Ökonomischen taucht aber in aller Regel nur als Neuaufleben der Kultur des greedy capitalism auf, in welcher der Staat als Organisationsmedium der Korruption, große Bereicherungskasse vor allem für die Rüstungsindustrie und wissenschaftlich-technisches Innovationszentrum vorkommt. Die Umverteilung »von unten nach oben und von außen nach innen« ist der innere Bewegungsmodus der politischen Ökonomie imperialer Aneignung, die sich durch Kulturen der Exklusion, Superiorität und Ungleichheit realisiert. Die Finanzierung des imperialen Projekts geschieht – so der Gedanke – durch Staatsverschuldung und Tributsetzung (andere Staaten, Ressourcen). Die Schlüsselrolle im neokonservativen Paradigma des Politischen spielt aber die Außenpolitik. Sie geht davon aus, dass zwischen den USA und »dem Rest der Welt« seit 1989 die grundlegende Disparität einer unipolaren Situation existiert, die auf Dauer gesetzt und vertieft werden kann. Ihre Ambition geht über den Aufbau und die Sicherung globaler Reichweite (»reach«) hinaus auf die revolutionäre, transformative Produktion von Weltordnung durch eine massive Aufwertung des Instrumentariums eines politisch-militärischen Unilateralismus, des hegemonialen Rechts, einer Politik der begrenzten Souveränität, der präventiven Intervention und der Kreuzzugpolitik (»mission«), also durch Aufwertung politisch-militärischer Geopolitik und von Formen der direkten Herrschaft (zeitweilige Protektorate, Okkupation, Ethos des »politischen Kriegertums«). Militärisches Grenzmanagement und informelle Penetration in die inneren Welten der »Peripherie« sind die zentralen Aktivitäten auf dem Weg zur globalen »Raumhoheit« (Carl Schmitt). Dabei gibt es intensive Debatten über den Modus der Machtausübung. Im Kern soll ein American Empire tun können, was es will. Während Boot den USA eine globale Empire-Rolle zudenkt, die sich formal über die UN realisiert und ansonsten mit einer simplen Forderung auffällt (»Washington Needs a Colonial Office«<sup>46</sup>), tritt Mallaby für eine eigene US-geführte internationale Körperschaft jenseits der UN ein. Kaplan widerum schreibt den USA kurzweg die alleinige Akteursrolle zu (»We and nobody else will write the terms for international society«<sup>47</sup>). Wesentlich weiter als Kurth geht Niall Ferguson, der die USA auffordert, »(to) make the transition from

46 So der Titel seines Beitrags in der Financial Times v. 3. 7. 2003.

47 Robert D. Kaplan: Warrior Politics: Why Leadership Demands a Pagan Ethos. New York 2002, S. 144 f.

informal to formal empire«.48 Neokonservative wie Ferguson teilen zwar die Ansicht nicht, dass eine unmittelbare, direkte Einbeziehung in ein formelles Regierungssystem vorliegen müsse, um von einem »Empire« reden zu können. Auch das britische Empire habe weite Teile des Globus indirekt – d. h. vor allem mit ökonomischen Mitteln – beherrscht. Daher sprechen sie problemlos vom American Empire, plädieren für eine Aufwertung der Elemente unmittelbaren Zwangs und wollen hiermit eine Differenz zur bislang üblichen Rede von der »Hegemonie« aufmachen. »It is certainly true that in economic terms, the United States accounts for a much higher share of global output than the United Kingdom ever did, and it is also true that in military terms, the United States enjoys a greater lead over its rivals (one even bigger than that enjoyed by the United Kingdom immediately after 1815). But in other respects, the two countries' positions are reversed. A century ago, the United Kingdom's formal empire was very large indeed, covering nearly a quarter of the world's surface and ruling roughly the same proportion of its population. Today, on the other hand, the United States' formal empire includes just 14 dependencies (of which the largest is Puerto Rico) and covers less than 11,000 square kilometers. A century ago, the United Kingdom could draw wealth and personnel from the 15 million of its subjects who had settled in the temperate zones of the empire. Today, by contrast, fewer than four million Americans reside abroad, and nearly all of them live in Canada, Mexico, or Western Europe. A century ago, the United Kingdom was a net exporter of capital, on such a scale that it truly deserved to be called »the world's banker«. Today, the United States is a net importer of capital on almost as large a scale. A century ago, British leaders could devote the lion's share of their attention and taxpayers' money to imperial defense and grand strategy, since before 1910, government provided only minimal care for the sick and elderly, and most of that was local. Today, Washington spends its money on social security, defense, welfare, and Medicare – in that order.«49 Hier wird im neokonservativen Diskurs die Vielfalt der Herrschaftsmethodiken imperialer Projekte hervorgehoben: Imperien »exercise great authority over large and varied territories populated by diverse ethnic groups, cultures, and religions. They rely on a broad range of tools and incentives to maintain this dominance: political persuasion, economic advantage, and cultural influence where possible; coercion and force when necessary... empires do not always have sovereignty over their domains. This was certainly the case with Athens. It was also the case in the early period of the Roman Empire, when Rome sought domination rather than direct control over its dependencies.«50

Wie aber kann eine neuimperiale Dominanzstruktur legitimiert werden? Hier bewegt sich die neokonservative Community auf vertrautem moralpolitischen Ge-

48 Zitiert nach Harvey, *Imperialism*, S. 3.

49 Siehe Niall Ferguson: *Hegemony or Empire?* In: *Foreign Affairs* September/Oktober 2003.

50 So der Präsident des Nixon-Centers in Washington und Mitherausgebers der »*National Interest*« Dimitri K. Simes: *America's Imperial Dilemma*. In: *Foreign Affairs* 6/2003.

biet: Legitimation geschieht auf einfache und traditionelle Weise – es geht um Werte. »We are the good guys«, so Boot – die USA sind ein »gütiger Hegemon«, ein »benevolent empire« (Robert Kagan schon 1998). »We are an attractive empire«, schrieb das Wall Street Journal, »the one everyone wants to join.«<sup>51</sup> Es gilt demnach zu unterscheiden zwischen dem guten und dem schlechten Empire. Das gute Empire hat gute Absichten, wie schon 1919 der politische Theoretiker John Watson in seinem Buch »The State in Peace and War« zum britischen Empire vermerkte: »Political rule over others«, schrieb er, »(is) justified if the rulers exercise their authority for a good that transcends their own desires.«<sup>52</sup> In diesem Kontext werden dann auch die imperialen militärische Aktivitäten interpretiert, an die Eiland erinnert: zwischen 1800 und 1906 war das britische Empire in 98 Kriege und militärische Konflikte involviert, die USA ihrerseits waren zwischen 1801 und 1904 in 101 kriegerische Konflikte verwickelt, die – natürlich – als Unternehmen der Befreiung verstanden wurden<sup>53</sup> – daher im übrigen der moralisch-idealistische Ton, den die US-Außenpolitik dann (bis heute) anzuschlagen pflegte. In neokonservativer Sicht ist das britische Empire letztlich ein gutes, ein vorbildliches Unternehmen gewesen, dem nachzueifern die USA aufgefordert seien. Niall Ferguson gibt im Vorwort zu seinem Buch über das britische Empire ein Beispiel für diese fast uneingeschränkt positive Referenz auf das britische Empire: »Today, the principal barriers to the optimal allocation of labour, capital and goods in the world are, on the one hand, civil wars and lawless, corrupt governments, which together have condemned so many countries in sub-Saharan Africa and parts of Asia to decades of impoverishment; and, on the other, the reluctance of the United States and her allies to practice as well as preach free trade, or to devote more than a trifling share of their vast resources to programmes of economic aid. By contrast, for much (though certainly, as we shall see, not all) of its history, the British Empire acted as an agency for imposing free markets, the rule of law, investor protection and relatively incorrupt government on roughly a quarter of the world. The Empire also did a good deal to encourage those things in countries which were outside its formal imperial domain but under its economic influence through the ›imperialism of free trade‹. Prima facie, therefore, there seems a plausible case that the Empire enhanced global welfare – in other words, was a Good Thing.(...) Yet the fact remains that no organization in history has done more to promote the free movement of goods, capital and labour than the British Empire in the nineteenth and early twentieth centuries. And no organization has done more to impose Western norms of law, order and governance around the world.«<sup>54</sup>

51 Zitiert nach Corey Robin: Endgame. Conservatives after the Cold War. In: Boston Review 1/2004, S. 28.

52 Zitiert nach Ivan Eland: The Empire Strikes Out. The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws. In: Policy Analysis Nr. 459 v. 26. 11. 2002, S. 3; siehe auch Clyde Prestowitz: Rogue Nation: American Unilateralism and the Failure of Good Intentions. New York 2003.

53 S. Michael W. Doyle: Empire Ithaca, N.Y. 1986; Eland, Empire, S.11.

54 Niall Ferguson: Empire: The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power. London 2003, Vorwort. Weder beabsichtigte das britische Empire, Recht, Fairness, Friede oder freie Märkte durch-

Ein Empire trägt danach die Möglichkeit des Guten in sich ( »...that our Empire is an Empire of liberty, of truth, and of justice« – Disraeli in einer Rede am 18. 7. 1878 ), zum Beispiel indem es nicht nur Sicherheit schafft, sondern auch die Institutionen der bürgerlichen Demokratie und Freiheit in der Welt durchsetzt; so verbindet ein Empire aufs schönste die gebieterische Logik der Sicherheit mit der Tugend der zivilisatorischen Weltverbesserung. Imperiale Aneignung und Absicherung unruhiger Orte schaffen Ruhe, Ordnung und Sicherheit für die Bewohner des Empire und die neuhinzukommenden Eingeborenen, denen mit der neuen Ordnung auch demokratische Werte und Einrichtungen gebracht werden. In Gebieten wie dem Irak ist nach dieser Ansicht ein American Empire »the last hope of democracy and stability alike«.55 In den Worten von Boot im Jahr 2002: »We don't want to enslave other countries and loot their resources. We want to liberate oppressed peoples and extend to them the benefits of liberal institutions.«56 Derselbe Boot vermerkt freilich, dass die Durchsetzung solcher Ziele im Zweifel mit der Gewehrspitze zu erfolgen habe, auf gute alte militärimperialistische Art also.<sup>57</sup>

Es sind also zunächst militärische Gründe, die zu einer Positivbewertung imperialer Projekte führen. Nochmals Max Boot: »If we don't stop the bad guys, who will? If we don't police the world, who will? The job of policing these distant lands — places full of failed states, criminal states, or simply a state of nature — ultimately falls to us, which means that whether we like it or not, liberal imperialism appears to be in our future.«<sup>58</sup> Neokonservative wie Boot, Kagan, Haass, Malaby oder Ferguson sehen den positiven Sinn eines amerikanischen Empire darin, dass es allein imstande sei, neue militärische Bedrohungen zu konterkarieren, die in großer Vielfalt entstanden seien: Terror, Schurkenstaaten, »failed states«, Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Eine Strategie des Aufbaus eines guten Empires verspricht, diese neuen schweren Probleme zu lösen: terroristische Grup-

zusetzen, noch war es dazu imstande. Mike Davis Skizze der Hungerpolitik des gütigen britischen Imperiums legt hiervon beredt Zeugnis ab, siehe Mike Davis: Die Geburt der Dritten Welt, Hamburg 2004. Frederick Cooper: Empire Multiplied. A Review Essay. In: Comparative Studies in Society and History 4/2004, S. 261 hat gefragt, wo die Imperialismen liberal waren: »Canada minus the Native-Americans? Australia minus the Aborigines? New Zealand minus the Maoris, India minus the Indians, Africa minus the Africans?« Auch ein reformistischer Imperialismus war damals Ausnahme und nicht bestandsfähig – er war einfach zu teuer.

55 Michael Ignatieff: The Burden in: NYTimes Magazine v. 5. 1. 2003, S. 54.

56 Max Boot: The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power, Gespräch mit James Gibney. In: Slate, May 8, 2002, [www.slate.msn.com/?id=2065505](http://www.slate.msn.com/?id=2065505); Boot ist Olin Senior Fellow on National Security Studies beim Council on Foreign Relations. So argumentiert auch Kaplan: Warrior Politics, S. 147, 154, wonach die imperiale Ordnung eine »dependable form of protection for ethnic minorities and others under violent assault« sei, wie ja das aktuelle Beispiel des Minderheitenschutzes mit den Mitteln des Luftkriegs im Irak zeigte. Und als früheres Beispiel Ronald Steel: Pax Americana. New York 1967, S.14 ff., wonach die USA eine »imperial power« seien, »engaged in a kind of welfare imperialism, empire building for noble ends rather than for such base motives as profit and influence« – es sind Ziele wie »permitting other nations to enjoy the benefits of freedom, democracy, and self-determination.«

57 Max Boot schrieb dies in USA Today. »But it should definitely embrace the practice.« In Iraq this »means imposing the rule of law, property rights and other guarantees, at gunpoint if need be.« Zitiert nach I. H. Daalder, James M. Lindsay: American Empire, Not »If« But »What Kind«. In: NYT v. 10. 5. 2003.

58 Max Boot: Does America Need an Empire? Vorlesung an der UC Berkeley am 12. 3. 2003.

pen können nicht abgeschreckt, aber durch harte vorbeugende Schläge zerstört werden; Staaten, die den Besitz oder die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen anstreben, können nicht mit diplomatischen Mitteln davon abgebracht werden – aber durch vorbeugende militärische Intervention kann ein entscheidener struktureller Regimewandel durchgesetzt werden; potentielle Hegemonialkonkurrenten können durch den Aufbau eines engmaschigen Netzes von Militärstützpunkten und weitreichende Schlagkraft im Zaum gehalten und sogar notfalls durch direkte Intervention unterdrückt werden. Ein Empire hat in dieser Sicht ein hohes Lösungspotential für die neuen Fragen der nationalen Sicherheit.

Daher ist für viele nicht nur Neokonservative klar: Ein deutlicher imperiales Amerika hätte Nineeleveln verhindert.<sup>59</sup> Die Unordnung der Welt ist so groß, dass sie nur durch ein gutes Imperium neu gestaltet und befriedet werden kann. Wo die Staaten zerfallen und Bürgerkriege millionenfach Opfer bringen, wo »ethnische Säuberungen« und Völkermorde als normale Rechtfertigungen humanitärer Interventionen herhalten, ist die Neigung zu imperialer Politik gleichsam selbstverständlich. Dieser Blick reflektiert auf die Güte des Militärischen: Schließlich geben die USA rund 60 mal so viel für militärische Zwecke aus wie für Entwicklungshilfe und von dieser geht ein Drittel nach Israel und ein Fünftel nach Ägypten und Jordanien, neuerdings ist der Irak als zusätzlicher Schwerpunkt hinzugekommen. Ein Empire USA ist für einen Niall Ferguson der einzige Schutz vor einem neuen »Dunklen Zeitalter« (Dark Age)<sup>60</sup>. Für die neokonservativen Verfechter der neuperiodischen Richtung begründet die aus der neuen Verteilung von Ressourcen, Kapazitäten und damit Macht entstandene Situation der Ungleichheit und Unipolarität die Konzeption einer unilateralen und assymetrisch operierenden Machtrelation; Multilateralismus dagegen ist für sie die »weapon of the weak« (Robert Kagan) und ergibt sich letztlich aus einer Art Machtgleichgewicht, das gegenwärtig nicht mehr existiert.

Im neokonservativen Spektrum geht es jedoch nicht nur um nationale Sicherheit, sondern auch um Moral, Humanität und Freiheit, also um klassische Anrufungen in der Tradition des Liberalismus. Gesetzlosigkeit, Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen, Bürgerkriege, Hunger und Armut – kurz: das Elend der Welt schreit angesichts des Zerfalls nationalstaatlicher Souveränität nach der Güte imperialer Intervention, ohne die solche Übel nicht beseitigt und der letztlich entscheidende Wert durchgesetzt werden kann: der Wert der Freiheit. Krauthammer

59 S. Ivan Eland: The Empire Strikes Out: The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws. In: Policy Analysis Nr. 459 (2002), S. 1-27.

60 In seinem Beitrag (»The End of Power«) für das Wall Street Journal v. 21. 6. 2004 argumentierte Ferguson mit der Unausweichlichkeit der Alternative »Empire versus Anarchie: »Anyone who dislikes U.S. hegemony should bear in mind that, instead of a multipolar world of competing great powers, a world with no hegemon at all may be the real alternative to it. This could turn out to mean a new Dark Age of waning empires and religious fanaticism; of endemic rapine in the world's no-go-zones; of economic stagnation and a retreat by civilization into a few fortified enclaves. (...) The alternative to unipolarity may not be multipolarity at all. It may be a global vacuum of power.«

sieht in der Wertorientierung (fokussiert um den zentralen Wert »Freiheit«), die Differenz zwischen dem außenpolitischen Konzept des Neokonservatismus (von ihm als »Demokratischer Realismus« bezeichnet) und dem Kanon der »realistischen Schule«.<sup>61</sup> Auch Autoren, die nicht zum klassisch neokonservativen Spektrum gerechnet werden können, sehen den Gehalt amerikanisch-imperialer Politik im »Empowerment«.<sup>62</sup>

Die neokonservativen »Empire-Gelehrten« (E. Eakin in der New York Times) heben also auch hervor, dass Amerika heute nicht nur mit roher Gewalt operiert, sondern seine »wohlwollende Herrschaft« (Wolfowitz) auch mit ökonomischen, kulturellen und politischen Mitteln realisiert, um Sicherheit wie Freiheit durchzusetzen. Man möchte andere Völker lieber zu Konsumenten oder gar Amerikanern machen als sie mit Krieg zu überziehen. »Wir sind immer noch ein attraktives Imperium«, sagt Max Boot. Und aus genau diesem Grunde müsse man sich für eine Pax Americana stark machen. Gerade in einer anarchischen Welt, mit Schurkenstaaten und terroristischen Zellen, biete eine den Globus beherrschende USA den besten Garanten für Frieden und Stabilität. Robert Kaplan schreibt in seinem Text, welcher der Frage nachgeht, wie und warum die Welt zu managen sei: »The purpose of power is not power itself; it is a fundamentally liberal purpose of sustaining the key characteristics of an orderly world. Those characteristics include basic political stability, the idea of liberty, pragmatically conceived; respect for property; economic freedom; and representative government, culturally understood. At this moment in time it is American power, and American power only, that can serve as an organizing principle for the worldwide expansion of liberal civil society.«<sup>63</sup> Die amerikanische Macht ist die Lösung, nicht die (Mit-)Ursache der Mängel der Welt und wer sich gegen sie wendet, ist unvernünftig und verlängert den Mangelzustand.

»Es gibt eine positive Seite am Empire«, sagt daher Robert Kagan. »Es ist in mancher Hinsicht die gütigste Ordnungsform.« Und: »Die Wahrheit ist, dass die wohlwollende Hegemonie der Vereinigten Staaten für weite Teile der Weltbevölkerung gut ist. Sie ist ohne Zweifel ein besseres internationales Arrangement als alle realistischen Alternativen.«<sup>64</sup> Für D'Souza sind die USA ebenfalls exzeptionell: »Das amerikanische Empire ist die großmütigste imperiale Macht aller Zei-

61 S. Charles Krauthammer: Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World. AEI Washington 2004, S. 13.

62 S. S. John Peterson: America as a European power: the end of empire by integration? In: International Affairs 4/2004, S. 618: »Postwar America may not be the only historical case of an imperial power seeking to empower, as opposed to dominating, its »subjects« in a vital sphere of influence. But the United States sustained empowerment for far longer than the classic empires were able to do in their own imperial domains (...) after all, the number of democracies has doubled globally since the early 1980s.«

63 Robert D. Kaplan: Supremacy by Stealth: Ten Rules for Managing the World. In: Atlantic Monthly, 4/ 2003, S. 68 f.

64 William Kristol, Robert Kagan: The Benevolent Empire. In: Foreign Policy, Sommer 1998. Später lehnte Kagan die Anwendung des Begriffs ab – die USA seien »bloß« eine Hegemonialmacht.

ten... Wenn ein Empire so wirkt, brauchen wir mehr davon.«<sup>65</sup> Das bemerkenswerte Selbstbewusstsein, das aus solcherart Großmut kommt, fragt nicht danach, ob es überhaupt Akzeptanz findet. Hinter dem Mantel der Großmut verbirgt sich allerdings nicht selten eine imperiale Rhetorik, die kaum ein Blatt vor den Mund nimmt und nicht mehr verhehlt, dass es nicht um eine imperial organisierte Protektion und die Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten geht, sondern um die Abstützung der Sicherheit der USA und ihrer Dominanz.<sup>66</sup> Neokonservative wie Boot und Ferguson hatten zuweilen nur Hohn für die von ihnen selbst strapazierte Rede vom »guten Empire« übrig. In einer Debatte, die das AEI wenige Monate nach dem formellen Ende des Irak-Krieges zur Frage veranstaltete, ob Unipolaristen und Neuimperiale explizit die Rede vom Empire praktizieren sollten, spottete Ferguson: »Ladies and gentlemen, it is a distinguishing feature of both the great Anglophone Empires that they insist they are acting in the best interests of the people that they subjugate. It is part of our charm. It is our share of culture«.<sup>67</sup>

### Die liberale Debatte

Ein Großteil der öffentlichen Debatte über die Rolle der USA im internationalen System spielt sich im Traditions- und Bezugsfeld des hegemonialen Liberalismus ab und ist entsprechend verzweigt und differenziert. Doch auch hier ist nur selten begriffssystematisch und theoretisch der Frage nachgegangen worden, ob die Position und der Charakter der USA sinnvoll mit dem Begriff »Empire« gekennzeichnet werden könnten. Amy Kaplan hat schon vor Jahren drei Merkmale einer solchen Absenz des Empire in der amerikanischen Wissenschaft genannt: »the absence of culture from the study of US imperialism; the absence of empire from study of American culture; and the absence of the United States from the postcolonial study of imperialism«.<sup>68</sup> Seit Nineeleven jedoch findet sich im großen politisch-ideologischen Feld des amerikanischen Liberalismus ein breites Spektrum unterschiedlicher Ansichten zur Empire-Frage, die sich in vier Positionen zusammenfassen lassen:

1. Grundsätzliche Ablehnung der Anwendung des Begriffs auf die USA – eine Position des »traditionellen« Liberalismus;
2. radikal- und linksliberale Kritik der real existierenden Politik des American Empire bzw. des neokonservativen Projekts als militaristisch, undemokratisch, ineffizient und kontraproduktiv;
3. die liberalimperiale Kritik nur eines Projekts offener und formeller Imperialität entsprechend der klassischen Tradition des Liberalimperialismus als immer

65 Dinesh D'Souza: In praise of American empire. In: Christian Science Monitor v. 26. 4. 2002.

66 So S. A. Wolfson: Conservatives and Neoconservatives. In: Public Interest 2004, S. 46.

67 Niall Ferguson, Robert Kagan: The United States Is, and Should Be, an Empire: A New Atlantic Initiative Debate, AEI 17. 7. 2003, S. 14.

68 Amy Kaplan: »Left Alone with America«: The Absence of Empire in the Study of American Culture. In: Amy Kaplan; Donald E Pease (Hrsg.): Cultures of United States Imperialism. Durham 1993, S. 11.



noch hegemonialer Strömung im amerikanischen Liberalismus und Betonung eines disziplinierenden Neoliberalismus als eigenem Projekt;

4. weitgehende Annäherung an die neokonservative Akzeptanz des imperialen Projekts und der Beschreibung der USA als imperial.

Für die erste Gruppe ist die »atavistische« (Ikenberry) Rede vom Empire und vom Imperialismus im Zusammenhang mit den USA vor allem deswegen gegenstands- und damit sinnlos, da für sie beides direkte, formelle territoriale Beherrschung und ein klassisch-koloniales Muster impliziert – wenn nicht sogar der Empire-Begriff als vormodern verstanden und damit aus der Geschichte des Kapitalismus faktisch vollständig hinausbefördert wird und als gleichsam mittelalterliche Figur gefasst wird.<sup>69</sup> Der Begriff wird an das Vorliegen einer formellen Regierungsmacht gebunden. Nach dieser lange Zeit weit verbreiteten Vorstellung besteht das internationale System aus souveränen Staaten als den Akteuren, deren Domänen scharf umgrenzt und hoheitlich klar reguliert sind. Eine imperiale Struktur meint dann jene Beziehung zwischen solche Staaten, die grenzüberschreitend die Souveränität eines Akteurs aufhebt. Auch in der aktuellen Debatte um das »American Empire« findet sich verbreitet diese Argumentation: Entweder ist die kurze Zeit des American Empire längst vorbei oder es hat eine solche Zeit nie existiert. Zwischen Liberalismus und Empire gebe es keinen systematischen Zusammenhang. Nach Arthur Schlesinger Jr. etwa mag die Rede vom American Empire für Noam Chomsky und Paul Wolfowitz – also die »Rechten« und die »Linken« – Sinn machen, nicht aber für eine liberale Position der Mitte. Für ihn gab es überhaupt kein dominantes klassisch imperiales und imperialistisches Projekt der USA und auch die Rede vom informellen Empire betreffe einen bedeutungsschwachen Sachstand: »Imperialism was never a broadly based, popular mass movement (...) Americans, unlike the Romans, the British, and the French, are not colonizers of remote and exotic places. We never developed a colonial outlook. The United States established no colonial department. It trained no administrators to man the outposts of empire. It had no upper class with younger sons who needed outdoor relief. Britain created a British world in India and Africa; the French created a French world in Indochina and Algeria. The number of Americans who settled in the Philippines was negligible. When Britain liberated India and when France liberated Algeria, it was a matter of bitter internal controversy. When America liberated the Philippines, it was a matter of indifference mingled with relief. To be sure, the United States like all great powers has varied and vital economic interests, ranging from access to raw materials to export markets. But to assert that these interests foreordain wars of conquest is contrary to the evidence, and indeed confuted by the writings of Marx and Engels, who in this matter were hardly as Marxist as their disciples. Of course we enjoy an informal empire — military ba-

69 S. Richard Saull: On the »New« American »Empire«. In: Security Dialogue 2/2004, S. 251: »Empire has been seen as a premodern form of political authority and rule counterposed to the modern form of rule and political order associated with sovereignty.«

ses, status-of-forces agreements, trade concessions, multinational corporations, cultural penetrations, and other favors. But these are marginal to the subject of direct control. (...) In their days of imperial glory, Rome, London, Paris, despite slow and awkward lines of communication, really ruled their empires. Today communication is instantaneous. But despite the immediacy of contact, Washington, far from ruling an empire in the old sense, has become the virtual prisoner of its client states.«<sup>70</sup> Hinter dieser Ablehnung der Anwendung des Begriffs Empire auf die USA steht übrigens häufig eine grundsätzliche These bzw. Überzeugung über liberale Wirtschaftspolitik: Die Expansion der Marktökonomie und einer marktfokussierten Wirtschaftspolitik untergraben zentralstaatliche Kollektivregelungen und schwächen diktatoriale und imperiale Politikverfassungen zugunsten der individuellen Freiheit des Marktbürgers. Markt und starker Staat oder gar ein Empire seien strukturell unverträglich.

Die zweite radikal- oder zuweilen auch linksliberale Gruppe – im Spektrum des Liberalismus sicherlich eine »kleine radikale Minderheit« – knüpft an die eben skizzierte Tradition der Reduzierung des Empire-Begriffs auf die Dimension der formellen Kontrolle und direkten (militärischen) Herrschaftsausübung an und macht sie sich häufig zu eigen. Sie sieht in den neuen Kriegen, der Aufwertung des Militärischen, der Okkupation Afghanistans und des Irak und dem Imperium der Militärbasen ein military empire, das als ein American Empire funktioniert.<sup>71</sup> Für viele Vertreter dieser Richtung steht (wie für einen Großteil der öffentlichen Weltmeinung) die Politik der USA nach 9/11 dafür, dass sich eine US-Hegemonie, ein US-Empire oder gar ein US-Imperialismus just erst herausbilde und insofern eine grundsätzlich neue Situation entstanden sei. Es gibt einen Übergang zu einem formellen – militärischen – Empire. Diese Meinung spiegelt auf ihre Weise wieder, was für nicht wenige in der amerikanischen Administration das Charakteristikum der Situation ist: 9/11 sei ein tiefer Bruch in der Geschichte der USA. Mit dem Hervortreten des Militärischen, das als das entscheidende Charakteristikum eines »Imperialismus« gelten müsse, sei es auch zu einem Revival eines US-amerikanischen Imperialismus gekommen. Hier begründen letztlich Veränderungen in der Außenpolitik (oder der Formen der Regierung) die Rede vom Empire. Für die meisten Vertreter dieser Richtung ist das neuimperiale Projekt ein Projekt des Neokonservatismus und gehört nicht in das Begriffs- und Politikfeld des Liberalismus. Enttäuschung, Ablehnung, Zorn und scharfe Kritik zeichnen diese liberale Position aus, für die ein Beitrag von Robert Gilpin von der Princeton University stehen kann, der als einer der führenden Theoretiker der internationalen Beziehungen in den USA gilt. Er schrieb 2005: »President George W. Bush's costly and reckless war against Iraq has resulted in the greatest threat to the security and well-being of the United States since the US Civil War. The war against Iraq has signi-

70 Arthur Schlesinger, Jr.: The American Empire? Not So Fast. In: World Policy Journal 1/2005, S. 45.

71 So am prominentesten Chalmers Johnson: The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic. New York 2004.

ificantly exacerbated dangerous social, cultural and regional fissures in US society. The war has not only undermined the social and political stability of the Middle East, but has also let loose forces that threaten the entire global political and economic system. The hubris, ambitions, and incompetence of the ideological amateurs managing the foreign policy of the Bush Administration are unparalleled in the history of the United States. The needless deaths and the maiming of thousands of both combatants and Iraqi civilians weigh, or at least should weigh, heavily on the consciences of every American. Every citizen of the United States and millions of others around the globe have been placed at serious risk for the foreseeable future. Rather than serving as a ›beacon of light unto the nations‹, the United States has become almost universally hated and distrusted. Further and more importantly, the ›preemptive‹ war against Iraq, launched ostensibly to eliminate Iraq's alleged weapons of mass destruction (WMDs) and its links to international terrorism, has actually greatly increased the magnitude of the terrorist threat to the United States and other societies.«<sup>72</sup>

Die dritte Gruppe versammelt eine Fülle unterschiedlicher Positionen, doch sie stehen allesamt in der alten Tradition des amerikanischen Liberalimperialismus. Innerhalb des liberalen Diskursfeldes spielt sie die klar bestimmende Rolle und ihr Diskurs hat sich durch Nineleven deutlich verändert. Man äußert sich aus sehr verschiedenen Gründen entweder kritisch zu den Vereinigten Staaten der Gegenwart als einem imperialen Land oder macht gegen die aktuelle Politik der Administration Bush Front, die als Versuch charakterisiert wird, ein imperiales (oder zumindest: ein bestimmtes imperiales) politisches Projekt durchzusetzen. Gemeinsam ist dieser heterogenen Gruppe weiter, dass sie sich auf den Empire – Begriff einlässt, entweder um ihn kritisch der neokonservativen Richtung zuzuschreiben oder um ihn einzuverleiben in die liberalimperialistische Tradition und ihn dabei als äußerst schwache (und daher akzeptable) politische Form von Herrschaft zu bestimmen. In diesem Fall nähert sie sich an eine schon weit mehr akzeptierende Rede vom Empire über die Auseinandersetzung mit dem Begriff »Hegemonie« an, der ihr nach Nineleven immer weniger gültig schien – deutlich wird, dass wir es hier mit dem zu tun haben, was man liberalimperiale Positionen nennen könnte.

Zur Beschreibung der Stellung der USA im internationalen System hatte sich in der liberalen Öffentlichkeit und Wissenschaftskultur traditionell der Begriff »Hegemonie« als der politisch offenbar noch relativ problemlos für eine breite Öffentlichkeit tragbare Begriff etabliert. Soweit es sich dabei um theoretisch begründete Positionen handelte, ist die Rede von der Hegemonie das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit Ungleichheit, Hierarchie und der Existenz von Großmächten im internationalen System. Auf dieser Grundlage wurde traditionell der Begriff Empire abgelehnt, was sicherlich auch mit einer liberalen Alltagsunterscheidung zu tun hat: »Überzeugung und Akzeptanz sind für Hegemonie, Befehl/Zwang und

72 Robert Gilpin: War is Too Important to Be Left to Ideological Amateurs. In: International Relations 1/2005, S.5.

Gehorsam/Unterwerfung für Imperium die entscheidenden Kriterien.«<sup>73</sup> Ähnlich die Kurzcharakterisierung von Imperien durch Barry Buzan: »Coercion is their first tool, and loyalty their first demand.«<sup>74</sup> Damit konnte die de facto – Ungleichheit im internationalen System oder auch in der Innenpolitik berücksichtigt werden, und der Begriff des »Empire« konnte reserviert werden für die Existenz eines formellen Zwangs- und Dominanzregimes. Patel formuliert: »Zugleich unterscheidet sich die Hegemonie ... von einem »Empire« dadurch, dass es auf konsensuale Entscheidungsmechanismen, auf Kompromiss, Überzeugung und Anerkennung der Führungsrolle durch die anderen Staaten setzt und nur in Ausnahmen auf die Durchsetzung blanker Gewalt. In diesem besonderen Stil muss man den zentralen Unterschied zum Verhalten der Sowjetunion gegenüber dem Ostblock sehen; er unterscheidet sich auch vom Umgang der USA mit einigen anderen Weltgegenden seit 1945.«<sup>75</sup>

Ein solches Verständnis ermöglichte es liberalen Autoren wie Nye oder Ikenberry, sich von neokonservativ-neuimperialen »Triumphalisten« abzugrenzen, gleichzeitig aber entschieden eine Grundannahme der Neokonservativen zu teilen: dass es ein klares Übergewicht (»preponderance«) der USA im internationalen System gebe und das grundlegende Ziel der amerikanischen Politik sei, den Weltkapitalismus und das amerikanische Primat – also den American Way of Globalism zu sichern.<sup>76</sup> Das System internationaler Beziehungen ist nach ihrer Ansicht hierarchisch und man kann davon ausgehen, dass der 1989 eingetretene »unipolare Moment« dabei sei, zu einer »unipolaren Ära« zu werden<sup>77</sup> oder dass das Übergewicht der USA tief hinein in das 21. Jahrhundert reichen werde<sup>78</sup> (ganz im Unterschied zu »realistischen« Autoren wie Kenneth Waltz, die ein neues Gleichgewicht der Mächte erwarteten). »Pax Americana is likely to last«, schließt Nye.<sup>79</sup> Der Reichtum und das Übergewicht der USA an Machtressourcen wie Bevölkerung, Territorium, Naturschätze, ökonomische Stärke, militärische Kraft und politische

73 Werner Link: Imperialer oder pluralistischer Frieden? in: Internationale Politik 5/2003, S. 56. »Empire...offers the most extreme form of hierarchical order in international relations. It is order in which weaker units are not fully sovereign and control is ultimately based on coercive domination. (...) Hegemonic orders are also hierarchical, although within the order, weaker and secondary states are formally sovereign and the extent and mechanisms of domination can be looser and less formal. (...) Britain in the nineteenth century and the US after World War II are the great historical cases of liberal hegemony. « Siehe auch G. John Ikenberry, Liberalism and empire: logics of order in the American unipolar age. In: Review of International Studies 4/2004, S. 615 f.

74 Barry Buzan: American Exceptionalism, Unipolarity and September 11: Understanding the Behaviour of the Sole Superpower. Paper ISA-Konferenz Montreal 2004, S. 28.

75 Kiran Klaus Patel: Rolle der USA im europäischen Einigungsprozess. In: H-Soz-u-Kult v. 21. 10. 2004.

76 Der liberale Historiker und Politikwissenschaftler G. John Ikenberry hat diesen Big Deal des 20. Jahrhunderts zwischen den USA und den anderen kapitalistischen Ländern so formuliert: »The United States made its power safe for the world, and in return the world agreed to live within the US system.«, G. John Ikenberry: American Grand Strategy in the Age of Terror. In: Survival 4 (2001), S. 19-34, hier: S. 21. Wortgleich in Ikenberry: Liberalism and empire, S. 623.

77 S. etwa G. John Ikenberry: Institutions, Strategic Restraint, and the Persistence of American Postwar Order. In: International Security Winter 3/1998-1999, S. 43-78

78 Joseph S. Nye: Limits of American Power. In: Political Science Quarterly 4/2002-3, S. 546.

79 Joseph S. Nye: Limits, S. 560.

Stabilität sei auf lange Sicht nicht einholbar. Im Unterschied zum neokonservativen Verständnis vom Gewicht und der Verteilung dieser Ressourcen im Feld der Macht spielt nach Ansicht dieser Liberalen der militärische Faktor jedoch eine beträchtlich minimierte Rolle: postindustrielle Gesellschaften fokussierten sich auf Wohlfahrt, das Ethos des Krieges sei geschwächt und die soft power und ihr kooptierender Attraktionseffekt spiele eine weitaus wichtigere Rolle als früher.<sup>80</sup> Gleichwohl reflektiere die offenbare und nachhaltige Situation der Unipolarität die Existenz hierarchischer Beziehungen im internationalen System – und erstmals in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft könne die Dominanz eines Nationalstaates auf Dauer gestellt werden.

In den 80er Jahren hatten sich noch viele akademische Vertreter dieser Richtung mit der Frage, was nach einem decline der US-amerikanischen Macht geschehen würde – »after hegemony« (Keohane) war die Frage. In den 90ern ging es darum zu erklären, warum die Annahme eines Niedergangs amerikanischer Macht sich nicht bewahrheitete und weshalb es zu keiner Ausbalancierung der unipolaren Position der amerikanischen Macht im internationalen System kam.<sup>81</sup> Die Attentate in New York und Washington und die darauf folgenden politischen Reaktionen erschütterten dann aber die bisherigen Positionen. Diese Situation mit Begriffen wie soft power, Kompromiss oder Konsens zu beschreiben schien obsolet. Drei Reaktionen breiteten sich aus. Zunächst griffen jene liberalen Autoren, die bislang sogar den Gebrauch des Begriff Hegemonie vermieden hatten, nicht selten auf ihn zurück – es sei ein deutliches »Hervortreten« einer Hegemonie spürbar. Andere begannen den Begriff »Hegemonie« mit martialischen Beiworten zu versehen. Unverkennbar wurden nun die Schwierigkeiten, zwischen »Empire«, »Dominanz« und »harter« Hegemonie zu unterscheiden – und wenn etwa Mearsheimer Hegemonie beschreibt als »a state that is so powerful that it dominates all the other states in the system«<sup>82</sup>, dann ist hier Hegemonie deckungsgleich mit Dominanz.<sup>83</sup> Und während die einen somit den Begriff »Hegemonie« zur Beschreibung der Position der USA im internationalen System einführten und die anderen ihn zusätzlich auszeichneten, vollzogen eine weitere Gruppe sogar eine sanfte

80 »If I can get you to want to do what I want, then I do not have to force you to do what you do not want to do. If the United States represents values that others want to follow, it will cost us less to lead. Soft power is not merely the same as influence, though it is one source of influence. After all, I can also influence you by threats or rewards. Soft power is also more than persuasion or the ability to move people by argument. It is the ability to entice and attract. And attraction often leads to acquiescence or imitation.« Nye: Limits, S. 552.

81 S. Mark Beeson: U.S. Hegemony. In: Philipp O'Hara (Hg.): Encyclopedia of Public Policy: Governance in a Global Age. London 2004.

82 J. J. Mearsheimer: The Tragedy of Great Power Politics. New York 2001, S. 40.

83 Zumindest für jene allerdings, die in der gramscianischen Tradition des Verständnisses von Hegemonie stehen, bedeutet Niveleven und die folgende Politik natürlich genau das Gegenteil, also ein »Zurücktreten« oder eine Krise der Hegemonie, da sie für eine Krise der Führungsfähigkeit der USA und ihrer Fähigkeit zur kooperativen Produktion von Konsens steht. Die aktuelle Politik der US-Administration hat auf globaler Ebene einen wohl fast einmaligen Dissens und damit massiven Hegemonieverlust hervorgerufen.

Wende zum Begriff »Empire«, zuweilen mit starken Elementen der Akzeptanz, die sich allerdings nicht selten als neutrale Deskription verbarg (zunächst auch Michael Ignatieff, z. T. Charles S. Maier<sup>84</sup>), oft aber auch mit Distanz (Nye, Ikenberry, Nairn u. a.).<sup>85</sup> Die Bestimmung des »Empire« in ihrer Sicht war dabei zunächst durchaus traditionell: »The term »empire« refers to the political control by a dominant country of the domestic and foreign policies of weaker countries« formuliert Ikenberry 2004.<sup>86</sup> Jenseits dieser abstrakten Übung wurde aber versucht, angesichts 9/11 sich aufgeschlossen gegenüber dem Begriff Empire zu zeigen und ein begriffliches Übergangsfeld zwischen »Hegemonie« und »Empire« aufzubauen bzw. zu beschreiben. Dieser Versuch schloss ein, Abstand vom traditionellen Empirebegriff als nur formellem Dominanz- und Zwangsregime zu nehmen und – mehr noch – auch eine Differenz zur Figur des »informellen Imperiums« aufzumachen, um den Unterschied zwischen einem klassisch-britischen und einem neuartigen US-amerikanischen Empire zu behaupten. Zunächst werden verschiedene Formen des Empire unterschieden nach dem Maß der Formalität und der Direktheit der Kontrolle. Sachverhalte, für die bislang der Begriff der Hegemonie benutzt worden war, werden nun in den Gültigkeitsbereich eines modifizierten Empirebegriffs einbezogen. Für Ikenberry gelten so einerseits die europäischen Kolonialimperien des 19. Jahrhunderts als jene territorialen und militaristischen, prämodernen Formen des Empire, die ihre politische Kontrolle direkt, formell und hierarchisch ausübten und auf »Tribut« oder unmittelbare Aneignung durch Zwang aus waren – es waren Billigimperien, die entsprechenden Kolonien sollten die Kosten ihrer eigenen Unterdrückung selbst bezahlen; andererseits betont er nun, dass etwa das britische Empire durchaus koloniale Herrschaft mit den Merkmalen eines »informal empire« verband und auch das sowjetische Imperium mit Zwang und weniger direkten Formen der Kontrolle gleichermaßen operierte. Jenseits dieser in der Geschichtswissenschaft längst verbreiteten Unterscheidung wird aber nun auf eine weitere Tradition aufmerksam gemacht: Es gebe eine noch weichere Form und einen besonders sanften Funktionsmodus des Imperiums – diesen gilt die Rede vom »Empire by invitation« (Lundestad, Meier) oder vom »consensual empire« (Meier), das die »seduction« der »coercion« vor-

84 Charles S. Maier: *Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors*. Cambridge 2006.

85 Vgl. J. S. Robert Jervis: *Understanding the Bush Doctrine*. In: *Political Science Quarterly* 3/2003, S. 377, der Empire, Hegemonie und Primat gleichsetzt oder die Adresse von Paul Schroeder vor der American Historical Association in Chicago am 3. 1. 2003, wonach Hegemonie gegenüber dem Empire mildtätiger (benign), konsensualer und respektvoller für die unterschiedlichen Interessen sei. Siehe auch David C. Hendrickson: *Toward Universal Empire: The Dangerous Quest for Absolute Security*. In: *World Policy Journal* 3/2002, S. 1-10. Und hinter einem geteilten Plädoyer für eine »multilaterale« Politik verbargen sich im liberalen Feld ganz unterschiedliche Perzeptionen des internationalen Systems als »unipolar« (Nye oder Ikenberry) oder »multipolar« (Lind, Calleo, Kupchan). So teilen Neokonservative wie Krauthammer oder Kagan mit den Liberalen Ikenberry oder Nye die Ansicht, dass es eine unipolare Verteilung der Macht im internationalen System gebe – sie unterscheiden sich in der Art ihres Plädoyers für eine daraus folgende unilaterale oder multilaterale Politik. Zur alten liberalimperialistischen Idee der Gewährleistung von Sicherheit durch imperiale Expansion siehe Jack Snyder: *Myths of Empire: Domestic Politics and International Relations*. Ithaca 1991.

86 G. John Ikenberry: *Illusions of Empire*. In: *Foreign Affairs* 2/2004.

87 Juan A. Alsace: *In Search of Monsters to Destroy: American Empire in the New Millennium*. In: *Parameters* Herbst 2003, S. 124.

ziehe (Juan A. Alsace)<sup>87</sup>, vom »Empire by Integration« (Geir Lundestad) oder von der »imperialen Republik« (Raymond Aron) und seiner »gütige Hegemonie« (Brzezinski) – letztere freilich kennen wir von der Großzügigkeitsrhetorik der Neokonservativen bereits. Ob der Begriff Empire für die Charakterisierung der USA nun aber zögerlich oder engagiert aufgenommen wird – auf alle Fälle stehen die USA für einen ganz eigenen (und hier positiv konnotierten) Typus von Empire. Geir Lundestad, Sekretär des norwegischen Nobelpreiskomitees, entwickelte diesen Gedanken erstmals 1984 in einem kleinen Aufsatz und entfaltete ihn in der Folgezeit in mehreren Büchern: »First, in absolute and clearly also in relative terms, the United States emerged in 1945 as the strongest power in centuries. Its tremendous lead over other Great Powers provided the basis for an expression which was more comprehensive than that of the Soviet Union and in important respects also more comprehensive than that of Britain in the 19<sup>th</sup> century. It can in fact be argued that the United States created its own version of »empire.« One distinguishing characteristic of this »empire« was that it was informal; it resembled the informal parts of the British Empire. In key areas one could talk of the United States actually being invited to play the role it did. This is what I have earlier called »empire by invitation.« Second, starting in the 1960s it became obvious that America's relative strength was declining and its influence receding somewhat. In its heyday (1945-early 1960s) the United States had suffered defeats in Eastern Europe – the Soviet backyard – and China – the world's most populous country. Now it suffered an increasing number of setbacks and outright defeats in many different regions. In part this reflected the fact that the balance between superpower and »local« force was changing in favor of the latter. In America's relations with its allies the emphasis shifted somewhat away from invitational and cooperative arrangements against the Soviet enemy to trilateral economic disputes among the more troubled America, an increasingly integrated Western Europe, and a Japan which now had probably the second largest economy in the world. Yet, even in 1990 the United States was still clearly number one among the world's countries, with no clear successor in sight.«<sup>88</sup> Lundestad benutzt die Idee des einladenden Imperiums zur Beschreibung der Situation in Europa; in manchen anderen Fällen ist das amerikanischen Imperium nach seiner Ansicht aber durchaus auch auferlegt worden.

Auch Ikenberry versuchte probenhalber, eine akzeptanzschaffende Spezifik eines American Empire auszumachen: »If Empire is defined loosely«, schreibt

88 Geir Lundestad: *The American »Empire«*, Oxford 1990, S. 31 ff. S.a. ders., »Empire« by Integration: the United States and European Integration, 1945-97, Oxford 1997. Seine letzte Studie fasst seine These von einem American Empire, welches Westeuropa einschließt, zusammen: *The United States and Europe Since 1945. From »Empire by Invitation« to Transatlantic Drift*, Oxford 2003. Lundestad verwendet dort offenbar bewußt die Begriffe Empire und Hegemonie letztlich deckungsgleich: »in traditional empires most parts were rule directly from the imperial capital, whereas the American »empire« consisted mostly of independent countries. I could have used the word »hegemony«, the term most frequently used by political scientists and political economists to describe the superior American role after 1945, but although the terms are different, in this case their meaning is largely the same« (S. 1).

Ikenberry, »as a hierarchical system of political relationships in which the most powerful state exercises decisive influence, then the United States today indeed qualifies. If the United States is an empire, however, it is like no other before it.« Was ist in der »realistischen« liberalen Sicht Ikenberrys die einmalige (also über die seit langem als typisch für den amerikanischen Modus der Imperialität geltenden »informellen« und »indirekten« Herrschaftsmethoden hinausgehende) Spezifik des so eher locker definierten amerikanischen Imperiums? Ikenberry nennt vor allem zwei Sachverhalte. Er sieht das Besondere des amerikanischen Ordnungsmodells zunächst darin, dass die »U.S. led order is a negotiated system wherein the United States has sought participation by other states on terms that are mutually agreeable«. <sup>89</sup> Getauscht wurden nach Ikenberry globale öffentliche Güter, nämlich Sicherheit und Zugang zu einem Regime des freien Handelns gegen Kooperation; charakteristisch für das lockere Empire ist weiter eine Machtausübung seitens der USA, die freiwillig durch verhandelbare Regeln und Institutionen selbstgebändigt wird<sup>90</sup>; und endlich die Gewährung von »Voice« für schwächere Staaten in der amerikanisch geführten Ordnung, die informelle Beteiligung also an dem Politikprozess in den USA und den internationalen Institutionen. Ein American Empire kann tun, was es will, aber es kann nicht alle zwingen zu tun, was es will. Man könnte dies das paradoxe Muster eines partizipativen Empire nennen. Dass allerdings ein Recht auf exit aus diesem zugleich geschlossenen neuartigen American Empire nicht existiert, erwähnt Ikenberry nicht (für den der amerikanische Militär imperialismus »has helped (to) create a stable, open political space«). Generell thematisiert Ikenberry die harten Grenzen dieses Musters nicht. Im politischen Tagesgeschäft plädiert seine lockere Skizze des partizipativen Imperiums für einen »liberalen Leviathan«, den er einem »konservativen Leviathan« gegenüberstellt – der nichts als ein krudes Empire sei, das gebaut sei um »American unilateralism, coercive domination, divide and rule strategies, and reduced commitment to shared rules of the game (...) The contradiction in the Bush foreign policy is that it offers the world a system in which America rules the world but does not abide the rules. This is, in effect, empire.«<sup>91</sup> Dieser konservative Leviathan mit seiner »hegemonic strategy with imperial characteristics« müsse scheitern. Der liberale Leviathan dagegen könne erfolgreich sein. Dies ist für ihn eine hegemoniale Ordnung mit liberalen Merkmalen und unterscheidet sich von einer hegemonialen Ordnung mit imperialen Merkmalen dadurch, dass sie durch Multilateralismus, Allianzbildung, strategische Selbstzügelung, institutionalisierte und normierte Beziehungen, gemeinsame Entscheidungsbildung und die Erbringung globaler öffentlicher Güter ausgezeichnet sei. Sobald freilich Ikenberry seine Beschreibung des liberalen Le-

89 G. John Ikenberry: Illusions of Empire: Defining the New American order. In: Foreign Affairs 2/2004.

90 Ikenberry, Liberalism and empire, S. 630: »The American System has features that it shares with past great empires. But ultimately the term »empire« is misleading...The American people are not seized with the desire to run colonies or a global empire. So even in a unipolar era, there are limits on American imperial pretensions.«

91 G. John Ikenberry: America as a Liberal Leviathan. Working Paper der Grand Strategic Choices Working Group, Princeton v. 16. 9. 2004, S. 6, 14.



viathans mit dem konservativen Leviathan konfrontiert, gibt er den Begriff »Empire« auf und wechselt wieder über zum liberalen »Hegemon«. Tatsächlich skizziert Ikenberry hier ein imperiales Projekt in der liberalimperialistischen Tradition. Auch dieses Projekt steht prägnant für den Übergang zu einer unipolaren Ordnung bzw. ihre Sicherung auf Dauer. Aber ist es imstande, das neue Problem zu lösen, um diese unipolare Macht der USA herum eine stabile und kooperative internationale Ordnung zu organisieren? Ikenberry beantwortet diese Frage mit »Ja« – vorausgesetzt, das Legitimationsproblem wird gelöst: »As an informal mechanism, the United States simply offers to listen to other governments. Washington, in effect, says to others: out door is open, please come in and make your case. In the end, the United States will decide on its own and do what it wants.«<sup>92</sup> Ein liberaler Leviathan liefere verlässlich globale öffentliche Güter, lasse sich auf internationale Regelwerke ein und gestatte eine, wie auch immer phrasierte, Gemeinsamkeit im Entscheidungsprozess. Diese »liberal political processes make the exercise of American unipolar power more acceptable to the outside world.«<sup>93</sup> Die Welt, so Ikenberry, benötigt einen liberalen Leviathan. In dieser Sicht haben die USA also die Wahl zwischen zwei Ordnungslogiken: »One logic is unipolar order organised around ›liberal‹ characteristics. This is order built around multilateralism, alliance partnership, strategic restraint, and institutional and rule-based relationships – prominent features of the post-1945 Western system. The other logic is unipolar order organised around ›imperial‹ characteristics. This is order built around American unilateralism, coercive domination, divide and rule strategies, and reduced commitment to shared rules of the game. In this imperial vision of order, US power is the provider, protector, arbiter, and final word in international order.«<sup>94</sup> Für Ikenberry manifestiert sich diese Logik in der neokonservativen grand strategy; sie werde einmünden in einem globalen »hub and spoke« System: »This is order built around bilateralism, ›special relationships‹, client states, and patronage-oriented foreign policy.«<sup>95</sup>

Damit aber hat sich eine deutliche Veränderung in der liberalen Rede über die Stellung der USA im internationalen System ergeben: Wer früher die hegemoniale Position der USA der letzten Jahrzehnte anerkannte und verteidigte, hat zugleich deren Beschreibung als Empire fast immer weit von sich gewiesen, in der Regel mit dem Hinweis auf »fehlende Kolonien« und auf die für die USA typischen Formen indirekter und informeller Herrschaft (die dann als »Hegemonie« beschrieben wurde, bei der eben die für ein Empire charakteristische Dominanzbeziehung zwischen Zentrum und Peripherie durch ein starkes Element der Koordination und

92 Ikenberry: Leviathan, S. 21.

93 Ebd., S. 21.

94 Ikenberry: Liberalism and empire, S. 610.

95 Ikenberry: Liberalism and empire, S. 611.

96 S. Ikenberry: Illusions: »In contrast to empire, this negotiated order depends on agreement over the rules of the system between the leading state and everyone else. In this way, the norms and institutions that have developed around U.S. hegemony both limit the actual coercive exercise of U.S. power and draw other states into the management of the system.«

des Konsens abgelöst worden sei<sup>96</sup>). Hier überlappen sich aber nun die Begriffe und was heute als »weiche« Formen eines Empire beschrieben wird hat anderswo und zuvor Hegemonie geheißen.

Bei der akzeptierenden Konstruktion eines lockeren Empire kommt aber noch ein zweiter Gedanke hinzu, der die Idee eines »partizipativen Empire« ergänzt. In der Politik nach 9/11 wird zwar eine Veränderung in Richtung auf ein System direkter, formeller – also etwa mit Militär und Protektoraten operierender – Herrschaft gesehen, doch diese Veränderung betrifft nach dieser Ansicht die Beziehungen zwischen den USA und der Peripherie, und sie ist vorbereitet worden im Kalten Krieg und den 90ern, als die USA gleichsam als »latentes Empire« (Richard Saull) operierte. Die Beziehungen zwischen den USA und den Großmächten dagegen konstituieren kein Empire – dieses Gefüge habe keinen Vorläufer und eigentlich gar keinen Begriff, schon gar nicht den des Empire. Hier hat wiederum Ikenberry die verbreitete Ansicht dieser zweiten Gruppe liberaler Wissenschaftler und Politiker exemplarisch formuliert, dass der Begriff des Empire nur für die Beziehungen zwischen Kern und Peripherie gelte und für die Beschreibung der Beziehungen zwischen den Akteuren im Kern und im Feld der global players ungeeignet sei. »But ultimately, the notion of empire is misleading – and misses the distinctive aspects of the global political order that has developed around U.S. power. The United States has pursued imperial policies, especially toward weak countries in the periphery. But U.S. relations with Europe, Japan, China, and Russia cannot be described as imperial, even when »neo« or »liberal« modifies the term. The advanced democracies operate within a »security community« in which the use or threat of force is unthinkable. Their economies are deeply interwoven. Together, they form a political order built on bargains, diffuse reciprocity, and an array of intergovernmental institutions and ad hoc working relationships. This is not empire; it is a U.S.-led democratic political order that has no name or historical antecedent.«<sup>97</sup> Nach seiner zwischen Euphemismus und Apologie schwankenden Ansicht könne man hier bestenfalls von einer »security community« sprechen, einem »amalgam of open integrated democratic states«, in dem Gleichgewichtspolitik »and indeed hierarchy as well – is rendered irrelevant«.<sup>98</sup> Zu dieser er-

97 S. Ikenberry: Illusions; fast gleichlautend ders., Liberalism and empire, S. 611: » The key difference between empire and hegemony is that an empire, the lead state operates unilaterally and outside the order, whereas in a hegemonic order, the lead establishes multilateral rules and institutions that it itself operates within. They are different types of domination. In a security community, coercion is washed out of the system, power becomes »domesticated«, and hierarchy itself is muted.« Ähnlich argumentiert Shaw, Global State.

98 Ikenberry: Liberalism and empire, S. 616. Antihierarchisch wirksam sind: kollektive Identitäten, geteilte Werte, transnationale ökonomische und soziale Interdependenz und Governance. Dementsprechend entscheidet sich Ikenberry dann doch gegen die These vom »American Empire«: »...its liberal hegemonic and security community features make American empire a structural impossibility.« Ikenberry, Liberalism and empire, S. 620. 2001 hatte Ikenberry noch anders geklungen: »If empires are coercive systems of domination, the Americancentred world order is not an empire. If empires are inclusive systems of order organized around a dominant state – and its laws, economy, military and political institutions – then the United States has indeed constructed a world democratic-capitalist empire« (American Power, S. 192). Er hat nun mittlerweile das American Empire-Lager verlassen.

staunlichen These von der Entfernung der Hierarchie aus dem eigentlichen Macht-kern der Politik kommt eine zweite, passende Annahme: Auch gegenüber der Peripherie hat das American Empire seine Spezifik. Es ist überraschend durchsetzungsschwach. Im Hintergrund steht die Überzeugung, dass im Zeitalter globaler Interdependenz gerade der kapitalistischen Ökonomien der alte Imperialismus der Ostindischen Company, der Seemächte und Kolonialsoldateska nicht nur outdated ist, sondern dass an seine Stelle geradezu eine Umkehrung der für ihn konstituierenden Verhältnisse getreten sei: »Empire suggests a kind of imposed dependency (loss of sovereignty) of the periphery on an autonomous and sovereign center«, schreibt Benjamin Barber und notiert dann zur Verkehrung dieser Situation in der Gegenwart: »Interdependence suggests an actual but unacknowledged dependency of the stategrounded center on the non-state periphery, however puissant the center seems...that imperialism is a failed and archaic dogma under the actual conditions of global markets that define modern interdependence.«<sup>99</sup> Nye gibt dafür weitere Beispiele: »Some say the United States is already an empire and it is just a matter of recognizing reality. It's a mistake, however, to confuse the politics of primacy with those of empire. The United States is more powerful compared with other countries than Britain was at its imperial peak, but it has less control over what occurs inside other countries than Britain did when it ruled a quarter of the globe. For example, Kenya's schools, taxes, laws and elections – not to mention external relations – were controlled by British officials. The United States has no such control today. We could not even get the votes of Mexico and Chile for a second U.N. Security Council resolution. Devotees of the new imperialism say not to be so literal. »Empire« is merely a metaphor. But the problem with the metaphor is it implies a control from Washington that is unrealistic and reinforces the prevailing strong temptations toward unilateralism.«<sup>100</sup>

Grundsätzlich ist es natürlich notwendig, der inneren Differenzierung der Herrschaftsstruktur einer politischen Ordnung nachzugehen – zumal die gängige Debatte um das »American Empire« diese Frage weitgehend ignoriert. Für Ikenberry und Nye sind die großen Mächte kein Bestandteil einer (amerikanischen) imperialen Ordnung und die USA selbst verhält sich nur einigen anderen schwachen Peripheriestaaten gegenüber wie ein Empire. Hier spiegelt sich wieder, dass für diese liberale Betrachtungsweise Beziehungen der informalen Kontrolle – wie sie für die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Kernstaaten charakteristisch sind – letztlich doch kein Konstituens einer imperialen Struktur sein können und sie nicht selten auch Schwierigkeiten haben, für sie auch nur den Begriff der Hegemonie gelten zu lassen. Erst recht soll die Vorstellung von der hierarchischen Ordnung internationaler Beziehungen (als zwingendes Merkmal von Imperialität) in dieser Sicht für die Beziehungen zwischen Großmächten und Kernstaaten nicht

99 Benjamin R. Barber: Imperialism or Interdependence? In: Security Dialogue 2/2004, S. 242.

100 Joseph S Nye: Ill-Suited for Empire. In: Washington Post v. 25. 5. 2003; konzis hier der kurze Text von Richard Saull: On the »New« American »Empire«. In: Security Dialogue 2/2004.

gelten. Wo also die prominentesten Vertreter dieser Gruppe den Empire-Begriff positiv und nur gegenüber neokonservativen großen Strategien kritisch aufnehmen, wird er zugleich auf dreifache Weise ausgehöhlt und relativiert:

- die großen Mächte werden aus seinem Geltungsbereich ausgenommen,
- seine effektive Durchsetzungskraft gegenüber der Peripherie ist begrenzt und
- sein Modus ist der eines konsensualen Empire.

Ganz offensichtlich ist hier kaum noch ein Unterschied zwischen »Empire« und »Hegemonie« auszumachen und hier gibt es auch faktisch keine Differenz zu der klassischen defensiv-realistischen Theorie z. B. eines Kenneth Waltz, der sich nur für die Beziehungen zwischen großen Mächten interessierte (die er als nicht-hierarchisch, nicht-hegemonial und erst recht als nicht-imperial, dagegen als anarchisch und gleichgewichtsorientiert bestimmte) und der daher die imperiale Grundstruktur der Zentrum-Peripherie-Beziehung erst gar nicht als grundlegendes Bestimmungselement der internationalen Ordnung zuließ.

Entgegen dieser liberalen Enttennung der Beziehungen zwischen den Staaten des kapitalistischen Kerns und auch entgegen der traditionellen linken Fokussierung auf die Beziehungen zwischen dem »kapitalistischen Norden« und dem »globalen Süden« (als der »Peripherie«) kann die Substanz des »Empire« auch anders gedacht werden: Das wirkliche American Empire umfasst danach das nördliche Zentrum der kapitalistischen Industriestaaten und seine »Sicherheitsgemeinschaft« als einer Zone des »imperialen Friedens« (Barkawi/Laffey) oder des »protective imperialism« (Samuel Flagg Bemis), demgegenüber, wie Peter Gowan aus linker Sicht feststellt, die Beziehungen zur Peripherie »were of small significance in comparison with the enormous, unprecedented significance of the protectorate empire over the core«.<sup>101</sup> Die Besonderheit und soziale Substanz des American Empire war in dieser Sicht, dass es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs seine Reichweite über das gesamte kapitalistische Zentrum ausdehnte; für Gowan transformierten die USA Deutschland und Japan in »Protectorate« und andere Länder in »Quasiprotectorate«, indem sie eine ihrer zentralen Staatsfunktionen (die Gewährleistung der äußeren Sicherheit) weitgehend übernahmen und so schon Mitte des letzten Jahrhunderts (und keineswegs erst nach Nineleven!) das internationale politische System der kapitalistischen Welt in eine unipolare Ordnung verwandelten. Regionale Zentrenbildung wurde vermieden. Doch mit welcher politischen Form wurde dies realisiert? Imperien, so auch hier das Argument, müssten werden als internationale Ordnungen und nicht – nach dem Vorbild des römischen Empire – gleichsam als Vergrößerung eines Stadtstaates. Diese Ordnungsstruktur ersetzt nicht das zwischenstaatliche System durch ein tributheisches Imperium und interveniert nicht breitbandig in die inneren Prozesse der politischen Entscheidungsbildung in den Nationalstaaten des kapitalistischen Kerns

101 Peter Gowan: Empire as Superstructure. In: Security Dialogue 2/2004, S.259; dort auch die sehr weitgehende Formulierung: »The entire advanced capitalist world was turned into the single sphere of influence of the USA.«

und der Peripherie. Allerdings aber durchdringt sie die zwischenstaatlichen Beziehungen und ordnet sie – ist sie erst nachhaltig etabliert – hierarchisch um; sie kann Ressourcen zur Kontextsteuerung und selektiven Intervention aufbringen; sie zieht subtile oder massive Handlungsgrenzen für subsumierte Akteure; sie ist gleichsam ein »pervasiver Überbau« (Gowan). Sie schränkt zwingend die materielle Souveränität der zu dieser Ordnung gehörenden Staaten ein. Die Kraft und Reichweite dieses imperialen Überbaus ist jedoch nicht unbegrenzt: Das System der Nationalstaaten, welches Ordnung, Gesetze und Verträge organisiert, widersteht offenbar hartnäckig seinem oft prognostizierten Untergang und zieht ihm Grenzen. In der Sprache der neogramscianischen Hegemonietheorie formuliert: Es existiert »a geographical division of hegemony with ongoing hegemonies of consent in the core and scattered hegemonies of dominance in the periphery as nonperforming, nondisciplining states are brought back to line«. <sup>102</sup>

Bei der Erfassung der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Kernstaaten muss der Betrachter also nicht zwingend in Begriffs- und Namenslosigkeit verfallen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob wir es hier mit einem Versuch zu tun haben, angesichts der veränderten Situation nach Nineeleven und der ideologischen Vorhand der neokonservativen und neuimperialen Konzepte, den Begriff Empire zu übernehmen und zugleich weitgehend zu modifizieren, um im diskursiven Spiel zu bleiben. Die dabei verfolgte Absicht ist die diskurspolitische Rehabilitierung und gleichzeitige Modifizierung des klassischen liberalen Projekts des informellen, pervasiven Empire. Diese Rehabilitierung erscheint umso dringlicher, als in der Sicht dieser liberalimperialen Gruppe das neokonservative Projekt kontraproduktiv ist, da es unzureichende ökonomische Grundlagen habe (und diese noch zusätzlich schwächt) und Akzeptanz wie Konsens zerstöre, welche die hegemoniale Position der USA begründeten. Die Kritik an der neokonservativen Empire-Option konzentriert sich vor allem darauf, dass ein American Empire unrealistisch und illusionär, aufwendig, nicht nachhaltig, delegitimierend und daher riskant sei – und letztlich nicht funktionieren würde – auch, weil es nicht nur die Welt (das wäre ja noch erträglich), sondern auch noch die Amerikaner eigentlich gar nicht wollten. <sup>103</sup> Mearsheimer fasste Mitte 2002 die Kritik zusammen: »Why is an American empire an unrealistic objective? First, empires are very difficult to build today because of nationalism....Some argue that the United States is different, because it would create a benign empire. After all, it is a democracy, and most Americans believe that democracies pursue enlightened foreign policies. Unfortunately, large numbers of people outside the United States – even in other democracies – are sharply critical of American foreign policy, which is not always benign toward them...Therefore, if the United States pursues empire, even a democratic Pax Americana, it will end up as public enemy number one.

102 Matthew Sparke: Political geography: political geographies of globalization (1) – dominance. In: Progress in Human Geography 6/2004, S.788.

103 S. Michael Ignatieff: Empire Lite. In: Prospect 83 (2003), S. 36-43.

Second, using military force to topple regimes and replace them with pro-American leaders is a daunting task... Third, the extensive use of military force is no way to deal with terrorists because they make poor targets for conventional military operations... The final problem with fighting wars to root out terrorism is that most Americans do not have much appetite for participating in the fight.«<sup>104</sup> Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch der Hinweis auf die absehbare Erfolglosigkeit einer Option des militärisch akzentuierten politischen Unilateralismus, weil er zwingend in Widerspruch zu den engen ökonomischen Verbindungen vor allem zwischen den USA und Europa geraten müsse: »For all that has changed in transatlantic relations over the past decade«, schreibt ein Autor des Brookings-Institute, »the core of the relationship remains largely in tact. This core consists of a commitment to a set of values — peace, democracy, liberty, and free enterprise — that is shared by Americans and Europeans alike. The mutual commitment to uphold and defend these values provides the fundamental basis of the U.S.-European relationship — it is what created the sense of community for more than half a century. And no matter what differences exist or may emerge across the Atlantic (or, indeed, within Europe itself), the commitment to these values will ensure that their resolution will be peaceful rather than by force of arms. That, given the continent's bloody history, is no mean achievement. Divorce is also made more difficult by the unprecedented degree to which the United State and Europe have become economically intertwined. On the trade side, more than a third of all U.S. exports outside NAFTA are destined for the EU, while 27 percent of all non-NAFTA U.S. imports originate in the EU. Twentyseven percent of the EU's non-EU exports go to the United States, while almost a fifth of the EU's imports from outside the union come from the United States. The degree of financial interdependence is greater still. In 2001, the EU accounted for more than 60 percent of all foreign direct investment into the United States (or about \$ 800 billion), while over 45 percent of all U.S. FDI in 2001 was invested in Europe.«<sup>105</sup> Diese Argumentation ist weit verbreitet. Krell verweist darauf, dass 1999 45,2 Prozent der US-Investitionen im Ausland nach Europa gingen und 60,5 Prozent der europäischen Investitionen in die USA. Allein die europäischen Investitionen in Texas sind höher als alle japanischen Investitionen in den USA. Mehr als ein Drittel des US-Exports nach Europa wird als firmeninterner Handel US-amerikanischer Konzerne in Europa abgewickelt, im umgekehrten Fall sind es zwei Fünftel. Insgesamt hängen sechs Millionen Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks hiervon ab.<sup>106</sup> »Trotz aller Rhetorik über das ›asiatische Jahrhundert‹ gilt es zu sehen, dass die amerikanische Wirtschaft während der zurückliegenden acht Jahre [1994-2001

104 John J. Mearsheimer: Hearts and Minds. In: The National Interest 69 (2002), S. 13 f. Siehe auch David P. Calleo: Power, Wealth and Wisdom: the United States and Europe after Iraq. In: The National Interest 72 (2003), S. 10 f.

105 Ivo H. Daalder: After Transatlanticism, What? München 2003.

106 Siehe Gert Krell: Arroganz der Macht. Arroganz der Ohnmacht. Frankfurt 2002, S. 9.

(d. Verf.)] zehnmal mehr in den Niederlanden als in China investiert hat. Die europäische Wirtschaft erzeugt mehr als 60 Prozent aller neuen Arbeitsplätze, die von internationalen Investoren in den USA geschaffen worden sind.«<sup>107</sup> Für diese Autoren sticht eben das Argument der Ökonomie gegen die Idee des Empire. Auf einer anderen Ebene liegt die Komplementarität von liberaler Ökonomie und Imperialität, die zwischen neokonservativer und liberaler Position Übereinstimmung schafft: Freie Märkte, so war schon im 19. Jahrhundert die ideologisch wirksame Gedankenführung, benötigten zur Risikovermeidung und Selbstsicherung eine rechtlich abgesicherte und politisch vermittelte »Einbettung« (Polanyi) in die Gesellschaft.<sup>108</sup> Sie erforderten eine Kraft, die instande sei, auf die marktbedingten Ungleichheiten, Krisen und Verelendungen mitsamt ihren Effekten politischer Aufrührertums und Rebellion durch Gewalt, neue Regeln und ökonomische Kompensationen zu reagieren. Die liberalimperialen Tugenden werden angerufen: nationale Interessen, Bereitstellung des öffentlichen Guts der globalen Sicherheit, singuläre Kapazität zur Intervention. Ein imperiales Ausgreifen vermittele sich auch über die Notwendigkeit, der liberalen Ökonomie neue Kapitalanlagemöglichkeiten zu erschließen, um reale oder potentielle Kriseneffekte aus der notorischen Situation der Überakkumulation zu vermeiden. Es geht um Ausbreitung des globalen Liberalismus. Die Idee der Umsetzung der Marktexpansion in eine imperiale politische Struktur wird hier geradezu geläufig.<sup>109</sup> Im Mittelpunkt der liberalen Geopolitik steht die Geoökonomie.

Die Fokussierung des neokonservativen Projekts auf militärische Ressourcen untergräbt nach Ansicht der Nye u. a. endlich auch die hegemoniale Stellung der USA. Anatol Lieven etwa forderte, die USA sollten »behave as a conservative hegemon, defending the existing international order and spreading its values by example«. Diese Hegemonie werde jedoch durch einen von der Bush-Administration repräsentierten und beförderten amerikanischen Nationalismus gefährdet: »American nationalism is beginning to come into serious conflict with any enlightened or even rational version of American imperialism« und entwickle sich zu einer »extremely unstable basis for hegemony«.<sup>110</sup> Der Übergang zu imperialen

107 Daniel S. Hamilton: Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war. Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage. Robert-Bosch-Stiftung Stuttgart 2002, S. 29 f. Freilich: von Mitte der 60er bis Mitte der 70er sank der Anteil der USA am Weltexport von 15 Prozent auf 11 Prozent, während der Exportanteil der Güter aus US-Fabriken bei 17 Prozent blieb.

108 Darauf zielte die Korrektur der Formel »trade not rule« in der klassischen Studie von Gallagher und Robinson: »(t)he usual summing up of the policy of the free trade empire as »trade not rule« should read »trade with informal control' if possible; trade with rule when necessary«., John Gallagher; Ronald Robinson: The Imperialism of Free Trade. In: The Economic History Review 1/1953, S. 13.

109 Vgl. Robert E. Prasch: Neoliberalism and Empire: How Are They Related? In: Review of Radical Political Economics 3/2005, S.281-287.

110 Anatol Lieven: In the Mirror of Europe: The Perils of American Nationalism. In: Current History Nr. 677 (2004), S. 101. Detailliert dann in seinem Buch: America Right or Wrong: An Anatomy of American Nationalism. Oxford 2004.

Formen ist in dieser Sicht nicht notwendig: Wo der Liberalismus sich global durchgesetzt hat, muss er nicht revolutionär realisiert, sondern bewahrt werden.

Tatsächlich aber ist das Verständnis der USA als Akteur der Transformation, der seine politischen Ideale und Normen in der Welt verbreitet, dem Liberalismus keineswegs fremd: es liegt der gesamten Geschichte der amerikanischen Außenpolitik zugrunde. Nur die Methodik oder das Verfahren, vermittels derer die exemplarischen Tugenden in die Welt gebracht werden sollen, waren innerhalb des liberalen Lagers umkämpft: Während die einen aktives (womöglich auch militärisches) Handeln für notwendig hielten, waren die anderen überzeugt, dass die Kraft des attraktiven Beispiels dasselbe Resultat hervorbringe. Waren den einen die USA ein vorbildliches Beispiel (»city on the hill«), plädierten die anderen für einen – zuweilen buchstäblich – missionarischen Kreuzzugsansatz.<sup>111</sup> Der Liberalismus – erst recht in seiner liberalimperialistischen oder –imperialen Ausprägung – bildet keine Scheidelinie zwischen diesen konkurrierenden Optionen – diese entfalteten sich vielmehr in ihm selbst. Das Vordringen eines interventionistischen Kreuzzugsansatzes nach Nineeleveln ist daher durchaus auch im Feld der traditionell liberalen Diskurse zu vermerken.

Spürbar ist dies vor allem an der vierten deutlich ausgeprägten liberalen Gruppe, die für die Akzeptanz des Gedankens eines »American Empire« steht. Sie repräsentiert etwa die von dem Autor Michael Ignatieff (Carr Center for Human Rights an der Harvard University) später als »zurückhaltend« bezeichnete Ausarbeitung, die Anfang 2003 in der New York Times versuchte, jenseits historischer Vergleiche den ambivalenten Gehalt des Begriffs für eine »humanitäre« und »demokratische« liberalimperialistische Interpretation näher zu bestimmen. Als »realistischer Liberaler« betonte Ignatieff: Ein Empire »lite« ist nicht mehr zu haben<sup>112</sup>: »Yet what word but »empire« describes the awesome thing that America is becoming? It is the only nation that polices the world through five global military commands; maintains more than a million men and women at arms on four continents; deploys carrier battle groups on watch in every ocean; guarantees the sur-

111 Diese Unterscheidung ist gut pointiert in dem Papier von Jonathan Monten: Nationalism and Neoconservative Perspectives of Democracy Abroad, APSA 2004.

112 Michael Ignatieff: The Burden. In: NYT-Magazine v.5.1.2003. Auch vom Blick der humanitären Intervention her vergleichbar etwa Samantha Power oder William Shawcross und vor allem David Rieff: A new age of Liberal Imperialism. In: World Policy Journal 2/1999 (»I wrote that if we had to choose between barbarism and imperialism, we must always choose imperialism. Again, I'm no longer so sure about that.« Ders., Democracy by Force, CFR v. 14. 3. 2005). Zur Kritik siehe Matthew Rothschild: Empire's Apologists. In: The Progressive 3/2003. Ignatieff hat bereits mit »How to Keep Afghanistan from Falling Apart: The Case for a Committed American Imperialism« im NYT-Magazine v. 26. 7. 2002 diese Argumentation angedeutet. »America's entire war on terror is an exercise in imperialism. This may come as a shock to Americans, who don't like to think of their country as an empire. But what else can you call America's legions of soliders, spooks and special forces straddling the globe?« Dazu gehört für Ignatieff auch, bei aller noblen Reserve, die Folter: »torture might be admissible in cases of necessity«, Michael Ignatieff: The Lesser Evil: Political Ethics in an Age of Terror. Princeton 2004, S. 141 und: »To defeat evil, we may have to traffic in evils: indefinite detention of suspects, coercive interrogations, targeted assassinations, even preemptive war. These are evils because each strays from national and international law...The question is not whether we should be trafficking in lesser evils but whether we can keep lesser evils under the control of free institutions«, ders. in: NYT Magazine v. 2. 5. 2004, S. 48.



vival of countries from Israel to South Korea; drives the wheels of global trade and commerce; and fills the hearts and minds of an entire planet with its dreams and desires. (...) Being an imperial power, however, is more than being the most powerful nation or just the most hated one. It means enforcing such order as there is in the world and doing so in the American interest. It means laying down the rules America wants (on everything from markets to weapons of mass destruction) while exempting itself from other rules (the Kyoto Protocol on climate change and the International Criminal Court) that go against its interest. It also means carrying out imperial functions in places America has inherited from the failed empires of the 20<sup>th</sup> century – Ottoman, British and Soviet. In the 21<sup>st</sup> century, America rules alone. (...) America's empire is not like empires of times past, built on colonies, conquest and the white man's burden. We are no longer in the era of the United Fruit Company, when American corporations needed the Marines to secure their investments overseas. The 21<sup>st</sup> century imperium is a new invention in the annals of political science, an empire lite, a global hegemony whose grace notes are free markets, human rights and democracy, enforced by the most awesome military power the world has ever known. It is the imperialism of a people who remember that their country secured its independence by revolt against an empire, and who like to think of themselves as the friend of freedom everywhere. It is an empire without consciousness of itself as such, constantly shocked that its good intentions arouse resentment abroad. But that does not make it any less of an empire, with a conviction that it alone, in Herman Melville's words, bears »the ark of the liberties of the world« (...) Regime change is an imperial task par excellence, since it assumes that the empire's interest has a right to trump the sovereignty of a state. (...) Being an empire doesn't mean being omnipotent. (...) the Americans cannot afford to create a global order all on their own. European participation in peacekeeping, nation-building and humanitarian reconstruction is so important that the Americans are required, even when they are unwilling to do so, to include Europeans in the governance of their evolving imperial project. The Americans essentially dictate Europe's place in this new grand design. The United States is multilateral when it wants to be, unilateral when it must be; and it enforces a new division of labor in which America does the fighting, the French, British and Germans do the police patrols in the border zones and the Dutch, Swiss and Scandinavians provide the humanitarian aid. This is a very different picture of the world than the one entertained by liberal international lawyers and human rights activists who had hoped to see American power integrated into a transnational legal and economic order organized around the United Nations, the World Trade Organization, the International Criminal Court and other international human rights and environmental institutions and mechanisms. Successive American administrations have signed on to those pieces of the transnational legal order that suit their purposes (the World Trade Organization, for example) while ignoring or even sabotaging those parts (the International Criminal Court or the Kyoto Protocol) that do not. A new international order is emerging, but

it is designed to suit American imperial objectives. America's allies want a multi-lateral order that will essentially constrain American power.«

Oder, in der kurzen Aufforderung der Unterzeile des großen Aufsehen erregenden Artikels von Ignatieff an seine amerikanischen Mitbürger: »Get used to it« – gewöhnt euch an das Empire! Schließlich stellt es die liberalen Rechte bereit und sichert sie, nicht zuletzt (sondern zuerst) das Recht auf Privateigentum und dessen vielfältige Bewegungsweisen.

#### 7.2.4. Linke Kritik und Positionen

Liberales wie neokonservative Bestimmungen des »Empire« sehen in ihm ein politisches Projekt, für das ein Bezug auf ein »heimisches« Territorium und die Fähigkeit charakteristisch sind, Ressourcen global zu mobilisieren. Die Linke, die immerhin eine Tradition der Analyse des Empire-Problems hat, hat in Imperien keine überhistorische Formen politischer Herrschaft gesehen, sondern demgegenüber in der Regel das Kommando über die Akkumulation des Kapitals im Raum und in der Zeit als Kern eines imperialen Projekts bzw. als unterscheidenden Inhalt des Imperialismus betont.<sup>113</sup> Die Beziehung zwischen den beiden Aspekten einer territorialen Logik der Politik und einer kapitalistischen Logik stehen hier im Zentrum der Analyse. Sie hat dabei allerdings mit dem Rekurs auf den Imperialismusbegriff, der sich auf den Zusammenhang von historischer Entwicklungsstufe des Kapitalismus (ökonomische Konkurrenz zwischen Kapitalien und Kapitalismen) und Nationalstaat (geopolitische Konkurrenz und »politische Akkumulation« von Macht zwischen Staaten) bezog, es weitgehend aufgegeben, nach dem »Imperium« zu fragen. Anfang der 90'er Jahre hatte die Linke im Wesentlichen ebenso aufgehört, eine internationale Imperialismusdebatte zu führen, nachdem sie schon lange darauf verzichtet hatte, in ihrem staatstheoretischen Nachdenken über die politische (Welt-) Ordnung den Begriff Empire als handhabbare Kategorie ins Auge zu fassen. Auch im wissenschaftslinken Diskurs tauchte der Begriff »Imperialismus« praktisch nicht mehr auf, er war zur historischen Reminiszenz geworden. Die amerikanische Linke reagierte kaum und spät auf die veränderte Weltlage seit 1989 und das sich einer übrig gebliebenen USA-Macht stellende zentrale Problem, wie eine neue politische Weltordnung aufgebaut werden konnte, welche das Primat der USA sicherte. Diese Schlüsselfrage differenzierte sich ja in eine Reihe einzelner Probleme auf:

- Wie konnte der Schritt zu einer neuen – eben nun erstmals globalen – kapitalistischen Raumordnung gegangen werden, deren Größenordnung die herge-

113 Beispiele: Alex Callinicos: Imperialism and Global Political Economy. In: International Socialism 108 (2005). Richard W. Van Alstyne: The Rising America Empire New York 1974 (1960); Lloyd C. Gardner; Walter F. La Feber; Thomas J. McCormick: Creation of the American Empire. Chicago 1973; Michael Parenti: Against Empire, San Francisco 1995. Unter diesem Aspekt ist der theoretische Zugang Rosa Luxemburgs zur Imperialismusanalyse ungebrochen attraktiv.

brachte Nachkriegsordnung weit übertraf, da sie insbesondere Großstaaten wie Russland, China und Indien einbeziehen musste?

- Wie konnte in diesem neuen Raum eine Struktur genuiner politisch-militärischer Abhängigkeit geschaffen und damit zugleich verhindert werden, dass militärisch potente, eigenständig konkurrenzfähige Gegenmächte entstanden?

- Wie konnte die nach 1945 entwickelte Technologie der Macht (»hub-and-spokes-structure«) stabilisiert werden, die gewährleistete, dass die USA als jeweils stärkster internationaler Partner dauerhafte Abhängigkeitsverhältnisse zu je einzelnen Partnern begründen konnte?

- Wie konnte dieses Primat der USA nach außen, aber auch im Inneren des Landes legitimiert werden – welche Feinde standen dafür zur Verfügung und welche große Idee bot sich an?

Erst die neuen Kriege der 90er und danach, die zunehmenden Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Zentren und die langandauernde Vertiefung der sozialen und ökonomischen Ungleichheit in der Welt, endlich Nineeleveln und American Empire haben auch auf der politischen Linken Anfang des neuen Jahrhunderts eine neue Debatte provoziert. Auch das neue Auftreten terroristisch agierender Gruppen und Personen, die sich als »antiimperialistisch« verstanden, hat diese neue Debatte befördert. Das Maß an wirklicher Veränderung erforderte neue Begriffe oder die Wiederanrufung alter Begriffe wie »Imperialismus«. Schließlich gab es gerade in der liberalen und linken Debatte ein »Return of the State« in der Reaktion auf die theoretische und zum Teil auch praktische Entwertung des Nationalstaates durch die neoliberale Ideologie und Theorie. Schon neoinstitutionalistische Autoren wie Hymer<sup>14</sup>, Wade, Hirst und Thompson hoben die Notwendigkeit einer staatlichen Kontrolle der transnationalen Konzerne hervor, eine Position, die z. B. in der UNCTAD von Bedeutung war. Auch sozialdemokratische, aus einer weberianische Tradition kommende Autoren wie Evans und Skopcol akzentuierten in den 90er Jahren die entwicklungspolitischen Möglichkeiten der relativ autonomen Staatsmacht gegenüber dem Kapital. Neoklassische und neoinstitutionalistische Theorien flossen in dieser Zeit jedoch oftmals im Zeichen der Dritte-Wegs-Konzepte zusammen und wurden Bestandteil einer ausgeweiteten neoliberalen Position. Gleichwohl trug diese Debatte dazu bei, dass die Frage nach der Entwicklung von Formen politischer Herrschaft neu ins Blickfeld geriet.

Von einer konsensfähigen, ausgearbeiteten materialistischen Imperialismustheorie ist die Linke allerdings heute noch weit entfernt und dementsprechend gibt es auch keinen Konsens darüber, wie diese neue Konstellation zu charakterisieren sei: Welchen constraints unterliegen Politik, Nationalstaaten oder »Imperien« durch die Ökonomie und konkurrierende politische Subjekte, und ist die klassische Annahme weiterhin gültig, dass sich die krisenhafte zwischenimperialistische Konkurrenz in politische Konflikte oder gar Kriege umsetzt? Geht es um einen

114 S. Hymer: *The Multinational Corporation: A Radical Approach*. Cambridge 1979.

partnerschaftlichen Kollektivimperialismus nach dem Muster des kautskianischen »Ultraimperialismus«? Und gibt es dabei die sukzessive Herausbildung eines neuen globalen, transnationalen Subjekts, dessen Kern eine ebenso neuartige transatlantische ruling class oder internationale Managerklasse ist und der die politische Form eines transnationalen (imperialen) Staates ausbildet, welcher die Nationalstaaten und das zwischenstaatliche System ablöst und nach der neuen Formel operiert: »Was gut für Halliburton ist, ist ebenso gut nicht bloß für Amerika, sondern für die ganze Welt« – dessen Subjekt also nicht mehr in den alten Container des Nationalstaates und eines »nationalen Interesses« eingesperrt werden kann?<sup>115</sup> Gibt es also ein neues Zentrum – auch wenn die neue Imperialität nicht mehr so straff zentriert sei mag, wie es in den Zeiten des alten Imperialismus einst üblich war? Oder hat sich diese Konstellation des informellen Imperialismus nach 1945 mittlerweile gar zu einem postimperialistischen Empire mit einem »ortlosen«, also von den ursprünglichen nationalen und territorialstaatlichen Bezügen weitgehend losgelösten Subjekt verallgemeinert, dessen hegemoniale wie imperiale Kraft nicht aus einer territorialisierten und homogenisierenden, sondern aus einer vernetzten und fragmentierten Topologie der Macht der allgemeinen Marktgesellschaft mit ihrer starken Vision des guten Lebens in den Märkten kommt, wie es Agnew und vor allem Hardt/Negri nahe legen, die das Empire allerdings unmittelbar der Zeit des formellen Imperialismus nachfolgen lassen und daher ständig mit prekären Übergangskategorien (»Passagen«) operieren müssen? Oder entsteht endlich eine hierarchische Struktur, die eine grundsätzliche positionelle Differenz zwischen den USA und ihrer ruling class und dem »Rest der Welt« einschließt und als Rezentrierung, also als Neukonfiguration eines American Empire beschrieben werden muss, wo eine solche hierarchische Zentrierung sich also auch in der gewachsenen Welt der herrschenden Klassen des Globus reproduziert? Und geht es bei einem solchen American Empire in der Tradition des klassischen Imperialismus weiterhin um eine Ausweitung der politischen Kontrolle von einem Territorium auf ein anderes und ist es insofern die politische Form einer Beziehung ökonomischer Ungleichheit und Ausbeutung, in deren Zentrum ein in Leninscher Analysetradition verstandenes Monopolverhältnis steht? Wer also dann gehört zum Empire, wie Bruce Cumings zu Recht einwendet: »we cannot determine what is in and what is out of this empire. (Did the Chinese become part of it when the United States allowed them to join the WTO?)«<sup>116</sup>

Weiter: Mit welchen Entwicklungstrends haben wir zu rechnen? Die einen se-

115 So William J. Robinson: Social theory and globalization: The rise of a transnational state. In: Theory and Society 30 (2001), S. 157-200.

116 Bruce Cumings: Is America an Imperial Power? In: Current History, November 2003.

117 Z. B. Jonathan Friedman; Christopher Chase-Dunn (Hrsg.): Hegemonic Declines: Present and Past. Walnut Creek 2003; Immanuel Wallerstein: U. S. Weakness and the Struggle for Hegemony. In: Monthly Review 3/2003; ders.: When Will Bush Fall? Commentary No. 117 v. 15. 7. 2003; »The U. S. was already a declining hegemonic power when Bush came to power in 2001. In seeking to restore the U. S. world position in his first four years of power, Bush actually made the situation much worse for the U. S.« Ders.: Bush and the World: The Se-

hen eine »US-Hegemonie im Abschwung« (von Wallerstein und Arrighi über Bello bis Todd oder Falk)<sup>117</sup> oder bereits eine posthegemoniale Situation. Je komplizierter und langwieriger die militärische Situation im Irak wurde, desto mehr verbreitete sich die Grundthese, wonach die einstige absolute wie relative ökonomische Hegemonie der USA kontinuierlich schwinde und ihre Stärke nur noch auf dem Erbe des Kalten Krieges beruhe: der Rolle des US-Dollars als der Weltwährung, der internationalen Verankerung der US-Firmen und der Gestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und Geschäftspraktiken nach US-Regeln. Sie sehen ein »Ableben« (Arrighi) des neo-konservativen imperialen Projekts, welches die US-Hegemonie unterminiert hätte.<sup>118</sup> Sie argumentieren in der Regel mit Einzelaspekten der ökonomischen Situationen der USA (insbesondere ihrer Angewiesenheit und Fähigkeit zum Kapitalimport) oder betonen sogar wie die liberalen Autoren die krisenhaften Widersprüche zwischen florierendem ökonomischem Multilateralismus und einem Projekt des politischen Unilateralismus: Für sie realisiert die Internationalisierung des Kapitals die Dimension der Gleichheit und nicht der Ungleichheit, und sie bauen daher darauf, dass hegemoniale Projekte ökonomieseitig unterminiert werden. In der neoliberalen Finanzialisierung sehen sie ein klassisches Symptom einer Hegemonialkrise. Die USA seien außerstande, die Weltgesellschaft wenigstens im Ansatz zu stabilisieren. Arrighi und Silver (die im Übrigen den Begriff des Empire nicht bzw. sehr zurückhaltend verwenden) sehen einen langen Niedergang des Hegemonen USA und den Aufstieg eines neuen Hegemons Ostasien, der im Stande ist, eine Ordnung eigenen Typs zu generieren, in dessen Entwicklungspfad er sich dann freilich irgendwann neu verfangen wird, da hier Probleme entstehen, die dereinst ebenfalls nur durch einen neuen Hegemon gelöst werden könnten, so dass im langen Zyklus der Weltentwicklung Aufstieg und Niedergang einander in unabsehbarer Folge ablösen. Nach ihrer Ansicht waren die USA außerstande gewesen, in der Phase des Neoliberalismus und in Sonderheit während der 90er Jahre eine neue, dynamischere Basis für die eigene Kapitalakkumulation zu schaffen (new economy) und so dem von ihnen selbst in der Nachkriegszeit gebauten Pfad zu enttrinnen – dass freilich die (zukünftig nach ihrer Meinung hegemonialen) neuen Wachstumszentren in China und im ASEAN längst durch europäisches, japanisches und US-amerikanisches Kapital aufgeschlossen und erschlossen werden, wird dabei nicht oder kaum berücksichtigt. Auch die Möglichkeit einer neuen Machtallianz (Europa/Ostasien) und ihrer Etablierung als konkurrierender Hegemon scheidet in diesen Erwägung-

cond Term, Comment No. 152 v. 1. 1. 2005; Walden Bello: Interview. In: TAZ v. 28./29. 6. 2003. Richard Falk: The Declining World Order: America's Imperial Foreign Policy. New York 2004. Schließlich John Agnew: Hegemony: The New Shape of Global Power. Philadelphia 2005, S. 3: »The trend of the U.S. government since the 1980s toward unilateral military and economic action...represents, rather than its burgeoning strength, the weakness of the United States.« Vgl. demgegenüber zum Verschwinden der Decline-These außerhalb der Linken Richard Cox: Whatever Happened to American Decline? International Relations and the new United States Hegemony. In: New Political Economy 3/2002, S. 311-340.

118 Giovanni Arrighi: Hegemony Unravelling – I. In: New Left Review 32 (2005), S. 26.

gen meist aus zugunsten der Annahme, das der zentrale regionale oder gar nationalstaatliche Konkurrent der USA Ostasien (China) sein werde.

Diese – oft eher sozialdemokratische, zuweilen auch radikale – Linke interpretiert die Entwicklung um und nach 9/11 somit entweder als dramatische Beschleunigung eines ohnehin seit den 80er Jahren evidenten decline der amerikanischen Hegemonie – weshalb die USA eben keine Ausnahme von der goldenen Regel des Niedergangs großer Mächte seien – oder als einen dramatischen Vorgang des abrupten Rückfalls in den klassischen Territorial- oder Kolonialimperialismus. Sie akzentuiert also den Gedanken der Anomalie und des Bruchs: »Having reached the boundaries of post modern power, the United States has gone back to old fashioned understandings on the nature of power. Under this process we are witnessing a backward movement from empire to imperialism, from the society of control to the disciplinary society and from soft power to hard power.«<sup>119</sup> Michael Mann spricht in seiner Studie von einem »neuen Imperialismus«, der nach seiner Meinung in einen neuen Militarismus einmünde.<sup>120</sup> Andere sehen eine sukzessive, langjährig sich entwickelnde Abkehr vom Isolationismus, die den Keim der Krise durch »imperialen Überdehnung« (Paul Kennedy) in sich trägt.<sup>121</sup> Durchgängig interpretiert diese Position die militärische Besetzung des Irak als einen verzweifelten Versuch, das Schwinden einer US-Hegemonie mit militärischen Mitteln aufzuhalten. Alle sehen in dieser Entwicklung mehr oder weniger explizit den Ausdruck einer politischen Defensive, eines Decline oder Rückfalls in eine historisch überholte Figur.

Hardt/Negri, deren Buch »Empire« schon lange vor Niveleven die neue linke Imperialismusdebatte initiierte, sehen demgegenüber im Empire die politisch-juristische Form einer postfordistischen Regulationsweise, die ohne Hegemonie eines einzelnen Staates (und seien es die USA) oder einer Staatengruppe auskommt und die unberührt bleibt von Ereignissen wie Niveleven – für sie also gilt der Gedanke der grundsätzlichen Kontinuität einer neuen, dezentrierten imperialen Kon-

119 Alfredo Toro Hardy: *Models of Global Governance and their Relationship to US Power*. London 2003. Siehe auch Stephen Howe: *American Empire: the history and future of an idea*. In: *Opendemocracy* v. 12. 6. 2003, für den das Zeitalter formeller Imperien (mit direkter Kontrolle fremder Territorien) zu Ende ist und der deshalb im Falle der USA vom »imperialism after empire« spricht. Vgl. auch William Appleman Williams: *Empire as a way of life*. New York 1980. Für diese Position ist die Okkupation des Irak gleichsam ein Rückfall in einen Kolonialimperialismus. Wood wendet dagegen zu Recht ein: »The point is simply that non-colonial imperialism is far less risky and costly, and far more profitable. If the United States can use its massive economic power, backed up by the threat of its overwhelming military superiority, to command the world economy, why would it want to get bogged down in colonial rule?« Ellen Meiksins Wood: *Capitalist Empire and the Nation State: A New U. S. Imperialism?* In: *Against the Current* 6/2003.

120 Michael Mann: *Die ohnmächtige Supermacht*. Frankfurt/New York 2003, S. 12, 22. Auch für Peter Bender ruht in allen Imperien der Weltgeschichte die Macht auf dem Militär, so auch im Falle Roms und der USA. Ähnlich die Einschätzung von Andrew J. Bacevich: *The New American Militarism: How Americans Are Seduced by War*. Oxford 2005; nach seiner Ansicht geht es im Falle der bushistischen USA nicht nur um einen militarisierten Staat, sondern eine militarisierte Gesellschaft, in der die bewaffnete Macht das Maß nationaler Größe ist und Kriege das einzig gemeinschaftliche Vorhaben sind.

121 Während der neue bushistische Expansionismus den »imperial understretch« beklagt, siehe Richard N. Haass: *Imperial America*, Konferenz des Brookings Institute v. 11. 11. 2000.

figuration, die keinen besonderen staatsterritorialen Fokus mehr hat, da sie die Unterscheidung von innen und außen transzendiert hat, nach welcher der im klassischen Feld nationalstaatlicher Souveränität operierende Imperialismus fungiert hatte.<sup>122</sup> Für sie spielen die USA für die Beantwortung der Frage nach dem Ort der imperialen Macht eine wesentliche, aber keine singuläre Rolle – sie sind gleichsam der militärische Arm auch des Empire und stehen in der Ordnung der Pyramide der Macht oben. Eine territoriale Fixierung eines Empire, wie es die Rede vom American Empire mache, sei anachronistisch.<sup>123</sup> Sie heben in ihren Publikationen bis 2002 vielfach hervor, dass das Empire keine Krise durchlaufen könne, aus der ein neues imperialistisches Projekt entstehen könnte und dass kein Staat – auch nicht die USA – im Zentrum eines solchen Projekts stehen könne. Für sie übernehmen die USA vor allem repressive Funktionen im Tätigkeits- und Aufgaben-, also Funktionszusammenhang des globalen Empire, dessen Spezifität sie im Wesentlichen aus der Politik heraus entwickeln, der gegenüber sie die Frage der Kapitalakkumulation und damit verknüpften systemischen Expansivität weitgehend zurückstellen. Ähnlich auch die Positionierung von Nitzan/Bichler: »The ›United States‹ may be strong or weak, but it is not a capitalist empire. The capitalists who happen to live there are de-creasingly ›American‹ in terms of what they own, and many of those who own ›American‹ assets live elsewhere. The ›United States‹ has no savings to export; it desperately needs those of others. U.S.-based capitalists do not unleash their government against other core countries, and

122 Siehe auch Martin Coward: *The Globalisation of Enclosure: interrogating the geopolitics of empire*. In: *Third World Quarterly* 6/2005, S. 855-871. Für Georg Steinmetz: *The State of Emergency and the Revival of American Imperialism: Toward an Authoritarian Post-Fordism*. In: *Public Culture* 2/2003, S. 323-345 reflektiert sich in der Konzeption Hardt/Negris eine singuläre, spezielle postfordistische Situation der 90er Jahre, für die ebenso eine transitorische, relativ dezentrierte politische Struktur und das Fehlen eines zentralen Feindbildes im ideologischen Raum charakteristisch war. Entsprechend charakterisierte 1998 Lawrence Summers, Minister unter Clinton, die USA als »first nonimperialist superpower«. (Lawrence Summers: *America: The first nonimperialist superpower*. In: *New Perspectives Quarterly* 15/1998, S. 34-35). Für Steinmetz sind die ideologischen, politischen und ökonomischen Bedingungen eines dezentrierten, multivalenten Systems seit 9/11 in der Auflösung und es wird auch deutlich, dass die Behauptung Hardt/Negri's unhaltbar ist, es gebe keine grundlegende Ungleichheit zwischen Kern- und Peripherie im Weltssystem mehr. Panitch/Gindin halten Hardt/Negris Zugang mittlerweile für geradezu bizarr. Auch für Smith ist mit den Türmen des WTC zugleich diese Konzeption des Empire ein für alle mal zusammengebrochen, siehe Neil Smith: *Scales of terror and the resort to geography*: in: *Environment and Planning D: Society and Space* (2001), S. 636.

123 Das Empire der Postmoderne hebt für Hardt/Negri die Unterscheidung zwischen innen und außen auf, entwertet die Kategorien des Raumes und sie speichert von einem »non-place« der Macht – doch die Pyramide der Herrschaft des Empire ist hochgradig im Sinne einer geopolitischen Moderne strukturiert nach verschiedenwertigen Nationalstaaten und Organisationen siehe Claudio Minca: *Empire Goes to War, or, The Ontological Shift in the Transatlantic Divide*. In: *ACME*, 2/2003, S. 231. James D. Sidawy: *Empire's Geographies*. In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*, 3/2005, S. 63-78 hat auf das Cover des vielfach verkauften und in der Harvard University Press publizierten Buches *Empire* verwiesen, das einen tropischen Sturm über dem Globus zeigt – ein Foto, das vom US-Space Shuttle Challenger aus gemacht wurde, das dann von einer der größten Fotoagenturen der Welt gekauft wurde, die wiederum mittlerweile im Besitz des US-Amerikaners Bill Gates ist.

124 Jonathan Nitzan, Simshon Bichler: *New Imperialism or New Capitalism?* Montreal/Jerusalem 2004, S. 63 f.

when the U.S. does go to war – in Grenada, Panama, Afghanistan or Iraq – the purpose is neither conquest, nor the ›exploitation‹ of the conquered.«<sup>124</sup>

Hardt/Negri folgend, versucht Finzsch das Verhältnis von »Empire« und »American Empire« so zu beschreiben: »Vielmehr ist amerikanische Politik einerseits historisch der Vorläufer des Empire und das Empire reproduziert als Oberflächenphänomene abgestorbene Elemente des Amerikanismus, die wie Wiedergänger immer wieder amerikanische Kultur oder amerikanische Doktrin beschwören, während die Realität des Empire längst transnational unamerikanisch ist. Andererseits bedient sich das Empire bestimmter Elemente amerikanischer Restsouveränität, um innere Probleme zu lösen.«<sup>125</sup> Hardt/Negri interpretieren daher die Auseinandersetzungen zwischen einzelnen europäischen Ländern und den USA 2002/3 als Kampf um die Hegemonie im neu entstandenen Weltsystem Empire und das »American Empire« als politisch-ideologische Kampfpositionierung eines Schlüsselakteurs in dieser globalen Auseinandersetzung.<sup>126</sup> Andere Autoren wie Ellen Maiksin Wood folgen der Vorstellung vom Empire, sehen es aber gegenwärtig als nicht reduzierbar auf die amerikanische Regierung und als nicht deckungsgleich mit den USA; es habe sein Zentrum in global ansetzenden Agenturen und transnationalem Kapital. Eine Vorstellung freilich, die mit der Hardt/Negrischen Empire-Konzeption wenig zu tun hat, sondern eher auf die klassische Vorstellung vom Ultraimperialismus zurückgreift.

Während also im linken Diskursfeld die einen den Bruch diagnostizieren: als Rückfall in den Imperialismus des Krieges und der Rivalität oder als Überwindung des Imperialismus durch die Herausbildung eines globalen Empire, hebt eine andere Richtung das Element der Kontinuität des imperialistischen Charakters der USA bzw. ihrer unilateralen Politik und ihrer herausragenden Position im internationalen System hervor. Sie debattiert die neue Situation als neu »entstehendes imperiales Projekt« (Arrighi). Sie stellen den Akteur Nationalstaat USA ins Zentrum, sei es als klassisch dominante Imperialmacht (wie James Petras oder John Bellamy Foster<sup>127</sup>), sei es – wie Panitch anknüpfend an Poulantzas – als Agieren eines neuen Staatstypus (»prototypischer Globalstaat« USA), der insbesondere den europäischen nationalstaatlich fundierten Imperialismus durchdringt, sei es endlich – wie Martin Shaw – als globaler »western state« oder »western empire«, also eines modernen, progressiven, westlich profilierten Staatenblocks. Dem hegemonietheoretischen Ansatz (z. B. Arrighi) und den Positionen der Herausbildung einer transnationalen Klasse und des dazugehörigen transnationalen Staates (z. B. Robinson oder Corbridge/Agnew) werfen sie ebenso wie der Empire – Diagnose von Hardt/Negri vor, die Veränderung des Nationalstaates USA und seine heraus-

125 Norbert Finzsch: Von Wallerstein zu Negri: Sind die USA das »Neue Rom«? In: Sabine Sielke (Hg.) Der 11. September 2001: Fragen, Folgen, Hintergründe. Frankfurt/M. u. a. 2002, S. 159-171.

126 Etwa Michael Hardt: Second Empire; or, The Eighteenth Brumaire of George W. Bush. In: Radical History Review Nr. 95 (2006), S. 89-92.

127 S. John Bellamy Foster: The New Geopolitics of Empire. In: Monthly Review Nr. 57 (2006).



ragende Rolle wie auch die Rolle des Systems der Nationalstaaten überhaupt unhaltbar abzuwerten. Staaten – und in Sonderheit der US-amerikanische Staat – sind relativ autonome aktive Einrichtungen, welche durch Recht, Zwang und Geld Klassenbeziehungen wie die Makroökonomie arrangieren und als letzte Hilfe in allen Lebenslagen fungieren, nicht nur national, sondern auch international. Alle genannten Autoren dieser Position sehen daher in 9/11 keinen weitreichenden Bruch. Für sie fasst die Rede vom American Empire im Grundsätzlichen nur Merkmalselemente des sich transformierenden US-Imperialismus und/oder seines politischen Systems, die sich schon zur Jahrhundertwende oder sukzessiv nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben. Empire oder Imperialismus haben also keineswegs erst mit einer Regierungspolitik Bush eingesetzt. Für sie ist, wie es einst William Appleman Williams formulierte, das »Empire« schon lange ein »way of life« der amerikanischen Bürger. Edward Rhodes spricht vom »informal global American empire«<sup>128</sup>, Amiati Etzioni vom »Semi-Empire« und Chalmer Johnson vom »verdeckten Imperialismus«<sup>129</sup> – oftmals freilich, ohne zu fragen, ob der Irak-Krieg für eine territorialpolitische Wende gegenüber der Tradition eines informellen Imperiums steht und welche Vorteile ihm gegenüber eine solche zeit- und ressourcenraubende Unternehmung bietet. Auf dieser Linken ist so weiterhin die Behauptung einer jahrzehntelangen, durchgängigen Konstanz der Dominanzposition der USA vorhanden, der gegenüber wir es bloß mit wechselnden Rhetorikern in Sachen »Imperialismus« zu tun haben, deren Ehrlichkeits-, Wahrheits- oder Wirklichkeitsgehalt variiert; folgerichtig wird hier die Nutzung eines gesonderten Begriffs »Empire« zur Charakterisierung der gegenwärtigen Situation abgelehnt<sup>130</sup> oder die Gültigkeit des Begriffs wird auf die gesamte Geschichte des US-Kapitalismus seit etwa 1890 ausgedehnt<sup>131</sup>, und das, was mit 9/11 geschah, ist nur ein »Hervortreten« und »Deutlichwerden« dieser Eigenschaft: »The American Em-

128 Edward Rhodes: The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda. In: *Survival* 1/2003, S. 143. Auch Panitch/Gindin: Empire, sprechen von einem informellen, globalen amerikanischen Imperium.

129 Siehe auch Clyde Prestowitz: Schurkenstaat: Wohin steuert Amerika? Düsseldorf 2004.

130 Siehe etwa Alexander Cockburn: Dare call it an empire. In: *Working for Change* 20. 11. 2002: »The basic aims of American international strategy have changed barely at all since the end of the Second World War. The difference is in the degree of frankness with which the brute realities of world domination are discussed.« Perry Anderson weist in »Casuistries of Peace and War« (in: *London Review of Books* v. 6.3.2002) auf die Verschiebung der Argumente hin: »Historically, the United States has always reserved the right to act alone where necessary, while seeking allies wherever possible. In recent years it acted alone in Grenada, in Panama, in Nicaragua, and which of its allies now complains about current arrangements in any of these countries? As for the UN, Nato did not consult it when it launched its attack on Yugoslavia in 1999. In which every European ally that now talks of the need for authorisation from the Security Council fully participated, and which 90 per cent of the opinion that now complains about our plans for Iraq warmly supported.«

131 Siehe William Appleman Williams: *The Tragedy of American Diplomacy*. New York 1972, S. 55: »The empire that results [from an advanced industrial nation's controlling endeavors] may well be informal in the sense that the weaker country is not ruled on a day-to-day basis by resident administrators, or in-creasingly populated by emigrants from the advanced country, but it is nevertheless an empire. The poorer and weaker nation makes its choices within limits set, either directly or indirectly, by the powerful society, and often does so by choosing between alternatives actually formulated by the outsider.«

132 Leo Panitch; Sam Gindin: *Global Capitalism and American Empire*. In: *Socialist Register* 2003, S. 1.

pire is no longer concealed.«<sup>132</sup> Wobei allerdings die Frage bleibt, wozu die bisherige »Verhüllung« diente, wie sie entstand und reproduziert wurde und warum sie denn nun zu Ende ging – ja, was das denn nun eigentlich ist, eine offenbar intentionale »Maskierung« eines Imperiums und in was sich etwas Informelles« (das »informal empire«) verwandelt, streift es seine Verhüllung ab. Verwandt, aber doch deutlich verschieden hiervon die Position von Peter Gowan, der hervorhebt, was er sieht als »the central fact of contemporary international relations: one single member...has acquired absolute military dominance over every other state or combination of states on the entire planet«; durch diese militärische Dominanz wird eine Einheit zwischen der Welt der kapitalistischen Staaten hergestellt, »whose empire is guarded not by any suprastate authority, but by a single hegemon«.<sup>133</sup> Für Gowan ist mit dem Ende des Kalten Krieges die »superimperialistische« Position der USA wieder restauriert. Hier also wird eine Gegenposition zum linken »Decline-Lager« formuliert: In der Entwicklung seit 1989 bzw. 2001 wird klar eine kontinuierliche Stärkung der Position der USA im internationalen System gesehen. Freilich sind nicht wenige der Argumente der Anti-Declinisten von einer gewissen Beliebigkeit: Wenn ein »Sich-Leisten-Können« explodierender Staatsdefizite und Verschuldungen zum Zeichen imperialer Stärke wird, sind dann fallende Defizite und der Abbau von Verschuldungen Zeichen von Schwäche? Oder stehen beide Erscheinungen gleichermaßen für imperiale Stärke? Und sind amerikanische Investitionen in China und chinesische Anlagen in den USA gleichermaßen ein Zeichen einen starken US-Empire? Wie wird hier der Zusammenhang von Macht und Eigentum (Kapital) gedacht?

Eine weitere Position endlich, die etwa Georg Steinmetz vertritt, sieht demgegenüber Kontinuität und Bruch: Kontinuität in der ökonomischen Regulationsweise, Diskontinuität in der Politik, wo mit 9/11 die für die 90er Jahre charakteristische Phase des Fehlens eines klaren politischen Projekts des amerikanischen Imperialismus beendet wurde. Im Unterschied zur relativ stabilen postfordistischen Ökonomie gab es mit 9/11 in der Politik eine hohe Suchdynamik und evidente Veränderungen, die sich primär auf den Staat und das System der politischen Macht, also auf die politische Regulationsweise fokussierten (Geopolitik, Veränderung des Staatsapparats, Transformation des Rechtssystems, Überwachung). Es vollzieht sich ein Schwenk zu einem »new political space«, einem »enhanced police state. Security in the disciplinary, not the social, sense is the focus of current government activity«. Steinmetz resümiert: »The political experimentation we are now seeing in the United States does not constitute a move away from post-Fordism, then, but toward a different brand of post-Fordism, one in which flexible

133 Peter Gowan: Neoliberal Cosmopolitanism. In: *New Left Review* 11 (2001) S. 81 und 89 sowie insbesondere sein Beitrag: American grand strategy. In: *Critical Asian Studies* 1/2005, S. 128-139.

134 Georg Steinmetz: The State of Emergency and the Revival of American Imperialism: Toward an Authoritarian Post-Fordism. In: *Public Culture* 2/2003, S. 338 und 327. Zur »Imperial Presidency« und dem Umbau des Rechtssystems in den USA siehe David Cole: What Bush Wants to Hear. In: *The New York Review of Books* v.

specialization is conjoined with more explicitly imperialist politics and a more authoritarian interior order.«<sup>134</sup> Für ihn entsteht ein neuer »Neoimperialismus« in den USA. Er ist kein klassischer Kolonialismus, denn zumindest die starken Staaten der Peripherie behalten zumindest ihre nominelle Selbstkontrolle – schließlich planten die USA auch keine eigene Kolonialregierung im Irak. Hegemonie, die weiterhin zu verstehen sei als eine Funktion von Nationalstaaten, die territoriale und institutionelle Orte haben, konzentrierte sich weiterhin auf die international dominante USA. »The result, for now, is a process of reconfiguring the mode of regulation. This emergent framework is still post-Fordist with respect to its core model of industrial production, but its state model is domestically authoritarian and geopolitically imperialist.«<sup>135</sup> Unipolarer Militarismus und geopolitische Imperialität werden kontrastiert zu einer multipolaren Ökonomie.

Ebenfalls Kontinuität wie Bruch akzentuieren David Harveys exzellente Studie »The New Imperialism« und der anknüpfende große Aufsatz von Giovanni Arrighi »Hegemony Unravelling«<sup>136</sup>, die weithin als gegenwärtig tragfähigste Konzeption angesehen werden. Harvey ist der Ansicht, dass die USA nach 1970 ihre ökonomische Überlegenheit auf dem Feld der Produktion verloren haben und nun daran sind, ihre Überlegenheit auf dem Gebiet der Finanzen einzubüßen. Dieser doppelte Verlust an Überlegenheit erkläre ihr neues Kriegerum. Leitend für Harveys theoretisches Konzept ist der Gedanke der Expansion – als Extension oder Verdichtung, im Raum und in der Zeit. Dieser Gedanke der Ausdehnung ist sicherlich ein zentraler Schlüssel zum Verständnis der Marxschen Vorstellung vom Kapital und seiner Akkumulation, auch wenn Marx selbst räumliche Expansion nur als Ausdehnung in nichtkapitalistische Räume dachte und beispielsweise der Gedanke der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus oder die Frage nach der ökonomischen Funktion des Staates noch nicht substantiell in sein Blickfeld kam. Harvey unterscheidet im Anschluss an Arrighi politische (territoriale) und kapitalistische Logiken der Macht, deren Agenten besondere Interessen in unterschiedlichen Zeit-Raum-Konstellationen verfolgen: Das Profitinteresse ist nicht, wie das Interesse an Machtmaximierung in der Politik, auf den Staat bezogen; es ist individuell auf das jeweilige Kapital ausgerichtet, der staatliche Akteur dagegen handelt nach kollektivem Vorteil; Politik bezieht sich für einen gewissen Zeitraum (z. B. eine Wahlperiode) auf ein Territorium, auf Ressourcen und Menschen und bedarf der Legitimation, das Kapital operiert demgegenüber auf diffuse (Harvey: »molekulare«) Weise in Zeit-Raum-Kontinuitäten. Danach begründet das Kom-

17. 11. 2005, Elizabeth Drew: Power Grab. In: The New York Review of Books v. 22. 6. 2006 sowie Richard S. Conley: Reform, Reorganization and the Renaissance of the Managerial Presidency: The Impact of 9/11 on the Executive Establishment. In: Politics & Policy 2/2006, S. 304-342.

135 Steinmetz: State of Emergency, S. 341. »I will define imperialism as a nonterritorial form of empire in contradistinction to colonialism as a territorial one and I will argue that the United States is by this definition imperialist.« George Steinmetz: Return to Empire: The New U.S. Imperialism in Comparative Historical Perspective. In: Sociological Theory 4/2005, S. 340.

136 Oxford 2003 bzw. NLR 32 (2005).

mando über ein Territorium die politische Macht des Staates und das Kommando über die Produktion, den Austausch und die Akkumulation von Kapital und seinen nicht an Territorien gebundenen Fluss die ökonomische Logik der Macht des Kapitals. Internationalisierung von Kapital ist die Expansion von Geld-, Produktions- und Warenbeziehungen im Raum und entlang der Zeitachse. Staaten und Betriebe kalkulieren also grundsätzlich unterschiedlich. Das Moment grundlegender Expansivität ist ihnen beiden eigen – und koinzidiert es mit großer Dynamik, dann ist eine Grundvoraussetzung für Imperialität gegeben. Der – als kapitalistisch ausgezeichnete – Imperialismus wird jedoch grundsätzlich von der kapitalistischen Machtlogik beherrscht. Doch weitere Spezifika kommen hinzu, um den Begriff »Imperialismus« überhaupt treffend zu machen. »Imperialismus« charakterisiert für Harvey einen Typus Kapitalismus, der die ungleichen geografischen Bedingungen ausbeutet und die notwendig durch die Austauschbeziehungen im Raum entstehenden Asymmetrien aufrechterhält, unter denen die Akkumulation des Kapitals geschieht.<sup>137</sup> Als eine bestimmte Form der Produktion und Nutzung globalen Raums ist Imperialismus »a property of interstate relations and flows of power within a global system of capital accumulation«.<sup>138</sup> Der historische Prozess der Akkumulation meint somit permanente Produktion und Reproduktion von Verhältnissen der Ungleichheit im Raum und damit einhergehend Verschiebungen von Hegemonie und immer auch wieder Überakkumulation (von Gütern, Geld – und Arbeitskräften), aus der ständig neu der Ausweg der massiven Entwertung oder einer Erschließung neuer Kapitalanlagefelder im Inneren (z. B. zeitlich lang andauernde Investitionen zur Verbesserung der allgemeinen Bedingungen der Produktion, Inwertsetzung neuartiger, gegenwärtig und sicherlich langfristig insbesondere immaterieller – Ressourcen) bzw. der geografischen Expansion nach außen und räumlichen Umstrukturierung gegangen wird, wobei jeder dieser Auswege mit intensiver Staatsaktivität einhergeht (häufig auf Grund der Kreditfunktion des Staates). Hier kommt ins Spiel, was Harvey »Accumulation by Dispossession« nennt und was er als »an important and continuing force in the historical geography of capital accumulation through imperialism«<sup>139</sup> ansieht. Seiner Meinung geschieht die Akkumulation des Kapitals grundsätzlich auf zweierlei Weise. Die »erweiterte Reproduktion« als erste Form schafft neuen Wert und Mehrwert als Grundlage der Akkumulation und, sodann, auch krisenhafter Überakkumulation, aus der durch Kapitalentwertung oder durch Expansion in den (nichtkapitalistischen) Raum bzw. Investitionen ein Ausweg gesucht wird. Ein solcher Ausweg

137 Diese Asymmetrien zeigen sich in unfärem und ungleichem Austausch, räumlich konzentrierten Monopolen und Ausbeutungspraxen, die auf die ungleiche Kapitalflüsse zurückgehen. Die Sicherung dieser Asymmetrien im Tausch gegen die Unterstützung seiner Macht ist der Kerngehalt imperialistischer Politik. Eine typische Dominanz der kapitalistischen Logik anzunehmen, sei charakteristisch für die Konzeption »Imperialismus« gegenüber anderen Konzeptionen von »Empire«; »zu Zeiten« können allerdings auch die territoriale Logik in den Vordergrund treten (Harvey: Imperialism, S. 33).

138 Ebenda.

139 Ebenda, S. 143.

ist nach Harvey mit einer intensiven Konkurrenz verbunden. Zur Beschreibung der zweiten Form der Akkumulation erinnert Harvey daran, dass alle die Merkmale der von Marx »primitiv« oder »ursprünglich« genannten Akkumulation in der Entstehungsphase des Kapitalismus in seiner weiteren Entwicklung nicht verschwunden seien, sondern durchgängiges und ständiges Merkmal einer kapitalistischen Entwicklung blieben, zu der das Element der Gewalt und des Expansiven bzw. Imperialen schon immer gehörte.<sup>140</sup> Im Unterschied zur erweiterten Reproduktion, welche die Aneignung neu geschaffenen Mehrwerts einschließt, baut dieser kontinuierliche Prozess der »Akkumulation durch Enteignung« auf der Aneignung bereits existierenden Mehrwerts auf. Auch dadurch werden Krisen der Überakkumulation ständig neu gelöst: »What accumulation by dispossession does is to release a set of assets (including labour power) at very low (and in some instances zero) cost. Overaccumulated capital can seize hold of such assets and immediately turn them to profitable use.«<sup>141</sup> Diese Akkumulationspraxis spielte in den einzelnen Entwicklungsphasen des Kapitalismus eine unterschiedliche Rolle. In der ersten Phase der politischen Herrschaft der Bourgeoisie zwischen 1884 und 1945 trat sie anfänglich ebenso wie in den 30er Jahren in den Vordergrund, als im geopolitischen Kampf verschiedener kapitalistischer Hauptmächte ein Großteil der Welt kriegerisch ausgeplündert wurde. Nachdem im folgenden Zeitalter der US-amerikanischen Hegemonie nach 1945 das Problem der Überakkumulation noch begrenzt werden konnte, änderte sich Ende der 60er Jahre die Situation. Im Zentrum der folgenden Periode neoliberaler Hegemonie stand mit dem Projekt der Privatisierung ein ungeheurer Schub der »Akkumulation durch Enteignung«, die in der Zeit nach der Überakkumulationskrise 1973-1975 als primäre Widerspruchsbeziehung<sup>142</sup> innerhalb der imperialistischen Organisation der Kapitalakkumulation in den Vordergrund zu treten begann und die durch eine globale Öffnung vorhandener und Schaffung neuer Märkte erreicht wurde. Angesichts der abnehmenden Stärke der US-amerikanischen Produktion realisierte sie sich durch eine neue Dominanz des US-Finanzkapitals, die sich am ausgeprägtesten unter Clinton im Medium eines »centralized multilateralism«<sup>143</sup> der regionalen Triade USA/Europa/Asien zeigte. Die Ausweitung der Kapitalakkumulation auf ein weiteres »Drittel der Welt« nach 1989 und die kapitalistische Transformation Chinas hat diesem neoliberalen Akkumulationstypus einen ungeheuren Schub gegeben, da

140 »These include the commodification and privatization of land and the forceful expulsion of peasant populations; the conversion of various forms of property rights (common, collective, state, etc.) into exclusive private property rights; the suppression of rights to the commons; the commodification of labour power and the suppression of alternative (indigenous) forms of production and consumption; colonial, neo-colonial, and imperial processes of appropriation of assets (including natural resources); the monetization of exchange and taxation, particularly of land; the slave trade; and usury, the national debt, and ultimately the credit system as radical means of primitive accumulation.« Ebenda, S. 145.

141 Ebenda, S.149

142 So ebenda, S. 172, 177. Vorsichtiger in: Ders: Der »neue« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003, S. 24 f. sowie in einem Interview in Sozialismus 11/2003, S. 27.

143 Harvey: Imperialism, S. 68.

nun gleichsam planetar Institutionen beseitigt wurden, welche (warum auch immer) die Gesellschaft vor dem Markt schützten. Der »neue Imperialismus«, von dem Harvey spricht, »appears as nothing more than the revisiting of the old, though in a different place and time«. <sup>144</sup> Insofern haben wir es nach seiner Konzeption mit Kontinuität zu tun (Akkumulation durch Enteignung), aber auch mit Bruch – dem Übergang vom neoliberalen zum neo-konservativen Imperialismus. Die Bush-Administration steht somit für eine Phase, in der »Akkumulation durch Enteignung« die dominante Form kapitalistischer Akkumulation wird, zu der aber auch ein eigenes politisches Projekt gehört, denn bereits vor 9/11 war nach Harveys Ansicht das neoliberale Modell erschöpft. »The Bush administration's shift towards unilateralism, towards coercion rather than consent, towards a much more overtly imperial vision, and towards reliance upon its unchallengeable military power, indicates a high-risk approach to sustaining US domination, almost certainly through military command over global oil resources. Since this is occurring in the midst of several signs of loss of dominance in the realms of production and now (though as yet less clearly) finance, the temptation to go for exploitative domination is strong.« <sup>145</sup> Problematisch bei Harvey's Unterscheidung zwischen erweiterter Akkumulation und Akkumulation durch Enteignung (die im Übrigen auch an die Arbeit der Autoren der monopolkapitalismustheoretischen Schule (Kalecki, Tsuru, Baran und Szweezy oder Magdoff anknüpft) ist allerdings, wie die Akkumulation durch Enteignung erfasst und die (auch damit einhergehenden) Phasen der Überakkumulation empirisch präzise erkannt werden können. Die Einführung einer inhaltlich äußerst weitgespannten, zahlreiche völlig unterschiedliche Prozesse einschließenden Kategorie der »Akkumulation durch Enteignung« erlaubt keine präzise und empirisch gehaltvolle Zurechnung von Effekten. <sup>146</sup>

Das zentrale Unterscheidungsmerkmal nun zwischen dem neoliberalen und dem neokonservativen Imperialismus ist, dass der Neokonservatismus nach innerer und äußerer Ordnung strebt, hierfür moralpolitisch und militärisch mobilisierte

144 Ebenda, S. 182.

145 Ebenda, S. 75. Auch Giovanni Arrighi betonte in einem Workshop („Global Capitalism and World System Theory“) an der Universität Marburg am 4. Juni 2005, dass das neokonservative Projekt keine Verlängerung, sondern ein Verlassen (»departure«) des Neoliberalismus sei, das die Erkenntnis reflektiere, dass der Markt die Position der USA nicht begünstige, weshalb eine militärische Intervention (zum Beispiel zur Sicherung der US-Macht über die Ressource Öl) notwendig sei.

146 Siehe Jonathan Nitzan; Simshon Bichler: *New Imperialism or New Capitalism?* Montreal/Jerusalem 2004, S. 9 f., die folgerichtig »Macht« als zentrales Element einer Werttheorie einführen, versuchen Kapital und Staat aufs engste miteinander zu verbinden und ein Konzept der »differentiellen Akkumulation« entwickeln: »The primacy of power in capitalism is rooted in the centrality of private ownership. ›Private‹ comes from the Latin *privatus*, meaning ›restricted,‹ and from *privare*, which means ›to deprive.‹ In the words of Jean-Jacques Rousseau: ›The first man who, having enclosed off a piece of land, got the idea of saying ›This is mine‹ and found people simple [minded] enough to believe him was the true founder of civil society‹ (Rousseau 1754: Second Part). The most important feature of private ownership is not to enable those who own, but to disable those who do not. (...) In this sense, private ownership is wholly and only an act of exclusion, and exclusion is a matter of power. Exclusion does not have to be exercised. What matters is the right to exclude and the ability to exact terms for not excluding. These ›terms‹ are the source of accumulation.« (S. 19).

Machtressourcen die Schlüsselrolle spielen und explizit eine globale pax americana angestrebt wird, die auf einer Umverteilung der Macht im internationalen System zugunsten der USA beruht. Kapitalistische wie territoriale Logiken verbindet – neben anderem – eine wesentliche Gemeinsamkeit, die Hannah Arendt (allerdings noch bezogen auf den »Container« des einzelnen Nationalstaates und nicht, wie etwa bei Arrighi, auf das Konkurrenzsystem der Staaten) als die fortwährende Expansion von Macht, sei sie nun ökonomisch oder politisch, charakterisierte.<sup>147</sup> Die politische Logik eines globalen Regimes der Akkumulation durch Enteignung haben sich die Neokonservativen zu eigen gemacht: »The neo-conservatives are, it seems, committed to nothing short of a plan for total domination of the globe.«<sup>148</sup> Die Macht des Staates ist substanzell bei der Produktion eines Raums, über den sich die erweiterte Reproduktion des Kapitals vollzieht und damit bei der Erzwingung von Entwertungen, welche die Essenz des Akkumulation durch Enteignung darstellen. Die Gefahr des »imperialen overstretch« (overextension, overreach) ist dabei allerdings ständig präsent, und die Frage steht, ob die USA groß genug und militärisch wie ökonomisch ausreichend ressourcenstark sind, um die ausgeweitete Weltökonomie des 21. Jahrhunderts zu managen – oder ob es bei einem »Dream of Empire«<sup>149</sup> bleibt? Dementsprechend sieht Arrighi sowohl hinsichtlich der kapitalistischen als auch hinsichtlich der politischen Machtlogik die Chancen zum Erhalt der US-Dominanz als äußerst problematisch an – insbesondere sei der Verlust an Hegemonie, also an der Fähigkeit der US-Eliten, den ihnen global untergeordneten Gruppen eine von diesen als in ihrem allgemeinen Interesse liegende Perspektive zu geben, ganz offenbar und es drohe nicht mehr nur »Dominanz ohne Hegemonie« (Ranajit Guha) – sie sei mittlerweile bereits existent.<sup>150</sup> Die Elemente des Zwangs – in Sonderheit eine die fehlende Hegemonie kompensierende militärische Dominanzpolitik – und der Korruption überwiegen nunmehr die des Konsens und der Überzeugung, die auf die Phase der materiellen Expansion folgende »belle époque« der New Economy und Finanzialisierung sei vorbei und abgelöst worden durch die doppelte Abhängigkeit von den Billigwaren und dem Geld Chinas. Die terminal crisis der US-Hegemonie habe begonnen, ein neue Geografie und Operationsweise des Weltkapitalismus entstehe. Arrighi hebt in seiner Skizze des langen historischen Prozesses die Momente der Kontinuität wie der Entwicklung hervor: Er sieht »a progression from a city-state and cosmopolitan business diaspora (the Genoese); to a protonational

147 »A never-ending accumulation of property«, schrieb Arendt, »must be based on a never-ending accumulation of power...The limitless process of capital accumulation needs the political structure of so »unlimited a Power« that it can protect growing property by constantly growing more powerful.« Hannah Arendt: Imperialism. New York 1968, S. 23.

148 Harvey: Imperialism, S. 199. Ebenso Giovanni Arrighi: Hegemony Unravelling – 1. In: NLR 32 (2005), S. 27: Der »neokonservative Imperialismus« ist das »most ambitious project of world rule ever conceived.«

149 Hakan Tunc: Neoconservatives and the Limits to their Dream of Empire. Papier für die APSA-Jahrestagung 2005.

150 So auch David Harvey: Last days of the US empire? In: Socialist Worker v. 30. 7. 2005.

state (the United Provinces) and its jointstock chartered companies; to a multinational state (the United Kingdom) and its global-encircling tributary empire; to a continentsized national state (the United States) and its world-encompassing system of transnational corporations, military bases and institutions of world governance. As this progression shows, none of the agencies that have promoted the formation and expansion of world capitalism correspond to the mythical national state of political and social theory (...) the networks of accumulation and power that enabled these agencies to play a leading role in the formation and expansion of world capitalism were not ›contained‹ within the metropolitan territories that defend their proto-national, multinational, or national identities. Indeed, long-distance trade, high finance, and related imperialistic practices (that is, war-making and empire-building activities) were even more essential sources of profit for the early than for the later agencies.« Im Verlauf dieses Prozesses (und für diesen Ansatz bedeutet der Aufstieg des Vereinigten Königreichs zur hegemonialen Macht »a complete fusion of capitalism and imperialism«) kommt es zu einer »increasing interpenetration of the capitalist and territorialist strategies of power«.<sup>151</sup> Arrighi wie auch Harvey sehen somit in der Politik der Bush-Regierung ein Indiz für einen Niedergang der amerikanischen politischen und ökonomischen Macht. Der Irak-Krieg sei nicht der Beginn einer globalen Herrschaft der USA, sondern das Ende ihrer Hegemonie.

Ungeachtet dieser extrem unterschiedlichen Ansätze und Einschätzungen ist damit fast allen Analytikern der Linken gemeinsam die Diagnose des krisenhaften Overstretch eines unilateralen Projekts der USA. Nachdem seit den 60er Jahren die US-Dominanz im Bereich der Realakkumulation dahinschwand und seit Ende der 90er Jahre mit dem Ende des New-Economy-Bubble auch die Dominanz des US-Finanzkapitals neu erordnet, sind für sie bereits zwei der vier Säulen amerikanischer Dominanz erschüttert (hinzukommen die Kontrolle des »Geists des Kapitalismus« durch die Kontrolle der soft culture und die Dominanz in der Sphäre der Gewalt).

### **Eine alte Debatte in einer neuen Lage**

War in der amerikanischen Empire-Debatte die Referenz auf das römische Imperium bislang eher eine Sache der isolationistischen und der neokonservativen Rechten oder der Linken, so ist sie mittlerweile in die Mainstream-Publizistik, die Diskurse der politischen Thinktanks und vor allem in die Kultur der Macht eingewandert. Das »Globale«, für das ein Clinton stand, wurde abgelöst durch das »Imperiale«. Das I-Word hat jenseits der clandestinen Subtexte der offiziellen Selbstbeschreibungen der USA auf eine neue Weise Legitimität in der medialen, politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit erhalten. Binnen kurzem ist eine erstaunliche Menge Einwohner der USA zu Anhängern der Ideen des US-Prä-

151 Giovanni Arrighi: Hegemony Unravelling – 2. In: NLR 33 (2005), S. 9, 15.



sidenten Woodrow Wilson geworden, der nach dem Ersten Weltkrieg für den Aufbau eines Systems kollektiv beherrschter Protektorate aus den kolonialen Überresten der deutschen und türkischen Reiche plädierte. Allerdings: Hier geht es um einen »Wilsonianismus in Stiefeln« (Pierre Hassner), dessen Vertreter sich deshalb zuweilen selbst als »hard Wilsonians« bezeichnen.<sup>152</sup>

Dieser erstaunlich expansive begriffspolitische Diskurs um das Empire ist nicht nur ein dramatischer Bruch gegenüber jener linksliberalen und -sozialdemokratischen Diagnose und Prognose vor allem aus den späten 80er Jahren, demzufolge wir es mit einem »America in Decline« zu tun hätten, das wie andere Reiche vor ihm unter der Last der militärischen Überdehnung und Belastung seine Position sukzessiv an andere neue Akteure (Japan, Europa) abtreten müsse. Die damalige Debatte prononcierte die Schwäche, die heutige Empire-Debatte akzentuiert überwiegend die Stärke der USA. Die 2001/2 geradezu explodierende Rede vom »Empire« ist mehr noch für die gesamte amerikanische Geschichte der politischen Rhetorik, Ideologie und Selbstbeschreibung durchaus ungewöhnlich – wenn auch nicht völlig neu, denn Debatten über die USA als »Empire« gab es mehrfach.

Sie konnte dabei natürlich von einem Alltagsverständnis von »Empire« zehren, das dieses oftmals so weitläufig fasste wie gegenwärtig Niall Ferguson als einem der Hauptverfechter der normativen Idee eines American Empire: er entwickelte eine »imperial typology«, unter die er ein so breites Feld von Merkmalen subsumierte, dass es äußerst schwierig wird, einer politischen Ordnung keinen imperialen Charakter zuzuordnen: Ein Imperium kann für ihn einer herrschenden Elite nutzen oder »allen Einwohnern«; es kann völkermörderisch oder assimilativ operieren; seine Ökonomie reicht von der Sklaverei und Plantagenwirtschaft bis hin zur Planwirtschaft; die Herrschaftsmethoden gehen von militärischer Gewalt bis zur Unternehmensregulierung; die Leistungen des Empire reichen vom Frieden bis zur Gesundheit; die Ziele spannen sich von Sicherheit bis zur Aneignung von Arbeitskräften und das politische System reicht von der Tyrannei bis zur Demokratie. Unter derlei Allerweltsbestimmungen fällt geradezu jedes Regime, das historisch sich »Reich« oder »Imperium« nannte oder das der Betrachter in seine imperiale Typologie vereinnahmen möchte. Folgerichtig zählt Ferguson mehr als 70 Imperien in der Geschichte – genauer: Der Times Atlas of World History hat sie gezählt. Es bedarf keiner methodischen oder theoretischen, sondern bloß einer politischen Anstrengung, die USA sodann unter die weitläufige Rubrik »Empire«

152 Max Boot: Neocons. In: Foreign Policy 1/2004, S.20. Wo dann schon mal Opfer gebracht werden müssen: Der Neokonservative Richard Perle plädierte für einen unilateralen Schlag gegen Nordkorea auch auf die Gefahr hin, dass dabei die über zehn Millionen Einwohner von Seoul über die Klinge springen müssten, siehe David Frum; Richard Perle: An End to Evil: How to Win the War on Terror, New York 2004, S.99 f. Bedacht werden sollte im Falle Wilsons allerdings auch, dass dieser Champion der Selbstbestimmung in seiner Amtszeit bei fast zehn Gelegenheiten militärische Einsätze gegen den Süden sanktionierte.

153 Niall Ferguson: The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire. In: Daedalus 2/2005. »Empires. In short, are always with us.«

zu subsumieren: »it is certainly not difficult to characterize the United States as an empire.«<sup>153</sup>

Ihre konkrete historisch-geopolitische Referenz findet die heutige Debatte zunächst in einem immer mehr oder weniger präsenten Bezug auf das römische Imperium: »the United States will dominate the twenty-first century as Rome dominated the first.«<sup>154</sup> Als sich einst die USA im 19. Jahrhundert gegen die europäischen Monarchien abgrenzen wollten, riefen sie die römische Republik an. Später, dann selbst imperial geworden, ging es nicht mehr um die römische Republik, sondern um das römische Imperium und die gut 400 Jahre, die es existierte. Das dabei zumeist aufgerufene Verständnis von einem Imperium römischen Typs meint einfach das Faktum, dass es seit Mitte des zweiten Jahrhunderts vor Christus eine singuläre politische Herrschaft über verschiedene Völker und Territorien durch eine zentrale administrative Autorität gab, die dezentral regierte.<sup>155</sup> Nun gibt es natürlich zahllose Charakterisierungen des »römischen Imperiums«. Michael Mann etwa akzentuiert die militärische Seite (die er auch als typisch für das gegenwärtige US-Regime diagnostiziert) und sieht im römischen Imperium einen militarisierten Staat, der auf der autoritären Macht eines spezifisch römischen Klassensystems und der »Legionärsökonomie« extensiver Militärmacht basiert.<sup>156</sup> Die politisch-soziale Integration der ethnisch stark differenzierten Bevölkerung geschah durch die Ausdehnung der römischen Staatsbürgerschaft auf die lokalen herrschenden Klassen – im Jahr 212 waren beinahe alle, die im Römischen Reich lebten, auch römische Bürger. Assimilation war ein politischer Modus, der in späteren Kolonialpolitiken (etwa jener Frankreichs) aufgenommen und fortgesetzt wurde – sie changierte zwischen voller Inkorporation und einem Zustand dauerhaften »Otherness«. Der Konsens in der imaginierten Gemeinschaft des römischen Empire wurde weiter generiert durch zeremonial-religiöse Überhöhung der imperialen Subjekte, öffentliche Arbeiten, Verschwendung, Feste usw. (also die Sakralisierung der Politik) und die Idee der Totalität oder Universalität des Konzepts des Imperiums: Ein Imperium ist »sine fine« (Vergil), ohne Grenzen und Begrenzung, ewig und allumfassend – es kennt, ist es vollendet und zu sich gekommen, kein Außen mehr, weil es – einst ein Stadtstaat mit dispersem Kolonialbesitz – nun die (damalige) Welt absorbiert hat.<sup>157</sup> Ein Imperator aber gehört nicht zwingend zum Imperium: Roms Zeit der Expansion fiel weitgehend mit der Zeit der römischen Republik zusammen.

Diesen politisch-ideologischen Formen des römischen Imperiums liegt nun allerdings eine spezifisch historische Reproduktionslogik zugrunde, die Mann igno-

154 Jim Garrison: *America As Empire: Global Leader Or Rogue Imperium?* San Francisco Briefing Paper Nr. 2 v. Juni 2003.

155 C. R. Whitaker: *Frontiers of the Roman Empire: A Social and Economic Study*. Baltimore, London 1994, S. 17 unterscheidet zwischen dem »empire of administration« und dem »empire of control«.

156 Michael Mann: *Sources of Social Power*, Cambridge 1989 Kap. 8.

157 Darauf verweist der ausgezeichnete Text von Alejandro Colás: *Modes of Empire: The USA in Comparative Perspective*. Oxford 2004, S. 4.

riert: Rom war (im Unterschied etwa zu China) nicht nur das erste koloniale Imperium, Rom kombinierte Imperium und Dominium, den imperialen militärischen Staat mit der Herrschaft des privaten Eigentums an Land, Rom war daher der erste Typus des Empire of Property (Wood). Das römische Empire, welches vielfach als Prototyp des europäischen imperialen Projekts angesehen wird, war auf Landraub und -aneignung aus. Sein Territorialimperium wurde durch ein Netzwerk von Landaristokraten, Aneignung von Land, Siedlung, Ressourcenextraktion und durch eine Ausbeutung mittels außerökonomischer Gewalt (Politik, Recht, militärische Gewalt, Kultismus) zusammengehalten. Spätere Imperien setzten die Kombinationen aus starkem Eigentum und kleinen, aber kraftvollen stadt-dominierten Zentralstaaten mit kolonialen Okkupationen und der Aneignung von Territorien fort. Abgelöst wurde dieser Typus durch das Empire of Commerce – Handelsimperien wie Spanien, Holland, Venedig oder Arabien. Diese (frühkapitalistischen) imperialen Ordnungen waren in einer Hinsicht beispielgebend: Sie agierten jenseits ihrer staatlichen oder »nationalen« Grenzen als oftmals informelle Ordnungsmächte, die so ihre Handelsbeziehungen sichern und erweitern wollten. Mit militärischen Mitteln sicherten sie ihre Handelswege (durch Forts und strategische Stützpunkte als ihren eigenen »Militärbasen«), schlossen lokale Bündnisse und bauten sogar entsprechende Infrastrukturen auf. Dann, endlich, entwickelte sich ein Typus national-staatlich basierter imperialer Herrschaft, der erstmals auf einer Trennung von ökonomischer und politisch(-militärischer) Macht und der Vorherrschaft ökonomischen Zwangs beruhte – das Empire of Capital.<sup>158</sup> Im Kapitalismus hängen alle ökonomischen Akteure vom Markt ab, die direkte Macht liegt bei diesem und nicht den Herrschern. In vorkapitalistischen Gesellschaften dagegen hängt die ökonomische Macht der herrschenden Klassen von außerökonomischen (meist militärischen) Mächten ab. Findet man da die politisch-militärische Macht, hat man auch die ökonomische gefunden. Die Kapitalisten aber können ohne unmittelbaren militärischen Zwang ihre Arbeiter ausbeuten, denn diese sind eigentumslos und dem indirekten und unpersönlichen Zwang des Marktes ausgesetzt, der ihre Positionierung im Aneignungsprozess vorweg besorgt. Im Kapitalismus gibt es einerseits die Aneignung der Mehrarbeit und andererseits einen staatlichen Zwang, der dieses Aneignungsverhältnis und seine rechtliche sowie soziale Reproduktion aufrechterhält, indem er für die Exklusivität des Eigentums und die Aufrechterhaltung der Eigentumslosigkeit an den Mitteln der Produktion auf der Seite der Produzierenden sorgt. Er sichert die freie Mobilität des Kapitals und kontrolliert die Mobilität der Arbeitskräfte. Die Besonderheit der kapitalistischen Form von Imperialität gegenüber den vorangegangenen Imperien besteht somit erstens darin, dass sie nicht in erster Linie auf direktem Zwang beruhte, sondern auf dem Zwang des Marktes, der durch die Eigentumslosigkeit der Produzenten konstituiert und reproduziert wurde. Die klassische kapitalistische Imperialität war

158 Ellen Meiksins Wood: Empire of Capital. London, New York 2003.

somit von kapitalistischen Eigentümern dominiert und durch die Imperative der Kapitalakkumulation getrieben. Zu diesem ökonomischen Modus imperialer Herrschaft tritt ein zweiter Aspekt: Die im Kapitalismus institutionalisierte Trennung zwischen Ökonomie und Politik heißt, dass der Raum der ökonomischen Macht des Kapitals jede politische oder militärische Macht bei weitem überschreiten kann; der Kapitalismus kann seine Macht mit rein ökonomischen Mitteln nach alleiniger Maßgabe des Wertgesetzes weit über seinen unmittelbar politische Machtraum ausdehnen. Während die alten Imperien politisch-militärisch herrschten, herrschten die kapitalistischen Imperien vor allem mit Ökonomie. Da die ökonomische Macht früher von der direkten Wirksamkeit der politisch-militärischen Macht abhing, konnte sie deren Machtraum auch kaum überschreiten; im Kapitalismus und damit auch im kapitalistischen Imperialismus wird dies anders: Es geht um die Ausdehnung der Gültigkeit des Raums des Wertgesetzes und um die Expansion der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser Sachverhalt macht ein drittes, weiteres grundlegendes Merkmal des klassischen Imperialismus erst möglich: die Unterscheidung zwischen »Zentrum« und »Peripherie« und die damit verknüpfte Eroberung von Territorien in der Peripherie und die Konflikte zwischen den Staaten des Zentrums bzw. den Export von Kapital in die Peripherie und deren Ausplünderung und Ausbeutung durch das Zentrum. Allerdings bedeutet dies nicht, dass in der Zeit des Globalkapitalismus das Kapital mit seinem Machtinstrumentarium der ökonomischen Ausbeutung diesen Globalkapitalismus auch organisieren kann! Die Administration dieses Globalkapitalismus geschieht nach Wood im Kern weiterhin durch Nationalstaaten und die Frage ist, wer dieses System der Nationalstaaten durch die Installierung eines pervasiven politischen Überbaus kontrolliert und beherrscht. Die herrschaftspolitischen Problemstellungen sind aufgrund der historischen Verschiedenartigkeit der strukturellen Voraussetzungen also so unterschiedlich, dass die gängige Gleichsetzung »Rom«:»USA« keinen Sinn macht.

Aus der Sicht der politischen Ökonomie ist somit insofern eine Gleichsetzung oder weitergehende Subsumption Roms und der USA unter den Begriff Imperium wenig zielführend. Auch Peter Bender, der in jüngster Zeit – allerdings unter Außerachtlassung der politischen Ökonomie – wie kein Zweiter den Unterschieden und Gleichartigkeiten der beiden Ordnungen nachgegangen ist, kommt auf seine Weise zu einem skeptischen Resümee: »Die Unterschiede erscheinen letztlich größer als die Ähnlichkeiten. Hier ein Imperium in der Gestalt eines großen Staates, dort ein großer Staat mit imperialer Macht über viele Länder. Hier eine zentrale Regierung und gleichartige Verwaltungsformen, dort ein Geflecht zwischenstaatlicher, ökonomischer, strategischer und kultureller Beziehungen... Hier ein unbedingter Herrschaftswille, gesteigert bis zum Herrscherkult, dort demokratische Beschränkung imperialer Versuchungen und Möglichkeiten. Um sich wie Rom zum monarchischen Weltherrscher zu verwandeln, fehlen Amerika die Voraussetzungen. Die Vereinigten Staaten verfügen zwar über eine erdumspan-

nende Macht, wie sie noch kein Land jemals hatte, aber Macht ist nicht Herrschaft. Die Welt von heute ist zu groß und vielfältig, um von Einem beherrscht zu werden... Wo Amerika herrscht, kann es das nur indirekt, seine Verbündeten sind keine Satelliten ... erlauben nur ein Informal Empire, die lockere, Kräfte sparende und Ruf wahrende Vorherrschaft. Nur ohne direkte Verantwortung, ohne Regierungs-, Verwaltungs- und Fürsorgepflichten bleiben die Vereinigten Staaten fähig, ihre Weltmachtrolle weiter zu spielen. Hier zeigt sich der Unterschied zu Rom am Klarsten: Die Römer mussten Herrschaft organisieren, um Weltmacht zu bleiben; die Vereinigten Staaten müssen auf direkte Herrschaft verzichten, um ihre Weltmachtposition aufrechtzuerhalten. Amerikas Problem ist seine Größe. Es ist zu stark, um sich in eine überstaatliche Ordnung einzufügen, aber nicht stark genug, um selbst die Welt zu ordnen. In den Augen der Welt wiederum ist Amerika unentbehrlich und unerträglich... Sein Empire, wenn man es denn so nennt, kann nur ein Empire light sein. Amerika erreicht damit lediglich die erste Stufe der Weltmacht: Es kann gegen den Protest der Weltmeinung so ziemlich alles tun, was es will; auch Großstaaten sind außerstande, es zu hindern. Die zweite Stufe der Weltmacht, auf der das Römische Kaiserreich stand, bleibt Amerika jedoch unerreichbar: Es kann nicht alle zwingen zu tun, was es will. Ein Imperium wie das römische zu schaffen, wird Amerika deshalb versagt sein.«<sup>159</sup>

Die zweite große historisch-geopolitische Referenz der US-amerikanischen Debatte um das American Empire bezieht sich auf das eigene Herkunftsland – das britische Empire – und dann natürlich auf die eigene Kolonialgeschichte, womit sie sich vorwiegend auf die ersten zwei Zyklen des Versuchs konzentriert, ein amerikanisches Empire zu schaffen (1898-1919 bzw. zu Zeiten Roosevelts »New Order«) – ein Versuch, in dessen Ergebnis die USA zur Großmacht wurden. Wo liegen nun Differenzen zwischen dem klassischen imperialen Projekt des britischen Imperialismus und der aktuellen Option eines »American Empire«?

- Für Eric Hobsbawm sind die gegenwärtige Weltsituation und das US-imperiale Projekt in mehrfacher Hinsicht präzedenzlos: »The great global empires of the past – such as the Spanish and notably the British – bear little comparison with what we see today in the United States empire. A key novelty of the US imperial project is that all other empires knew that they were not the only ones, and none aimed at global domination. None believed themselves invulnerable, even if they believed themselves to be central to the world – as China did, or the Roman empire. Regional domination was the maximum danger envisaged until the end of the cold war. A global reach, which became possible after 1492, should not be confused with global domination.«<sup>160</sup> Es geht nicht um ein Intervenieren in die Welt-politik, sondern um deren Beherrschung, um »world supremacy«.<sup>161</sup>

159 Peter Bender: Imperium als Mission. Rom und Amerika im Vergleich. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2005, S. 863.

160 Eric Hobsbawm: America's imperial delusion. In: The Guardian v. 14. 6. 2003.

161 Eric Hobsbawm: America's Neo-Conservative World Supremacists Will Fail. In: Guardian v. 25. 6. 2005.

- Festzuhalten ist, dass keines der klassischen Imperien – Spanien, England, Russland – imstande gewesen ist, eine dauerhafte Suprematie zu sichern und die Entstehung von Konkurrenten (Feinden) zu verhindern. Mehr noch: Sie verfolgten ein solches Projekt überhaupt nicht. Auch das britische Empire, durchaus unangefochten global operierend durch seine Beherrschung der Meere, strebte keine dauerhafte globale politisch-militärische Kontrolle und schon gar keine direkte globale territoriale Kontrolle an – obwohl es gemeinsam mit den USA das einzige Imperium mit globalem Zuschnitt ausbildete. Zum Zeitpunkt seiner höchsten Machtentfaltung beherrschte das britische Empire rund 40 Prozent der Erdoberfläche mit 25 Prozent der Weltbevölkerung. Die direkte, durch Kolonien ausgewiesene Kontrolle des britischen Empire im Jahr 1903 war weit umfangreicher als die der USA heute. Das Stützpunktwesen der USA wird jedoch durch eine globale Ordnung indirekter Kontrolle gesichert. In der Konstruktion von Reichweite liegt eine tiefgreifende und kaum zu überschätzende Differenz der imperialen Projekte.

- Neu ist weiterhin die qualitative Differenz der gegenwärtig (seit 1989 existierenden) Verteilung von Macht gegenüber der Zeit des britischen Empire.<sup>162</sup> Das betrifft die militärische Macht<sup>163</sup> und auch die Dimension ökonomischer Macht: Vor einem Jahrhundert betrug der Anteil Großbritanniens an der Weltproduktion nur rund ein Drittel des Anteils der USA heute.<sup>164</sup> Neu ist auch, dass die USA Arbeitskräfte im großen Maßstab durch Immigration importieren können – die klassischen Imperien exportierten Arbeitskräfte, Ausbeutungs- und Herrschaftspersonal.

- Neu ist, dass gegenüber der Zeit dieser Reiche mittlerweile neue Machtressourcen entstanden sind, die für die Sicherung militärischer Suprematie von substantieller Bedeutung sind (Technik und Wissenschaft). Hier dominieren die USA – ein Faktum, das angesichts der militaristischen Orientierung der gegenwärtigen

162 Von der ausgebeuteten Peripherie her gesehen freilich war die militärische Dominanz der imperialistischen Mächte des frühen letzten Jahrhunderts weitaus krasser – und die Ungleichverteilung der Überlebensfähigkeit im Krieg ebenso. Der jahrzehntelange Trend zur Verringerung dieser Differenz kehrt sich gegenwärtig – und vor allem seit 1989 – wieder um. Eine solche Perspektive ist Apologeten des Weltgendarmen USA (»Globo-Cop«) wie Boot fremd: »So the question I have tonight is: who does that leave to be the world's policeman. If you agree, as I do, that the world needs one. Who has to play that role. Is it going to be Belgium? Bolivia? Burkina Faso? Bangladesh? Our friends in Paris? I think the answer is pretty obvious. It's the country with the most vibrant economy, the most fervent devotion to liberty, and the most powerful military. In the 19<sup>th</sup> century, Britain battled the enemies of all mankind, such as slave traders and pirates, and kept the world's seas open to free trade. Today, the only nation capable of playing an equivalent role is the United States of America. We have more power than Britain did at the height of its empire. We have more power than any other nation in history in either relative or absolute terms. Don't get me wrong: we still need allies. But as Madeleine Albright said, America is the indispensable nation.« Max Boot: Does America Need an Empire? Vorlesung an der UC Berkeley am 12. 3. 2003.

163 Siehe Paul Kennedy: Even the Royal Navy was equal only to the next two navies – right now all the other navies in the world combined could not dent American maritime supremacy. Zitiert nach Ferguson: Empire, Vorwort.

164 Siehe Stephen Howe: American Empire: the history and future of an idea. In: Opendemocracy v. 12. 6. 2003. Kritisch hierzu Dominic Lieven: Empire: The Russian Empire and its Rivals. London 2000 sowie Bruce Cumings: The American Ascendancy. In: The Nation v. 8. 5. 2000.

Bush-Administration leicht übersehen wird. Über diesen Fokus auf die militärischen Aspekte wird auch leicht ignoriert, dass die USA im Finanzsektor in einer eigenen Liga spielen: Der Dollar ist faktisch die planetare Leitwährung, weshalb die Preise der Waren in Dollar angegeben werden. Die Umsätze der Wallstreet machen fast zwei Drittel des globalen Börsenhandels aus. Dass die USA die größte Schuldernation der Welt sind, ist nicht nur ein Indikator von Schwäche: Auf der Basis ihrer ökonomischen Stärke sind die USA imstande, Wirtschaftssanktionen zu verhängen, Vergünstigungen zu gewähren und globalen access für ihre Waren durchzusetzen (»Freihandel«) – dies freilich war bereits die Politik des britischen Empire. Die Bank von England strebte freilich auch in den Jahren ihres größten Einflusses vor dem Ersten Weltkrieg nicht danach, die Verantwortung für das internationale Finanzsystem zu übernehmen oder als »lender of last resort« für britische und andere Banken zu fungieren. Dennoch ist die ökonomische Interventionsmacht der USA zumeist auf die Prägung der Kontexte und Bedingungen begrenzt. Die Kehrseite ist, dass die USA im Anlagen- und Maschinenbau keinen Vorsprung mehr hat und in internationalen Körperschaften nicht im Alleingang handeln kann. Eine Desintegration der Weltökonomie, in der sich ein klassisches Muster zwischenkapitalistischer Konkurrenzrivalität ausdrücken würde, das der US-Ökonomie auf den Leib rückt, ist gegenwärtig nicht zu erkennen.

- Neu ist, dass im Zeitalter des real existierenden Globalkapitalismus realistisch nur große Staaten oder Staatenbünde ein Projekt globaler Suprematie und Machtprojektion angehen können; demgegenüber konnten einst kleine Staaten wie Holland oder mittelgroße Staaten wie Großbritannien eine weltpolitische Rolle spielen.<sup>165</sup> Gegenüber der alten Geopolitik der zwischenimperialistischen Konkurrenz und den Monroe-Doktrinen der Hemisphärenkontrolle ist die neue neoliberale Geopolitik nicht auf Abschottung, sondern die Erzwingung von Anschluss an das Regime neoliberalen Globalismus aus: »disconnection defines danger« (Barnett).

- Politisch-militärische Aktivitäten in einer Welt mit vergleichsweise hoch verdichteten Zusammenhängen bringen aber auch hohe und schwer kalkulierbare Risiken mit sich (z. B. Attacken auf die Zentren des Empire selbst). Endlich sind die Kosten eines solchen Projekts ganz außerordentlich. Die ökonomische Dimension eines solchen Projekts wird als unproblematisch dargestellt – dabei spricht vieles dafür, dass die Stellung der US-Ökonomie in der Weltwirtschaft gegenüber den 50er und 60er Jahren doch substantiell schwächer ist und das Projekt eines primär militärisch abgestützten Empires die Gefahr einer weiteren – rüstungswirtschaftlichen – Schwächung dieser Stellung mit sich bringt. Wenn so oft eine riesige militärische Überlegenheit der USA mit dem Hinweis auf die aufgewandten Mittel belegt wird, bleibt unerwähnt, dass das Militärpersonal der USA das teuerste der

165 Siehe Eric Hobsbawm: Rücksichtslose und zänkische Diva der Weltpolitik. In: *Le Monde Diplomatique* Juni 2003, S. 16.

166 Siehe Anatol Lieven: *The Empire Strikes back*. In: *The Nation* v. 7. 7. 2003: »For one thing is gradually becoming clear: Given its immense wealth, the United States can afford a military capable of dominating the earth; or

Welt ist.<sup>166</sup> Doch: »Im Moment sind die USA in der Lage, das imperiale Auftreten im Wesentlichen zu finanzieren... Das ist tatsächliche imperiale Macht.«<sup>167</sup>

Die Debatte um das Projekt eines »American Empire« wird also in einer Situation geführt, die sich in vielfacher Hinsicht gegenüber jener der Vorgängerprojekte unterscheidet. Reichweite, Ressourcen, Akteursgröße, Risiken und Kosten setzen deutliche Unterschiede gegenüber den früheren imperialen Projekten. Doch trotz der dramatischen Intensivierung der Debatte seit 9/11 ist noch kein Konsens entstanden, was unter einem »neuen« Imperium zu verstehen wäre, wie man sich seine Arbeitsweise vorzustellen hätte und was es wohl der Welt in Zukunft bringen wird – angesichts der weit auseinander fallenden Interessenlagen ist ein solcher Konsens auch nicht zu erwarten. Doch die Breite der Debatte erinnert daran, dass das Spektrum der Möglichkeiten, Macht auszuüben, weit über die Spannweiten der klassischen Bestimmungen hinausreicht, die sich am Modell des Nationalstaats orientieren. Auch deshalb gilt die Notwendigkeit der Begriffsarbeit für die Kategorie »Empire« ebenso wie für die Kategorien »Kapitalismus«, »Imperialismus« oder »Neoliberalismus«. Imperien sind nicht nur ganz offenbar schwierig zu definieren, es gibt auch eine ganze Reihe von Einwänden gegen die Verwendung dieses Begriffs zur nicht bloß metaphorischen Beschreibung einer gegenwärtigen Ordnung oder eines Modus (bzw. einer Form) von Herrschaft und sehr unterschiedliche Vorschläge, wie es im Detail zu fassen ist. Dabei geht es beispielsweise darum,

- ob es überhaupt Sinn macht, von Imperien zu sprechen und vom Raum als auszeichnendem Bestimmungsmerkmal zu schweigen, gibt es doch erstens keine »kleinen« Imperien, weil heutzutage für solche »kleinen« politischen Subjekte kein ausreichender Zugriff auf Ressourcen gegeben ist, muss zweitens die Bewegung des Raumes als Expansion als substantielles Merkmal von Imperialität (schrumpfende Imperien verlieren recht rasch und auf jeden Fall ihren Namen) gesehen werden und hängt es drittens vor allem auch vom Charakter der Arena ab, ob ein Spieler imperialen Zuschnitt bekommt: Es geht um die Absicht und auch Fähigkeit zur Welt-Ordnung, also um einen Transformationsanspruch, der auf das Globale zielt und auf eine neue Geographie der Globalisierung – »Empires are in the business of producing world order«<sup>168</sup>;

- ob als analytischer Ausgangspunkt eine Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie, Kern und Rand, »Innen« und »Außen«, »Mitte« und »Extreme«, »Metropole« und »Land« u. ä. trägt, ein Imperium also zunächst als etwas ver-

it can afford a stable, secure system of social and medical entitlements for a majority of its aging population; or it can afford massive tax cuts for its wealthiest citizens and no tax raises for the rest. But it cannot afford all three, unless it can indefinitely sustain them through a combination of massive trade deficits and international borrowing. This seems most unlikely, especially in the midst of a global economic downturn...For in the words of Arnold Toynbee, »great empires do not die by murder, but suicide.«< Belege für dieses recht sympathische Argument bringt Lieven allerdings nicht an.

167 Mann: Supermacht, S.103

168 Charles Meier: An American Empire? In: Harvard-Magazine 2/2002.



standen wird, das sich durch eine spezifische Struktureigenschaft auszeichnet, es somit um die Struktur einer Ordnung geht, die begriffen wird als eine Beziehung zwischen ungleichen Positionen, Ressourcen, Möglichkeiten etc. und damit als Kombination der Einheit des Imperialen mit innerer Vielfalt (als Opposition der Vielfalt der Peripherie (Kolonien, Protektorate, koloniale Mandate, Departments, föderale Gemeinwesen usw.) gegenüber der Homogenität des oftmals bürokratischen Zentrums oder als inneres Beziehungsgefüge eines multiethnischen oder multinationalen Staatsvolks) – Imperien können diversity management nach innen und Grenzmanagement (also Inklusion/Exklusion) nach außen;

- ob eine formelle Kontrolle von Territorien jenseits der Grenzen eines Nationalstaates ein notwendiges oder ausreichendes Kriterium ist, um von einem Empire sprechen zu können oder ob es nicht grundsätzlich notwendig ist, entwickeltere, komplexe Formen imperialer Herrschaft ins Auge zu fassen, welche »both formal annexation and informal domination, direct political rule and indirect economic control« miteinander verknüpfen<sup>169</sup>; welche Rolle heute überhaupt dem in der klassischen Figur des Empire so relevanten Aspekt des territorialen Bezugs mit- samt dessen Bindung an den Staat (»Territorialempire« mit »Gebietshoheit«), die »Nation« oder einen anders bestimmten »absoluter Ort« zukommt und ob es möglich und sinnvoll ist, diese Koppelung zu lockern oder gar aufzugeben, ob also etwa John Agnew zuzustimmen ist, dass sich die globale Geografie der Macht immer weniger nach den Maßgaben der territorialen Basis von Nationalstaaten organisiert und daher die Anwendung des Begriffs Empire auf den Nationalstaat USA »fundamentally misleading« ist?<sup>170</sup> Inwieweit macht es überhaupt noch Sinn, den auf Raumhoheit gehenden Begriff »Empire« an ein Staatsverständnis zu binden, das mit dem Gedanken der territorialen Souveränität mit klaren Grenzziehungen zwischen »innen« und »außen« verknüpft ist? Und ist nicht gerade die Fluidität und Unbestimmtheit der Grenzen ein substantielles Merkmal imperialer Expansivität gewesen – und ist es noch?

- ob somit nur das Vorliegen deutlich direkter (womöglich gewaltsamer) Kontrolle ausreicht um von einem Empire zu sprechen, wie dies etwa Dominic Lieven

169 Michael Cox: *The Empire's Back in Town: Or America's Imperial Temptation – Again*. In: *Millenium 1/2003*, S. 21; demgegenüber die Definition von David Abernathy, wonach ein Empire eine »relationship of domination and subordination between one polity (called the metropole) and one or more territories (called colonies) [sei] that lie outside the metropole's boundaries yet are claimed as its lawful possessions«, David Abernathy: *The Dynamics of Global Dominance: European Overseas Empires 1415-1980*. New Haven 2000, S. 19. Ähnlich auch John Agnew: *Hegemony: The New Shape of Global Power*. Philadelphia 2005, S. 22: »Hegemony's difference from empire, however, lies in (1) its lack of explicit commitment to the territorial or geographic alloc organization of power per se and (2) its reliance, to some degree, on persuading or rewarding subordinates rather than immediately coercing them, although even empire as »absolute hegemony« is never reliably achieved purely by coercive means.«

170 John Agnew: *Hegemony: The New Shape of Global Power*. Philadelphia 2005, S. VIII. »If empires have a core feature it is that they exercise power territorially through effective centralized command. The Roman Empire...was an imperium in which all roads led (figuratively and literally) directly to Rome. American hegemony, however...is fundamentally not imperial in its goals or territorial in its organization.« (Ebenda, S. 2).

171 Dominic Lieven: *The Concept of Empire*, [www.fathom.com/feature/122086](http://www.fathom.com/feature/122086).

vorschlägt, nach dessen Ansicht »there has to be some sort of direct rule over the dominion for a power to be classified as an empire«<sup>171</sup>, oder ob es auch etwa Sinn macht, den Begriff auch für solche Situationen zu gebrauchen, in denen es direkte und formelle Kontrolle weit in den Hintergrund tritt und nur noch latent vorhanden ist;

- ob sich der Begriff Empire mit der Existenz von (welchen?) Grenzen der Einflussausübung verträgt oder ob nicht realistische Annahmen sinnhaft sind, dass es keine totale Weltkontrolle geben kann (sie auch nicht notwendig ist) und es keine vollständige Willensdurchsetzung geben kann und eine solche Konstruktion auch keinerlei Sinn macht für eine Klassifikation weiterreichender »internationaler Beziehungen« – wie die Geschichte der Imperien der Vergangenheit zeigt: »that those who were members of the (imperial – RR) club and wished to benefit from the membership, had to abide by the club’s rules and behave like gentlemen«<sup>172</sup>;

- ob das Konzept des Empire daher so weit gefasst werden soll, dass es zahlreiche andere Politikformen der Macht, Hegemonie, Dominanz, Einfluss etc. einschließt und damit seine analytische Trennschärfe fraglich wird oder ob ein weitaus engerer Zugriff sinnvoll ist, der sich im Zeichen von Guantanamo und Abu Ghraib auf unmittelbare politische Dominanz, expliziten Zwang und hierarchische Strukturen bezieht und die Souveränität und Handlungsfreiheit eines untergeordneten Staates weitgehend einschränkt, so dass dann auch die Fragen der Legitimität von Beziehungen der Kontrolle und des Fehlens eines expliziten Konsens in den Vordergrund treten;

- welcher Charakter einem wohlthätigen »Imperium« zugeschrieben werden kann (»benign«), das z. B. für eine »antiimperiale« Selbstbestimmung (Demokratie) eintritt, oder ob nicht eine solche Politik die Zerstörung konkurrierender (imperialer) Machtstrukturen beförderte und ob

- eine imperiale Ordnung, der sich zu unterwerfen im Tausch bürgerliche Freiheit, Privateigentum und Wohlstand sichert (was alle möglichen anderen Nachteile aufwiegen mag und den Erfolg des American Empire begründet) nicht aus dem Muster der klassischen imperialen Konstrukte herausfällt und diesen Begriff daher nicht beanspruchen könne.

Jede dieser Alternativen ruft zugleich die Frage nach der Historizität von Imperialität auf: Der Vorschlag, den Begriff zu historisieren (ihn also eben nicht in die römisch-britische Vorzeiten zu verbannen oder zur überhistorischen Ordnungs- oder Politikform zu verdinglichen), muss sich dabei gegenüber einer langjährigen Praxis der Ablehnung dieses Begriffs durchsetzen. Um die neue Dynamik der politischen Weltordnung zu begreifen, ist ein so neu bearbeiteter Begriff zweckvoll. Bleibt man auf dieser Ebene der Makroordnungen von Politik und Strategie, Sicherheit und Design der großen Ordnungen und ignoriert in dieser

172 Michael Cox: The Empire’s Back in Town: Or America’s Imperial Temptation – Again. In: Millenium 1/2003, S. 21

Diskurslogik die Menschen und Völker, in welche diese Imperien investieren, die sie verbrauchen und bewegen, dann muss man die USA als »nonterritorial empire« (Cumings) denken. Nichtterritoriale Imperien wie die USA haben das Ziel der Kontrolle des Raums und eben nicht der Annexion von Territorien (im Sinne von Einverleibung) und der Überwältigung territorial basierter Souveränität (im Sinne der Okkupation). Für einen solchen Wechsel von einer geopolitisch (territorial) zu einer geoökonomisch ansetzenden Politik und Ordnung eines globalen Amerikanismus stand einst Woodrow Wilson. Neben der Sowjetunion als »the world's first post-imperial state« (Terry Martin) war es diese amerikanische Form der nichtterritorialen Imperialität, welche als die nachhaltigen ausgreifenden Ordnungsformen des letzten Jahrhunderts gelten können. »If the United States is an empire, it is largely an informal one. The segments of the American imperium are sovereign states, and the scope of American political control is much less than that of the great historical empires.«<sup>173</sup> Die wesentliche Form der Imperialität in der Gegenwart ist die nichtterritoriale, auf die Produktion von Weltordnung zielende Form des informellen, pervasiven und expansiven Empires, die, wie jene der USA, imstande ist, temporär und selektiv in den Modus formeller, territorialer Imperialität überzuwechseln, wo es ihr in der Regel aus geopolitischen, eher selten (wie im Falle des Irak) auch aus geoökonomischen Gründen zwingend notwendig erscheint. Die USA sind dann nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird<sup>174</sup>, ein Amerika des Americanism und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden. Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von Weltordnung und nicht mehr nur um große Räume. Dies ist das in unserer Zeit das alleinig amerikanische Projekt der Gegenwart – unabhängig davon, ob es durch eine rechts- oder durch eine liberalimperiale Variante repräsentiert wird. Man kann dies die Frage des Empire nennen.

173 Daniel Nexon, Thomas Wright: Taking American Empire Seriously, Paper für die 5. Pan-Europäische Konferenz. Den Haag 2004, S. 42.

174 So im März 2004 Donald Rumsfeld in CNN: »how our country is arranged around the world«, zit. nach Aruif Dirlik: American Studies in the time of Empire. In: Comparative American Studies 3/2004, S. 288.